

GESCHÄFTSBERICHT 2010

mit Wissensbilanz und Umwelterklärung
NACHHALTIGKEITSBERICHT 2010



Stabilität und Sicherheit.

Kuhn

Leitbild

Das Leitbild des Eurosystems

Die Zentralbanken des unabhängigen Eurosystems (somit auch die OeNB) veröffentlichten im Jahr 2005 ein gemeinsames Leitbild mit folgenden wesentlichen Zielsetzungen und Wertvorstellungen:

Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, bilden das Eurosystem, die Währungsbehörde des Eurogebiets. Unser vorrangiges Ziel ist die Gewährleistung von Preisstabilität im Interesse des Gemeinwohls. Als führende Instanz im Finanzsektor trägt das Eurosystem außerdem eine besondere Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems und die Förderung der Finanzmarktintegration in Europa.

Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Transparenz und Rechenschaftspflicht sind tragende Werte bei der Umsetzung unserer Ziele. Eine erfolgreiche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas sowie mit den Medien ist für uns von größter Bedeutung. Unsere Beziehungen zu europäischen Institutionen und nationalen Behörden gestalten wir als Mitglieder des Eurosystems in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und im Einklang mit dem Prinzip der Unabhängigkeit von Zentralbanken.

Strategisch wie operativ tragen wir alle – unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes der Dezentralisierung – zur Erreichung der gemeinsamen Ziele bei. Wir verpflichten uns dem Prinzip der Good Governance und nehmen unsere Aufgaben im Geist von Kooperation und Teamarbeit effektiv und wirtschaftlich wahr. Gestützt auf unser enormes Erfahrungskapital wie auch auf den Austausch von Wissen wollen wir, die Mitglieder des Eurosystems, im Rahmen klar festgelegter Rollen und Zuständigkeiten unsere gemeinsame Identität stärken, mit einer Stimme sprechen und Synergieeffekte nutzen.

Das Leitbild der OeNB

Das Leitbild der OeNB ergänzt und konkretisiert das Leitbild des Eurosystems im Hinblick auf die österreichischen Erfordernisse. Die wesentlichen Aussagen sind:

- Als Zentralbank der Republik Österreich steht die OeNB im Dienste der Bevölkerung Österreichs und Europas.
- Die OeNB stellt das Vertrauen in sie durch professionelle Aufgabenerfüllung sicher, die auf hoher Kompetenz und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter beruht.
- Die Leistungen und Produkte der OeNB sind stark kundenorientiert, um bei den Kunden und Partnern hohen Nutzen zu stiften.
- Durch laufende marktorientierte Produkt- und Prozessinnovationen gewährleistet die OeNB eine effiziente und kostenbewusste Leistungserbringung unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit, insbesondere des Umweltschutzes.
- Ihren Kunden und Partnern gegenüber tritt die OeNB kooperativ, lösungsorientiert und zuverlässig auf.
- Engagement, Motivation, Kreativität, Lernbereitschaft, Teamgeist und Mobilität der Mitarbeiter prägen als Erfolgsfaktoren für Gegenwart und Zukunft den Arbeitsstil in der OeNB.

Inhalt

Leitbild	2
Vorwort des Präsidenten	4
Vorwort des Gouverneurs	5
Das Geschäftsjahr 2010 im Überblick	6
Eigentümer und Organe	11
Die OeNB im Dienst der Preisstabilität	
Schwierige Rahmenbedingungen erfordern flexible Geldpolitik	19
Konjunktur überwindet Rezession und kehrt auf moderaten Wachstumskurs zurück	24
Die OeNB im Dienst der Finanzmarktstabilität	
Beträchtliche Herausforderungen für die Finanzmarktstabilität	36
OeNB trägt zu Finanzmarktstabilität bei	38
Wichtige Schritte auf dem Weg zu einer neuen internationalen Finanzarchitektur	43
Die OeNB als kundenorientiertes Unternehmen	
OeNB – Kompetenzzentrum für Finanzstatistik	50
Sicheres Geld als Kernkompetenz	51
Die OeNB – ein nachhaltiges Unternehmen	
Wissensbilanz 2010 – Wissensbasierte, kostenoptimierte und transparente Leistungserstellung	55
Umwelterklärung 2010 – OeNB als ökologisches Unternehmen	65
Jahresabschluss 2010	70
Hinweise	
Abkürzungen, Zeichenerklärung	107
Periodische Publikationen	108
Adressen	109

Vorwort des Präsidenten



Die konjunkturelle Belebung der Weltwirtschaft setzte sich im Jahr 2010 fort. Nach einer Erholung der internationalen Finanzmärkte zu Jahresbeginn führte die Staatsschuldenkrise einiger europäischer Länder im Jahresverlauf jedoch wiederholt zu starken Anspannungen. Auf den Anleihemärkten spiegelte das markante Auseinanderlaufen der Zinsabstände zwischen den einzelnen Ländern den zunehmenden Vertrauensverlust der Finanzmarktteilnehmer wider. Umfangreiche Stützungsmaßnahmen der Staatengemeinschaft und außerordentliche geldpolitische Maßnahmen des Eurosystems waren notwendig, um die Anleihemärkte zu stabilisieren.

Angesichts dieser großen Unsicherheit auf den Finanzmärkten legte das Reservenmanagement der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) das Hauptaugenmerk auf den Werterhalt der Finanzanlagen, wodurch das Risiko aus Zins- und Wechselkursbewegungen minimiert werden konnte. Dementsprechend waren nur geringe Wertberichtigungen auf die Finanzanlagen vorzunehmen. Allerdings mussten angesichts der gestiegenen Risiken aus der gemeinsamen Geldpolitik – im Gleichklang mit anderen Zentralbanken des Eurosystems – erhebliche Risikorückstellungen gebildet werden. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen erzielte die OeNB ein geschäftliches Ergebnis, das mit 291 Mio EUR nur leicht unter dem des Vorjahres liegt.

Die Bewältigung der Finanzkrise hat die Strukturen der Zentralbankbilanzen tiefgreifend verändert und zu einer deutlichen Zunahme der Risiken geführt. Auch die OeNB musste einen markanten Anstieg der internationalen Risiken hinnehmen. So resultieren etwa aus den außerordentlichen geldpolitischen Maßnahmen, wie dem zur Stabilisierung der Staatsanleihemärkte aufgelegten Programm für die Wertpapiermärkte, und aus der stärkeren Beteiligung an den Fazilitäten des Internationalen Währungsfonds vor allem deutlich erhöhte Kreditrisiken. Daher ist aus der Sicht einer verantwortungsvollen Unternehmenspolitik großes Augenmerk auf den Aufbau von Risikovorsorgen zu legen, die dieser geänderten Risikolage entsprechen. Auch die EZB und eine Reihe von Zentralbanken des Eurosystems haben mit der Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis sowie mit entsprechenden Risiko-

vorsorgen begonnen, da eine hohe Risikotragfähigkeit des Eurosystems eine wesentliche Voraussetzung für das Vertrauen der Bevölkerung in die einheitliche Währung ist.

Die Anspannungen im internationalen Finanzsystem konnten von den Geschäftsbereichen der OeNB sehr gut bewältigt werden. Neben der Mitarbeit im Eurosystem nahm die OeNB auch ihre Verantwortung zur Sicherung der Finanzmarktstabilität wahr. Die OeNB baute die Bankenaufsicht weiter aus und arbeitete an der Weiterentwicklung der internationalen Aufsichtsstandards bei Eigenkapital und Liquidität sowie an der Einrichtung einer europäischen Bankenaufsicht mit.

Die Beteiligungsunternehmen der OeNB erzielten trotz der schwierigen Rahmenbedingungen weitere Produktivitätsfortschritte. Die große Nachfrage nach Gold- und Silbermünzen ermöglichte es, die Produktionskapazitäten der Münze Österreich AG stark auszulasten. Im unbaren Zahlungsverkehr übernimmt die Geldservice Austria GmbH die Funktion eines nationalen Clearinghauses, was die Liquiditäts- und Risikokosten der Banken verringern wird.

Alle Geschäftsbereiche der OeNB arbeiten konsequent an der Umsetzung der Unternehmensstrategie 2011 bis 2015, die eine deutliche Reduktion der Mitarbeiterressourcen vorsieht und Effizienzsteigerungen in den Mittelpunkt stellt. Die OeNB passt damit ihre Unternehmensstrukturen an geänderte Aufgabenstellungen an. Sparsamer Ressourceneinsatz und die Bereitschaft zu notwendigen Änderungen sind wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung des Unternehmens.

Den Mitgliedern des Direktoriums und des Generalrats ebenso wie den Mitarbeitern der OeNB danke ich herzlich für ihr Engagement und ihre Leistungen für die OeNB und das Eurosystem. Mit der Übertragung aller Aktien an die Republik Österreich wurde im Geschäftsjahr 2010 die Eigentümerstruktur geändert. Ich danke den Aktionären für ihre jahrzehntelange wertvolle Unterstützung, mit der sie wesentlich zum Erfolg der österreichischen Stabilitätspolitik beigetragen haben.

Präsident
Dkfm. Dr. Claus J. Raidl

Vorwort des Gouverneurs

Das Eurosystem und die OeNB haben ihren gesetzlichen Auftrag erfüllt und seit der Einführung des Euro Preisstabilität gewährleistet. Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate betrug zwischen 1999 und 2010 im Euroraum 1,9% und in Österreich 1,7%.

Die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise erforderte rasche und flexible geldpolitischen Maßnahmen. Sie trugen maßgeblich dazu bei, dass die Wirtschaftsaktivitäten wieder an Schwung gewannen und gleichzeitig stabile Preise erreicht wurden. Im Jahr 2010 betrug die Inflationsrate im Euroraum 1,6%, in Österreich 1,7%. Das Wirtschaftswachstum erholte sich nach dem starken Einbruch im Jahr 2009 sowohl im Euroraum als auch in Österreich wieder auf rund 2%. Diese Entwicklungen ermöglichten im Verlauf 2010 eine schrittweise Rücknahme der geldpolitischen Sondermaßnahmen des Eurosystems.

Im Jahr 2011 setzte sich der Wirtschaftsaufschwung in ähnlichem Tempo fort. Die hohen Rohstoffpreise führten jedoch zu einem Anstieg der Inflationsraten über die 2-Prozent-Marke. Angesichts der Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität hob der EZB-Rat die Leitzinsen für das Eurosystem Anfang April 2011 erstmals seit fast zwei Jahren um 25 Basispunkte an. Dieser Beschluss soll dazu beitragen, dass die Gefahr von Zweitrundeneffekten nicht zum Tragen kommt.

Die Ausweitung der gesamtstaatlichen Haushaltsdefizite, die sowohl auf konjunkturelle als auch strukturelle Faktoren zurückzuführen ist, führte in einigen Ländern des Euroraums zu einer Schuldenkrise. Die starke Marktreaktion in Form hoher Risikoaufschläge auf Staatsanleihen erforderte nicht nur die Gewährung von raschen Überbrückungskrediten für die betroffenen Länder, sondern auch die Wiederaufnahme bzw. Neueinführung einzelner geldpolitischer Sondermaßnahmen. Auf mittlere Sicht muss aber die nationale und auf EU-Ebene koordinierte Wirtschaftspolitik mit höchster Priorität die bereits eingeleiteten umfangreichen Reformen zügig umsetzen, um damit in Zukunft nachhaltig solide öffentliche Finanzen als unabdingbare Voraussetzung für

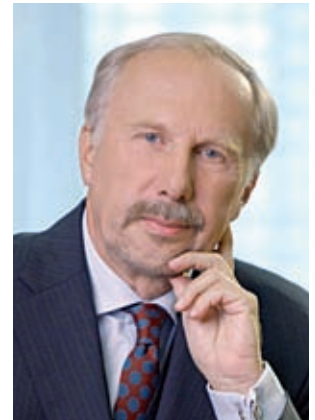
eine stabile Währungsunion zu gewährleisten.

Die OeNB leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Finanzmarktstabilität. Die Lehren aus der Finanzkrise setzten einen internationalen Reformprozess in Gang. Künftig wird ein Mix aus Regulierung und verstärkter Aufsicht dazu beitragen, diesem Stabilitätsauftrag besser gerecht zu werden. Die Stärkung der Widerstands- und Risikotragfähigkeit der Banken – vor allem durch eine höhere Eigenmittelausstattung und eine verbesserte Qualität des Kapitals – sind Kernelemente des neuen internationalen Regulierungsrahmens für Banken (Basel III). Das mit Jahresbeginn 2011 neu errichtete Europäische Finanzaufsichtssystem umfasst auf EU-Ebene vier neue Institutionen: den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken, dessen Aufgabe die Identifizierung und Analyse von systemischen Risiken ist, sowie drei weitere Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Wertpapiere. In alle diese Gremien ist die OeNB intensiv eingebunden.

Die OeNB hat sich in den letzten Jahren zu einem modernen und an Nachhaltigkeit orientierten Unternehmen entwickelt. Neben der hohen Qualität der Leistungen (bei mittelfristig reduziertem Personalstand) zählt laufende Kostenoptimierung zu den wichtigen Erfolgsfaktoren. Auch die verstärkte Orientierung der Entgeltstrukturen an branchenüblichen Kriterien positionieren die OeNB als attraktiven Arbeitgeber. So wird noch im Jahr 2011 ein neues, marktkonformes und konkurrenzfähiges Dienstrecht implementiert.

Die Mitarbeiter der OeNB haben in diesem für die Geldpolitik und Bankenaufsicht abermals herausfordernden Jahr bewiesen, dass sie aufgrund ihrer hohen Qualifikation und Motivation auch dauerhaft sehr anspruchsvollen Belastungen gewachsen sind. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Dem Direktorium und dem Generalrat gilt mein besonderer Dank für die konstruktive Zusammenarbeit.

Gouverneur
Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny



Das Geschäftsjahr 2010 im Überblick

Globaler Aufschwung von Schwellenländern getragen

Weltwirtschaft kehrt auf Wachstumskurs zurück

Die Erholung der Weltwirtschaft, die Mitte 2009 eingesetzt hatte, verfestigte sich im Jahr 2010 auf breiter Basis. In der ersten Jahreshälfte 2010 unterstützten umfangreiche geld- und fiskalpolitische Maßnahmen den Aufschwung. Mit den weltweit notwendigen Konsolidierungspaketen verlangsamte sich die Wachstumsdynamik in der zweiten Jahreshälfte. Globaler Konjunkturmotor waren durchwegs die Schwellenländer, insbesondere im asiatischen Raum.

Schwierige Fiskalsituation in Griechenland und Irland erfordert Unterstützungsmaßnahmen

Auch im Euroraum begünstigte die Geldpolitik gemeinsam mit Reformen des Finanzsektors und mit der Nachfrage aus den Schwellenländern den konjunkturellen Aufschwung. Die nur langsame Erholung auf dem Arbeitsmarkt bremste allerdings die private Nachfrage. Das Wachstum des realen BIP lag im Jahr 2010 bei 1,8%; 2011 dürfte es aufgrund der Konsolidierungsmaßnahmen leicht darunter liegen, aber zunehmend selbsttragend werden. Die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflationsrate normalisierte sich im Jahr 2010 wieder auf 1,6%. Dies lag neben der konjunkturellen Verbesserung, die sich in steigenden Rohölpreisen niederschlug, auch an wetterbedingten Ernteausfällen bei Nahrungsmitteln. Risiken für den Konjunkturverlauf liegen in den weltweit simultan verlaufenden Konsolidierungsmaßnahmen, der Entwicklung der Rohstoffpreise und in einem ungeordneten Abbau der globalen Ungleichgewichte.

Exporte stützen BIP im Euroraum

Österreichs Wirtschaft profitiert vom deutschen Aufschwung

Österreichs Wirtschaft erfuhr zur Jahresmitte 2010 eine außergewöhnlich starke Konjunkturbelebung. Die wichtigsten Impulse gingen vom größten Handelspartner Deutschland aus. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich während der Wirtschafts- und Finanzkrise nur relativ geringfügig und überraschte

Geldpolitik zwischen Normalisierung und neuen Spannungen

auch im Aufschwung positiv. Schwach entwickelten sich hingegen – wie auch in Europa insgesamt – die Bauinvestitionen. Im Jahresdurchschnitt wuchs das reale BIP in Österreich mit 2,1% etwas stärker als im Euroraum. Die am HVPI gemessene Inflationsrate blieb mit 1,7% ähnlich niedrig wie im Euroraum.

Märkte reagieren deutlich auf verschlechterte Haushaltslage in einigen Ländern

Als Folge der Rezession erreichte das Haushaltsdefizit im Euroraum-Durchschnitt in den Jahren 2009 und 2010 etwa 6% des BIP. Während sich die wirtschaftliche Erholung und damit auch die Rückführung der budgetären Fehlbeträge in den meisten Ländern abzeichnete, beunruhigte die deutliche Verschlechterung der öffentlichen Haushalte Griechenlands und Irlands die Märkte und ließ die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen signifikant steigen. Um Griechenland einen zeitlichen Spielraum zur Sanierung seiner Finanzen zu verschaffen, beschlossen die Euroraum-Länder im Mai 2010 die Gewährung von Überbrückungskrediten. Als sich auch in Irland Unterstützungsbedarf abzeichnete, wurde ein auf drei Jahre anberaumter Rettungsschirm konzipiert, den das Land im November 2010 in Anspruch nahm. Der Europäische Rat beschloss im Dezember 2010 die Errichtung eines ständigen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ab dem Jahr 2013, um dauerhaft Handlungsfähigkeit gewährleisten zu können.

Vor dem Hintergrund der Entspannung auf den Geldmärkten setzte Anfang 2010 eine schrittweise Rücknahme der Sondermaßnahmen des Eurosystems ein. So wurden keine weiteren Geschäfte mit einjähriger Laufzeit mehr durchgeführt und das Programm

Grafik 1

Reales BIP

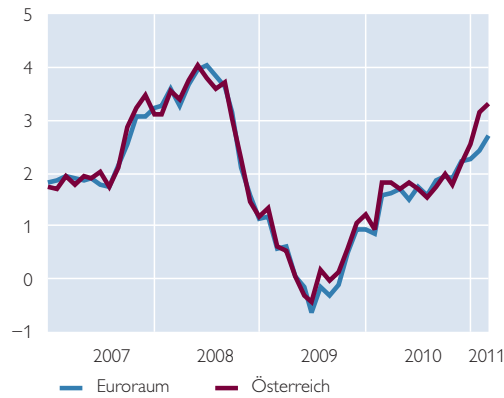
Veränderung zum Vorquartal in %



Grafik 2

HVPI-Inflationsrate

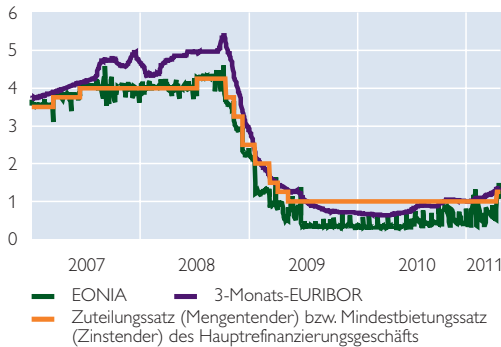
in %



Grafik 3

Leitzinssatz und Geldmarktzinsen im Euroraum

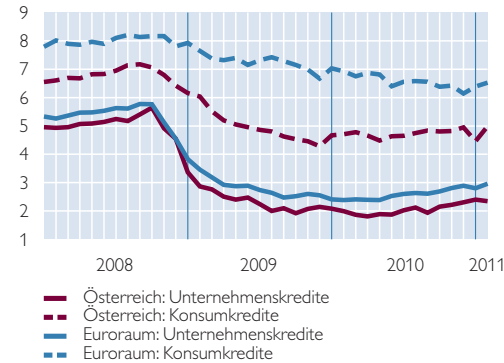
in %



Grafik 4

Kreditzinssätze im Euroraum und in Österreich – Neugeschäft

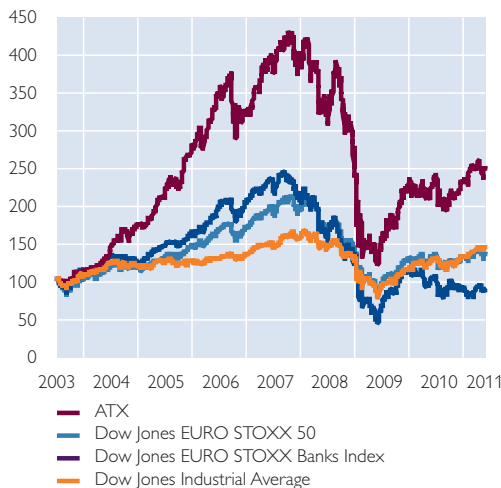
in %



Grafik 5

Aktienindizes

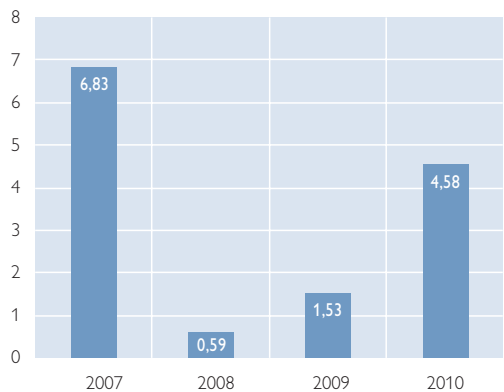
Index: 1.1.2003 = 100



Grafik 6

Periodenergebnis der österreichischen Banken¹

in Mrd EUR



¹ Konsolidierte Daten.

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Eurostat, Thomson Reuters, OeNB, EZB.

für den Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen plangemäß beendet. Die Banken reduzierten sukzessive ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem Eurosystem, sodass die Überschussliquidität zurückging.

Da die Märkte für Staatsanleihen eine zentrale Rolle für die Wirkungsweise der Geldpolitik spielen, erforderten die Spannungen in diesem Marktsegment eine Wiederaufnahme bzw. Neueinführung einzelner Sondermaßnahmen. So entschied der EZB-Rat, zumindest bis Ende Juni 2011 alle Refinanzierungsgeschäfte mit unbeschränkter Zuteilung durchzuführen. Im Mai 2010 wurde das Programm für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme – SMP) in die Wege geleitet. Dadurch kann die EZB auf den Märkten für Schuldverschreibungen intervenieren. Das von großer Unsicherheit und starken Schwankungen auf den Märkten geprägte Umfeld erforderte auch eine sehr umsichtige, auf Risikobegrenzung ausgerichtete Anlagepolitik der OeNB. Dem wurde durch eine breitere Diversifizierung der Währungsreserven begegnet.

Zahlreiche Reformen zur Gewährleistung von Finanzmarktstabilität

Die Stimmung auf den Finanzmärkten war im Jahr 2010 stark von der wirtschaftlichen Erholung geprägt. Die Aktienmärkte setzten ihre Aufwärtsbewegung fort, auf den Kreditmärkten kam es zu sinkenden Risikoaufschlägen und auch der Interbankenmarkt normalisierte sich langsam. Die tendenziell positive Grundstimmung wurde jedoch von krisenhaften Entwicklungen in einigen hochverschuldeten Euroraum-Ländern eingetrübt. Zur Eindämmung der damit verbundenen Risiken wurden erhebliche Anstrengungen unternommen. Dennoch blieb die Verunsiche-

rung auf gehobenem Niveau und führte phasenweise zu einer verstärkten Nachfrage nach alternativen Anlageformen wie z. B. Gold.

Die Geschäftsentwicklung der österreichischen Banken reflektierte das verbesserte wirtschaftliche Umfeld. Die Profitabilität erhöhte sich im Jahr 2010. Einem schwachen Österreich-Ergebnis standen dabei wie im Jahr 2009 vergleichsweise höhere Ergebnisbeiträge der Tochterbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (Central, Eastern and Southeastern Europe – CESEE) gegenüber. Auch das Einlagen-geschäft entwickelte sich positiv. Bei der Kreditvergabe – ebenso wie bei der Kreditnachfrage – konnten Zuwächse verzeichnet werden, wenngleich diese verhalten waren. Die Auslandsexponierung österreichischer Banken fokussierte sich weiterhin auf CESEE. Die Forderungen gegenüber jenen Euro-raum-Ländern, deren hoher Verschuldungsgrad zu starken Marktreaktionen führte, waren hingegen vergleichsweise gering. Auch die österreichische Versicherungswirtschaft und die Wiener Börse zeigten eine Erholung nach der Wirtschaftskrise.

Die Eigenmittelausstattung, ein wichtiger Indikator für die Risikotragfähigkeit des Bankensystems, verbesserte sich weiter, blieb im internationalen Vergleich jedoch unterdurchschnittlich. Die EU- und OeNB-Stresstests bestätigten eine verbesserte Widerstandsfähigkeit des österreichischen Bankensystems gegenüber wirtschaftlichen Schocks. Zur Eindämmung der mit Fremdwährungskrediten verbundenen Risiken in Österreich haben OeNB und FMA ihre Aktivitäten fortgeführt und auf CESEE ausgeweitet. In einem ersten Schritt sagten österreichische Banken zu, keine neuen Fremdwährungskredite insbesondere in Schweizer Franken oder japanischen Yen zu ver-

Profitabilität der österreichischen Banken steigt

Risiken durch Fremdwährungskredite weiterhin hoch

geben. Als nächster Schritt ist die Reduzierung der Kreditvergabe in Euro bzw. US-Dollar geplant.

Die Lehren aus der Finanzkrise setzten einen Reformprozess in Gang, der vor allem durch höhere Eigenmittelausstattung sowie verbesserte Qualität des Kapitals auf eine Stärkung der Risikotragfähigkeit der Banken abzielt. Ende 2010 einigte sich der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht auf den neuen internationalen Regulierungsrahmen für Banken (Basel III). Die makroprudenzielle Aufsicht wurde zur frühzeitigen Erkennung systemischer Risiken eingerichtet. Außerdem wurden neue rechtliche Rahmenbedingungen für das Krisenmanagement diskutiert. Die OeNB ist insbesondere im Rahmen des neuen Europäischen Finanzaufsichtssystems, das mit 1. Jänner 2011 in Kraft trat, intensiv eingebunden. Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board – ESRB) ist ein institutionalisiertes Frühwarnsystem für Finanzmarktrisiken. In der OeNB führte die Einrichtung des ESRB zu einer verstärkt sektorübergreifenden Analyse der Finanzmarktstabilität auf EU- und auf nationaler Ebene. Dies beinhaltet auch die Beurteilung der Auswirkungen von Risikowarnungen und Empfehlungen des ESRB auf den österreichischen Finanzmarkt (Impact Assessments) sowie die Überwachung der Effektivität der ergriffenen Maßnahmen.

Erhöhter Informationsbedarf in unsicheren Zeiten

Die Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit und die Wissensvermittlung an Schlüsselakteure der Wirtschaft haben in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit an Bedeutung gewonnen. Die OeNB deckt diesen erhöhten Informationsbedarf in ihren periodischen Publikationen ab und steht verstärkt im

Dialog mit nationalen und internationalen Forschern, Politikern und Meinungsträgern sowie mit internationalen Institutionen. Das gesamte Publikations- und Dienstleistungsportfolio positioniert die OeNB als Kompetenzzentrum in geld- und finanzmarktpolitischen Fragestellungen.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise stellte aber auch die Analyse, Datenerhebung und -verarbeitung vor neue Anforderungen. So werden Stress-tests für den Bankensektor zunehmend wichtiger. Eine stärkere nationale und internationale Vernetzung der Finanzaufsicht erfordert neue Indikatoren und Analysen, um krisenhafte Ereignisse frühzeitig erkennen zu können. Die OeNB konnte diese neuen Erfordernisse bei gleichzeitig weitgehend konstantem Personalstand mithilfe von Effizienzsteigerungen, internen Ressourcenumschichtungen und einer langfristig orientierten Personal- und Ausbildungspolitik erfüllen.

Weiterer Aufbau der Risikovorsorgen

Das geschäftliche Ergebnis 2010 der OeNB beläuft sich auf 291 Mio EUR. Darin enthalten sind das Nettozinsergebnis mit 719 Mio EUR, realisierte Nettogewinne aus Finanzoperationen mit 97 Mio EUR, Abschreibungen auf Wertpapiere von 73 Mio EUR, die teilweise Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems mit 52 Mio EUR sowie eine weitere Zuführung zur Risikorückstellung in der Höhe von 300 Mio EUR. Die Personalaufwendungen in Höhe von 120 Mio EUR sind gegenüber dem Vorjahr de facto unverändert, die Sachaufwendungen reduzierten sich um 3 Mio EUR auf 78 Mio EUR. Damit beträgt der 90-prozentige Gewinnanteil des Bundes gemäß NBG 196 Mio EUR. Auf die

Reform der internationalen Aufsichtsarchitektur

Geschäftliches Ergebnis: 291 Mio EUR, Bilanzgewinn: 22 Mio EUR

Finanzkrise erfordert verstärkte Kommunikation und Information

Körperschaftsteuer entfallen 73 Mio EUR, sodass ein Bilanzgewinn von 22 Mio EUR verbleibt. Die Nettowährungsposition der OeNB erhöhte sich auf 14,8 Mrd EUR. Darin sind sowohl die aktiv- und passivseitigen als auch die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Fremdwährungsbestände zusammenge-

fasst. Die Zunahme um 4,0 Mrd EUR gegenüber dem Bilanzstichtag 2009 ist im Wesentlichen auf buchmäßige Kursgewinne aus der Bewertung zum 31. Dezember 2010 zurückzuführen. Von der Nettowährungsposition entfallen 9,5 Mrd EUR auf Goldbestände.

Tabelle 1

Ausgewählte Kennzahlen der OeNB

	2009	2010
<i>in Mio EUR</i>		
Unternehmenskennzahlen (Stand 31. Dezember)		
Nettowährungsposition	10.766	14.811
Banknotenumlauf	20.640	21.492
Bilanzsumme	71.614	79.766
Erwirtschaftetes Ergebnis ¹	852	612
Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen und Veränderung der Risikorückstellung und der Rückstellung für geldpolitische Operationen des Eurosystems	-534	-321
Geschäftliches Ergebnis	318	291
Körperschaftsteuer	79	73
Gewinnanteil des Bundes	193	196
Bilanzgewinn	21	22
Mitarbeiterressourcen der OeNB-Fachbereiche (Wissensbilanz)		
Akademikeranteil, in %	984,1	986,2
OeNB-Website – Seitenaufrufe pro Tag	44,5	47,2
Auskünfte der OeNB-Hotlines	90.104	133.036
Abonnenten der Newsletter	29.837	36.112
OeNB-Publikationen	18.948	18.110
Bargeldschulungen	70	75
	390	367
Umweltbilanz		
Wärmeverbrauch in kWh/m ²	52	60
Stromverbrauch in MWh/Mitarbeiter	7,65	7,86

¹ Erwirtschaftetes Ergebnis = Geschäftliches Ergebnis ohne Berücksichtigung der Zuführung zur Risikorückstellung, der Abschreibungen auf Wertpapiere sowie der Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems.

Quelle: OeNB.

Eigentümer und Organe

Auftrag

Die OeNB ist die Zentralbank der Republik Österreich und als solche integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB). In dieser Funktion agiert sie in voller personeller, finanzieller und institutioneller Unabhängigkeit. Die OeNB richtet ihre Zielsetzungen und ihr Verhalten an den Grundsätzen Vertrauen, Stabilität und Sicherheit aus.

Für das ESZB/Eurosystem und somit auch für die OeNB besteht ein klarer, gesetzlicher Auftrag. Zum einen ist dies die Gewährleistung der Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet, um die Kaufkraft für die Bevölkerung zu erhalten. Zum anderen haben die Zentralbanken einen wesentlichen Beitrag zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität zu leisten. Neben diesen beiden vorrangigen Aufgaben sind die nationalen Zentralbanken auch zur Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union und somit auch jener Österreichs (Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung) verpflichtet, solange die Preisstabilität gesichert ist.

Aufgaben

Im Zuge der Finanzkrise hat die OeNB ihre Aufgabenerfüllung kritisch beleuchtet. Folglich wurde die Ausrichtung der Aufgaben neu festgelegt und in Form der „OeNB-Strategie 2010–2015“ beschlossen. Im Sinne einer fortgesetzten Spezialisierung der OeNB sollen die Kernaufgaben der Zentralbank weiter gestärkt und gleichzeitig die Prozesse optimiert werden.

Geldpolitik, monetäre Integration und ökonomische Forschung

- Mitgestaltung der Geldpolitik des Eurosystems
- Prognosen der Wirtschaftsentwicklung Österreichs
- Erstellung volkswirtschaftlicher Analysen und Studien, Forschungstätigkeit zu Österreich sowie den für Österreich relevanten Ländern (insbesondere in Zentral-, Ost- und Südosteuropa)

Operative Umsetzung der Geldpolitik und Währungsreservenmanagement

- Abwicklung der geldpolitischen Geschäfte mit den österreichischen Banken
- Abwicklung und Überwachung der Erfüllung der Mindestreservepflicht der österreichischen Banken
- Teilnahme an allfälligen Devisenmarktinterventionen des Eurosystems
- Veranlagung der von der EZB an die OeNB zur Verwaltung übertragenen Währungsreserven
- Management der eigenen Währungsreserven unter Berücksichtigung der Grundsätze Stabilität, Liquidität und Ertrag

Finanzmarktstabilität und Bankenaufsicht

- Durchführung der Bankenaufsicht in Kooperation mit der FMA
- Durchführung der Zahlungssystemaufsicht
- Analyse von Finanzmärkten und Banken
- Weiterentwicklung der Risikovorsorge auf Mikro- und Makroebene
- Mitwirkung am Aufbau gesamteuropäischer Aufsichtsstrukturen und -institutionen

Statistik

- Bereitstellung von aussagekräftigen und hochwertigen Statistiken, vor allem Monetär-, Zinssatz-, Aufsichts- und Außenwirtschaftsstatistiken (z. B. Zahlungsbilanz, Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung)
- Führung der Großkreditevidenz
- Mitgestaltung und Umsetzung neuer – nationaler wie internationaler – Datenerfordernisse, etwa in Bezug auf den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken

Drehscheibenfunktion in der Bargeldversorgung

- Versorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung mit sicheren Banknoten und Münzen
- Analyse von Bargeldströmen zur Gewährleistung eines reibungslosen Bargeldumlaufs
- Vorbereitung auf die neue Serie der Euro-Banknoten

Sicherstellung des unbaren Zahlungsverkehrs

- Bereitstellung und Förderung zuverlässiger Zahlungsverkehrssysteme in Österreich und deren Vernetzung mit dem Ausland
- Analyse von globalen Entwicklungen im Zahlungsverkehr und deren Umsetzungsmöglichkeit in Österreich
- Umsetzen einer nationalen Clearinglösung in Abstimmung mit den österreichischen Kommerzbanken

Internationale und nationale Kooperation sowie Kommunikation

- Zusammenarbeit mit nationalen Institutionen und Gremien (Finanzmarktaufsicht, Staatsschuldenausschuss, Statistikrat)
- Internationale währungspolitische Zusammenarbeit und Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen (IWF, BIZ)

Eigentümer der OeNB

Die OeNB ist eine Aktiengesellschaft. Das Grundkapital von 12 Mio EUR steht seit Juli 2010 zur Gänze im Eigentum des Bundes.

Aufgaben des Generalrats

Der Generalrat ist das Aufsichtsorgan der OeNB und überwacht jene Geschäfte, die nicht in den Aufgabenbereich des ESZB fallen. Der Generalrat wird durch seinen Präsidenten und zwar in der Regel einmal im Monat einberufen. Gemäß § 20 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) hat der Generalrat das Direktorium in Angelegenheiten der Geschäftsführung und der Währungspolitik zu beraten. Gemeinsame Sitzungen des Generalrats und des Direktoriums haben mindestens einmal im Vierteljahr stattzufinden. Für eine Reihe von Agenden der Geschäftsführung ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Dazu zählen die Neuaufnahme oder Auflassung von Geschäftszweigen, die Errichtung oder Auflassung von Zweiganstalten sowie der Erwerb oder die Veräußerung von Beteiligungen und Liegenschaften. Weiters ist die Zustimmung des Generalrats bei der Besetzung von Aufsichtsräten und des Managements von Unternehmen, an denen die OeNB beteiligt ist, einzuholen. Auch bei der Ernennung der Funktionäre der zweiten Führungsebene der OeNB ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Darüber hinaus sind die in § 21 Abs. 2 NBG genannten Angelegenheiten der

Beschlussfassung durch den Generalrat vorbehalten, wie z. B. die Erstattung von unverbindlichen Dreivorschlägen an die Bundesregierung für die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums durch den Bundespräsidenten, die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Geschäftspolitik in Nicht-ESZB-Angelegenheiten und die Genehmigung des Jahresabschlusses zwecks Vorlage an die Generalversammlung sowie die Genehmigung des Ausgabenplans für das nächste Geschäftsjahr.

Zusammensetzung des Generalrats

Der Generalrat besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und zwölf weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder müssen österreichische Staatsbürger sein. Präsident, Vizepräsident und sechs Mitglieder werden von der Bundesregierung für die Dauer von fünf Jahren ernannt; eine Wiederernennung ist zulässig. Weitere sechs Mitglieder werden von der Generalversammlung für die Dauer von fünf Jahren gewählt; eine Wiederwahl ist zulässig. Weitere Bestimmungen zum Generalrat finden sich in den §§ 20 bis 30 NBG.

Personelle Veränderungen vom 29. April 2010 bis 28. April 2011

Dr. Walter Rothensteiner, dessen Funktionsperiode mit der regelmäßigen Generalversammlung 2010 endete, wurde in der Generalversammlung vom 27. Mai 2010 zum Mitglied des Generalrats wiedergewählt.

Mit Stand 31. Dezember 2010 umfasste der Generalrat der OeNB folgende Mitglieder:



Dkfm. Dr.
Klaus J. Raidl
Präsident
(bis 31. 12. 2010 auch
Vorsitzender des Vorstands
der Böhler-Uddeholm AG)



Mag. Max
Kothbauer
Vizepräsident
Vorsitzender des
Universitätsrats der
Universität Wien



Dipl.-Ing.
August Astl
Generalsekretär der
Landwirtschafts-
kammer Österreich



Mag. Markus Beyrer
Generalsekretär der
Industriellenvereinigung



Univ.-Prof. Dr.
Bernhard Felderer
Direktor des Instituts
für Höhere Studien
und Wissenschaftliche
Forschung (IHS)



Dkfm. Elisabeth
Gürtler-Mauthner
Geschäftsführerin der Sacher
Hotels Betriebsges.m.b.H.
und Vizepräsidentin
der Österreichischen
Hotelierversammlung (ÖHV)



Dr. Erich Hampel
Vizepräsident der
UniCredit Bank Austria AG



Dipl. Bwt.
Alfred Hannes
Heinzel
Geschäftsführer der
Heinzel Holding
GmbH



Mag. Anna Maria
Hochhauser
Generalsekretärin der
Wirtschaftskammer
Österreich



Dipl.-Ing.
Johann Marihart
Generaldirektor
der Agrana
Beteiligungs-AG



Mag. Werner Muhm
Direktor der Kammer
für Arbeiter und
Angestellte für Wien



Dr. Gabriele Payr
Generaldirektorin der
Wiener Stadwerke
Holding AG



Mag. Dr. Walter
Rothensteiner
Generaldirektor
der Raiffeisen
Zentralbank
Österreich AG



Dr. Dwora Stein
Bundesgeschäftsführerin der Gewer-
schaft der Privat-
angestellten, Druck,
Journalismus, Papier

Gemäß § 22 Abs. 5 NBG vom Zentralbetriebsrat bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:



Dr. Martina Gerharter
Vorsitzende des
Zentralbetriebsrats



Robert Kocmich
Stellvertretender
Vorsitzender des
Zentralbetriebsrats



Staatskommissär
Sektionschef
Mag. Thomas Wieser
Leiter der Sektion für
Wirtschaftspolitik und
Finanzmärkte im Bundes-
ministerium für Finanzen



Staatskommissär-
Stellvertreter
Mag. Alfred Lejsek
Gruppenleiter
Gruppe III/B Finanzmärkte
im Bundesministerium
für Finanzen

Direktorium

Das Direktorium hat den gesamten Dienstbetrieb zu leiten und die Geschäfte der OeNB zu führen. Bei der Verfolgung der Ziele und Aufgaben des ESZB hat das Direktorium entsprechend den Leitlinien und Weisungen der EZB zu handeln. Das Direktorium besteht aus dem Gouverneur, dem Vize-Gouverneur und zwei weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Direktoriums werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung

ernannt. Die Ernennung erfolgt jeweils auf die Dauer von fünf Jahren; eine Wiederernennung ist zulässig. Der Gouverneur ist Mitglied des EZB-Rats und des Erweiterten Rats der EZB. Er und sein Vertreter sind bei Wahrnehmung dieser Funktionen weder an Beschlüsse des Direktoriums noch an solche des Generalrats gebunden und unterliegen auch sonst keinerlei Weisungen. Mit Stand 31. Dezember 2010 umfasste das Direktorium der OeNB folgende Mitglieder:



Andreas Ittner, Wolfgang Duchatczek, Ewald Nowotny, Peter Zöllner (von links)

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny
Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatczek
Vize-Gouverneur

Mag. Dr. Peter Zöllner
Mitglied des Direktoriums

Mag. Andreas Ittner
Mitglied des Direktoriums

Für weitere Informationen zum Direktorium der OeNB siehe auch www.oenb.at

Organisation der OeNB

Präsident

Dkfm. Dr. Claus J. Raidl

Referat des Generalrats

AL DRR Dr. Dr. Richard Mader

Vizepräsident

Mag. Max Kothbauer

Direktorium

Ressort Notenbankpolitik

Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny

Innenrevision

AL DRR Mag. Dr. Axel Aspetsberger

Hauptabteilung Kommunikation, Planung und Personal

DHA Mag. Markus Arpa

Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit

AL DRR Mag. Günther Thonabauer

Abteilung für Planung und Controlling

AL Elisabeth Kerbl

Personalabteilung

AL Hannes Brodtrager

Hauptabteilung Volkswirtschaft

DHA Mag. Dr. Peter Mooslechner

Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

AL DRR Mag. Dr. Ernest Gnan

Abteilung für volkswirtschaftliche Studien

AL Mag. Dr. Martin Summer

Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen

AL Mag. Franz Nauschnigg

Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland

AL Mag. Dr. Doris Ritzberger-Grünwald

Repräsentanz Brüssel

SE Mag. Carmencita Nader-Uher, MBA

Hauptreferat Zukunftsfragen und Zentralbankentwicklung

DHR Mag. Peter Achleitner

Ressort Rechnungswesen, Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr

Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek

Hauptabteilung Organisation und Informationsverarbeitung

DHA Christoph Martinek

Abteilung für Organisation und IT-Governance¹

AL DRR Ing. Mag. Wolfgang Ruland

IT-Development

AL Dipl.-Ing. Dieter Gally

IT-Operations

AL Ing. Peter Deixelberger

Hauptabteilung Hauptkasse und Zahlungsverkehr

DHA Dr. Stefan Augustin

Abteilung für Bargeld- und Zahlungsverkehrssteuerung

AL DRR Mag. Dr. Walter Hoffenberg

Banknoten- und Münzenkasse

AL Kassendirektor Mag. Dr. Gerhard Schulz

Zahlungsverkehrsabteilung

AL DRR Mag. Andreas Dostal

Web- und Druck-Service

AL Maximilian Hiermann

Zweiganstalt Österreich Nord

DZA Josef Kienbauer

Zweiganstalt Österreich Süd

DZA Claudia Macheiner

Zweiganstalt Österreich West

DZA Mag. (FH) Armin Schneider

Hauptabteilung Rechnungswesen

DHA Friedrich Karrer

Abteilung Bilanzierung und Risikoüberwachung Treasury

AL Elisabeth Trost

Abteilung Zentralbuchhaltung

AL Herbert Domes

AL Abteilungsleiter
 DHA Direktor der Hauptabteilung
 DHR Direktor des Hauptreferats
 DRR Direktionsrat
 DZA Direktor und Leiter der Zweiganstalt
 SE Senior Expert

Ressort Finanzmarktstabilität, Bankenaufsicht und Statistik

Direktor Mag. Andreas Ittner

Hauptabteilung Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung

DHA Mag. Philip Reading

Abteilung für Finanzmarktanalyse
AL DRR Dr. Michael Würz

Abteilung für Bankenanalyse und Strategie
AL Mag. Dr. Karin Hrdlicka

Abteilung für Bankenanalyse
AL Mag. Dr. Georg Hubmer

Abteilung für Bankenrevision – Großbanken
AL Dipl.-Ing. Dr. Gabriela de Raaij

Abteilung für Bankenrevision
AL Dr. Roland Pipelka

Hauptabteilung Statistik

DHA Mag. Dr. Johannes Turner

Abteilung für Außenwirtschaftsstatistik und
Finanzierungsrechnung
AL Dr. Michael Pfeiffer

Abteilung für Aufsichts- und Monetärstatistik
AL DRR Gerhard Kaltenbeck

Kreditabteilung
AL DRR Eva-Maria Springauf

Ressort Finanzmarktoperationen, Beteiligungen und Interne Dienste

Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Rechtsabteilung
AL DRR Dr. Hubert Mölzer

Hauptabteilung Treasury

DHA Mag. Dr. Rudolf Trink

Abteilung für Treasury – Strategie
AL DRR Mag. Franz Partsch

Treasury – Front Office
AL Reinhold Wanka

Treasury – Back Office
AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli

Beteiligungsverwaltung
AL Dr. Christa Mölzer-Hellsberg

Repräsentanz New York
Mag. Gerald Fiala

Hauptabteilung Interne Dienste

DHA Mag. Gerhard Hohäuser

Abteilung für Einkauf, Technik und Service
AL Mag. Thomas Reindl

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten
AL Gerhard Valenta

Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
AL Mag. Bernhard Urban

¹ Umweltbeauftragter SE Johann Jachs
Stand per 28. April 2011

Die OeNB im Dienst der Preisstabilität

Im Jahr 2010 setzte sich die Erholung der Konjunktur fort und gewann zunehmend an Breite. Im Zusammenspiel von Geld- und Wirtschaftspolitik konnten – weltweit und auf europäischer Ebene – entscheidende Fortschritte zur Wiederherstellung eines positiven Wirtschaftsklimas erzielt werden. Die Inflationsrate näherte sich zunächst dem Preisstabilitätsziel an und verzeichnete aufgrund der Verteuerung von Rohstoffen seit Jahresende 2010 einen neuerlichen Anstieg auf über 2%. In Österreich profitierte die Wirtschaft vor allem vom Aufschwung des größten Handelspartners Deutschland. Vor diesem Hintergrund setzte Anfang 2010 eine schrittweise Rücknahme der Sondermaßnahmen des Eurosystems ein. Die Märkte für Staatsanleihen spielen eine zentrale Rolle für die Wirkungsweise der Geldpolitik. Die starken Marktreaktionen auf die verschlechterte Haushaltslage in einigen Ländern des Euroraums erforderten daher nicht nur, den betroffenen Ländern Überbrückungskredite zu gewähren, sondern auch, einzelne geldpolitische Sondermaßnahmen wieder aufzunehmen bzw. neu einzuführen.



Schwierige Rahmenbedingungen erfordern flexible Geldpolitik

Geldmärkte zwischen Normalisierung und neuen Spannungen

Nach dem schweren Konjunkturreinbruch 2009 war der Euroraum im Jahr 2010 von einer positiven Konjunktur-entwicklung und einem moderaten Anstieg der Inflation auf 1,6% (nach 0,3% 2009) gekennzeichnet. In diesem Umfeld behielt der EZB-Rat den Zinssatz im Hauptrefinanzierungsgeschäft auf dem im Mai 2009 fixierten historisch niedrigen Niveau von 1% bei. Die Zinsen auf die Einlagefazilität bzw. die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurden ebenfalls bei 0,25% und 1,75% belassen. Die Entspannung auf den Geldmärkten Ende 2009 erlaubte die schrittweise Rückführung eines Teils der geldpolitischen Sondermaßnahmen, die im Herbst 2008 und in der ersten Jahreshälfte 2009 beschlossen worden waren. Gleichzeitig stellten aber die Schuldenkrise in einigen Euro-Ländern und die Entwicklungen auf den Märkten für Staatsanleihen die Geldpolitik auch im Jahr 2010 vor große Herausforderungen. Diese verlangten eine vorsichtige und flexible Handhabung der

bestehenden Sondermaßnahmen bzw. die Einführung neuer Instrumente.

Vor dem Hintergrund der Entspannung auf den Geldmärkten und einer gewissen Normalisierung der geldpolitischen Transmission entschied der EZB-Rat im Dezember 2009, die außerordentlichen Geschäfte mit 6- und 12-monatiger Laufzeit auslaufen zu lassen und die Zahl der 3-monatigen Geschäfte wieder auf Vorkrisenniveau zu reduzieren. In Absprache mit der Federal Reserve und der Schweizerischen Nationalbank beendete die EZB im Februar 2010 auch die direkte Bereitstellung von US-Dollar und Schweizer Franken an Banken im Euroraum. Im März 2010 wurde erstmals seit September 2008 wieder ein 3-Monats-Geschäft mit variablem Zinssatz durchgeführt, was ebenfalls eine Normalisierung im geldpolitischen Instrumentarium bedeutet. Ende Juni wurde auch das Programm zum Ankauf von insgesamt 60 Mrd EUR gedeckter Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme) planmäßig beendet. Das Ankaufsprogramm war im Mai

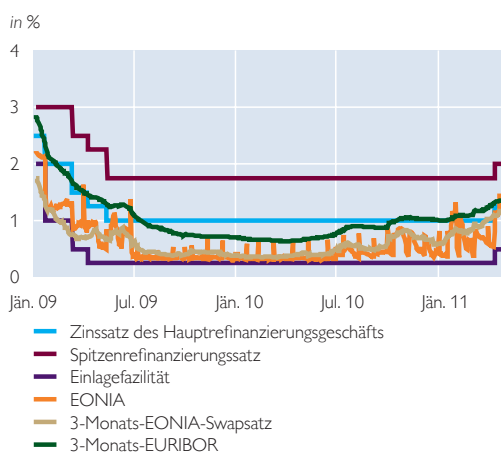
Leitzinsen weiter historisch niedrig

Sondermaßnahmen laufen teilweise aus

Grafik 7

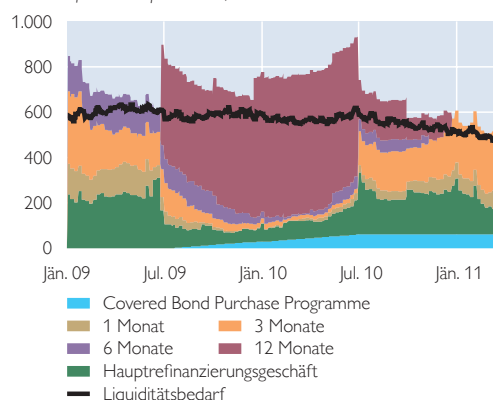
Zinssätze und Liquiditätsversorgung im Euroraum

EZB- und Geldmarkt-Zinssätze



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Laufzeit der Operationen, in Mrd EUR



Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Mit Rückgang der
Überschussliquidität
steigen Geldmarktzinsen

2009 beschlossen worden, um den Markt für Pfandbriefe, der für die Refinanzierung europäischer Banken und damit in weiterer Folge für die Vergabe von Krediten eine Schlüsselrolle einnimmt, wieder zu beleben. Die Ankündigung der Maßnahme und die über ein Jahr verteilten Ankäufe haben das gesetzte Ziel erreicht und zu einem Anstieg der Neuemissionen und einem Rückgang der Risikoaufschläge beigetragen.

Weiterhin großzügige
Liquiditätsversorgung

Während im Jahr 2010 ein Teil der Sondermaßnahmen zurückgeführt wurde, hat die EZB zwei Kernelemente beibehalten. So akzeptierte das Eurosystem auch 2010 einen erweiterten Katalog an Sicherheiten, die Banken bei ihren Geschäften mit dem Eurosystem hinterlegen müssen. Beibehalten wurde auch der seit Herbst 2008 verwendete Zuteilungsmodus im Hauptrefinanzierungsgeschäft. Dabei wird der gesamte Liquiditätsbedarf der Banken zu einem fixen Zinssatz erfüllt, sofern die Banken über ausreichend Sicherheiten verfügen. Diese Maßnahme gibt den Banken Sicherheit, im Bedarfsfall stets über ausreichend Liquidität zu verfügen.

In der ersten Jahreshälfte 2010 erhöhten die Banken insgesamt ihre Nachfrage nach Zentralbankliquidität, wofür die zunehmenden Spannungen auf den Märkten für bestimmte Staatsanleihen ausschlaggebend waren. In der zweiten Jahreshälfte nutzten viele Banken das Auslaufen der außerordentlichen 12-Monats-Geschäfte, um einen großen Teil dieser Liquidität wieder zurückzuzahlen. Dadurch ging die Überschussliquidität, d.h. die Liquidität, die weder für die Erfüllung der Mindestreservepflicht noch für den Bargeldumlauf erforderlich ist, von über 300 Mrd EUR zu Jahresmitte auf unter 50 Mrd EUR zu Jahresende zurück. Gleichzeitig kam es zu einer Verkürzung der

durchschnittlichen Laufzeit der zur Verfügung gestellten Liquidität.

Im Jahr 2010 war die Entwicklung auf dem Geldmarkt, insbesondere im kurzfristigen Bereich wie dem EONIA (Durchschnittszinssatz für Tagesgeld), stark durch die Höhe des Liquiditätsüberschusses bestimmt. So lag der EONIA in der ersten Jahreshälfte durchwegs deutlich unter dem Leitzinssatz und nahe der Verzinsung auf die Einlagefazilität von 0,25%. Als in der zweiten Jahreshälfte der Liquiditätsüberschuss zurückging, stieg auch der EONIA (mit gewissen Schwankungen) und erreichte an einigen Tagen wieder Werte nahe oder über dem Leitzins. Mit der Erwartung dauerhaft höherer EONIA-Sätze stiegen auch die längerfristigen Geldmarktsätze, wie z. B. der im Kundengeschäft wichtige 3-Monats-EURIBOR. Dieser Anstieg bei den Zinsen ist als Zeichen einer langsamen Normalisierung auf den Geldmärkten zu interpretieren.

Staatsschuldenkrise erfordert Reaktivierung einzelner Sonder- maßnahmen

Im Frühling 2010 kam es zu Spannungen in bestimmten Segmenten der Finanzmärkte, insbesondere den Märkten für Staatsanleihen. Die Renditen auf Staatsanleihen einiger Euroraum-Länder stiegen relativ zu jenen Deutschlands stark an. In Reaktion auf diese Entwicklungen beschlossen die Regierungen des Euroraums im Mai ein umfassendes Maßnahmenpaket, darunter die Gründung der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (European Financial Stability Facility – EFSF, siehe Abschnitt „Öffentliche Haushalte rücken ins Zentrum der Aufmerksamkeit“). Ebenfalls im Mai 2010 kündigte der EZB-Rat die Einrichtung des Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme – SMP)

an. Das SMP erlaubt der EZB, nach Bedarf auf Märkten für öffentliche und private Schuldverschreibungen zu intervenieren, um die Liquidität in nicht funktionierenden Marktsegmenten wiederherzustellen und die Wirksamkeit der Geldpolitik zu sichern.

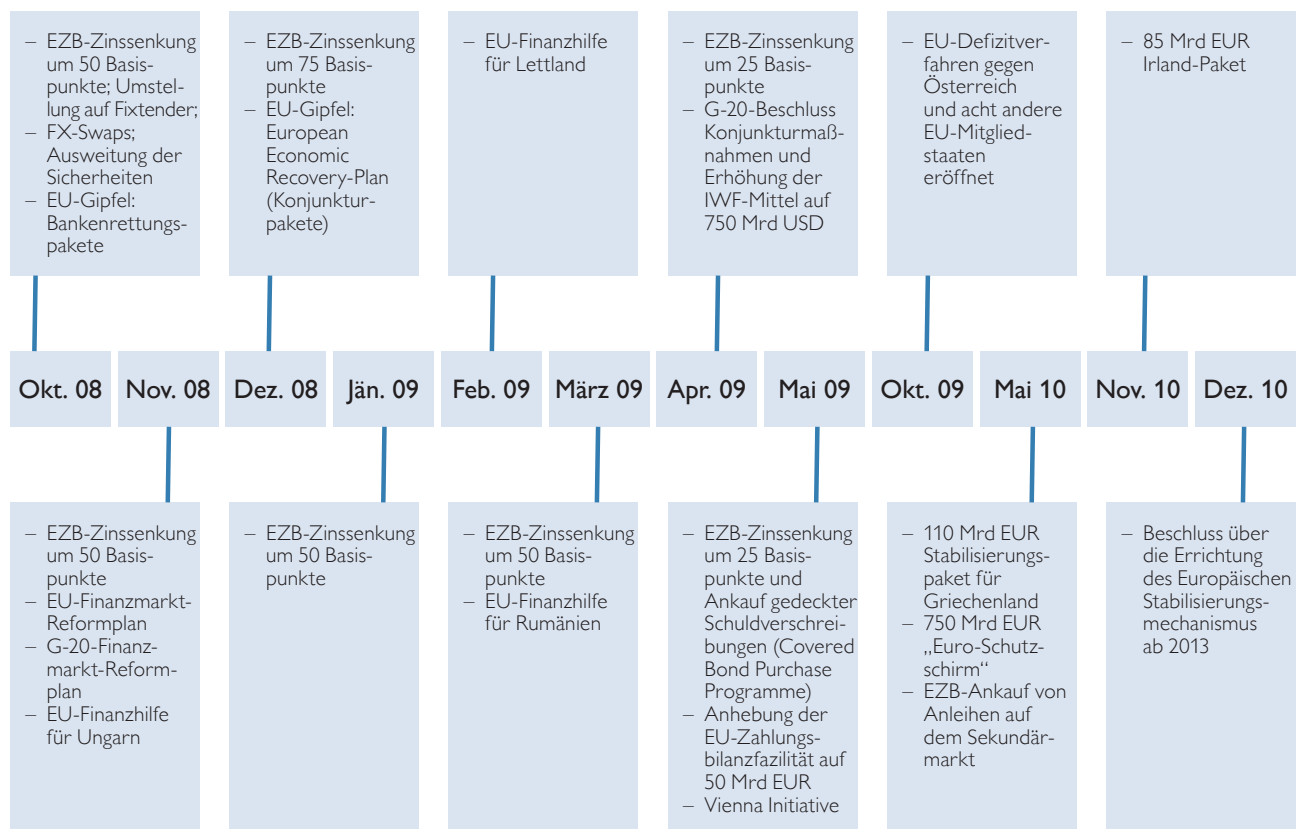
Die Märkte für Staatsanleihen spielen eine zentrale Rolle für die Weitergabe geldpolitischer Impulse an die Wirtschaft. Die Rendite auf Staatsanleihen ist ein wichtiger Referenzwert für die Zinssätze, die Unternehmen auf Anleihen zahlen müssen. Staatsanleihen stellen auch einen wichtigen Aktivposten in der Bilanz des privaten Sektors dar. Die niedrigeren Sekundärmarktpreise der Anleihen können große Bewertungsverluste bedeuten, die wiederum die Aktivseite der Unterneh-

mensbilanz schmälern und damit die Kreditwürdigkeit reduzieren. Weiters erschwert eine niedrige Liquidität auf den Märkten für Staatsanleihen Banken und anderen Finanzintermediären, diese Anleihen als Sicherheiten in ihren Geschäften zu verwenden. Die Interventionen im Rahmen des SMP dienen daher dazu, die Funktionsweise der Märkte wiederherzustellen, um negative Auswirkungen auf die geldpolitische Transmission zu verringern. Die durch die Ankäufe im Rahmen des SMP geschaffene zusätzliche Liquidität wird durch spezielle Abschöpfungsoperationen dem Geldumlauf wieder entzogen, sodass sich die Zentralbankgeldmenge in Summe nicht erhöht. Das SMP hat damit keine Auswirkungen auf die Liquiditätssituation und den Geldmarkt.

Zentrale Rolle der Märkte für Staatsanleihen

Grafik 8

Die wichtigsten Krisenmaßnahmen 2008–2010



**Langsame Rücknahme
der Sondermaßnahmen**

Gleichzeitig mit der Bekanntgabe des SMP reaktivierte das Eurosystem einen Teil der Sondermaßnahmen: Neben der einmaligen Abhaltung eines 6-Monats-Geschäfts wurde auch das Zuteilungsverfahren im 3-Monats-Geschäft ab Mai 2010 wieder auf unbeschränkte Zuteilung zu fixem Zinssatz umgestellt.

Nach einem anfänglichen Höhepunkt im Mai haben sich die Ankäufe im Rahmen des SMP in den letzten Mo-

naten auf sehr niedrigem Niveau eingependelt. Während einiger Wochen wurden überhaupt keine Wertpapiere mehr angekauft. Gleichzeitig entschied jedoch der EZB-Rat vor dem Hintergrund weiter bestehender Unsicherheiten auf den Finanzmärkten, alle Refinanzierungsgeschäfte mit unbeschränkter Zuteilung durchzuführen und zwar aus gegenwärtiger Sicht bis mindestens Ende Juni 2011.

Kasten 1

Kommunikation als wichtiges Instrument der Geldpolitik

Die OeNB ist durch die Teilnahme Österreichs an der Wirtschafts- und Währungsunion die kommunikative Schnittstelle und Drehscheibe zwischen dem Eurosystem und den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, zwischen der Bevölkerung und der Wirtschaft in Österreich.

Als Kommunikator vermittelt die OeNB die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats einer breiten Öffentlichkeit. Dafür setzte sie auch im Jahr 2010 zahlreiche Kommunikationsmittel ein: Neben der gesetzlich vorgesehenen halbjährlichen Berichterstattung des Gouverneurs und des Vize-Gouverneurs im Finanzausschuss des Nationalrats zählen dazu rund 130 Presseaussendungen, 25 Pressekonferenzen, eine Vielzahl von Interviews und Vorträgen, Fachgespräche, periodische Wirtschaftsanalysen, volkswirtschaftliche Tagungen und Seminare, Ad-vertorials und Kleinanzeigen, Informationsfolder, Journalistenseminare, Internetchats sowie eine Onlineplattform.

Diese Kommunikationspolitik fördert das Verständnis für die Geldpolitik des Eurosystems, erhöht das Vertrauen in den Euro als stabile Währung und gibt den Marktteilnehmern zusätzliche Sicherheit bei ihren Entscheidungen. Die Medien spielen dabei sowohl als Informationsquelle wie auch als Meinungsbildner eine zentrale Rolle.

Im Jahr 2010 begann sich die Konjunktur zwar wieder zu erholen – durch das Zusammenspiel von Geld- und Wirtschaftspolitik waren auch entscheidende Fortschritte bei der Wiederherstellung der Finanzmarktstabilität zu verzeichnen –, dennoch blieb die Unsicherheit im Euroraum erhöht. Zusätzlich rückte die Schuldenkrise in einigen Ländern des Euroraums sowie deren Auswirkungen für den Euro immer mehr in den Fokus der öffentlichen Diskussion.

Aus diesen Gründen ist die OeNB weiterhin besonders gefordert, ihre Öffentlichkeitsarbeit gemäß ihrem Leitbild „Stabilität und Sicherheit“ konsequent fortzusetzen.

**Reserveveranlagung trotz
schwierigen Marktumfelds
weiterhin erfolgreich**

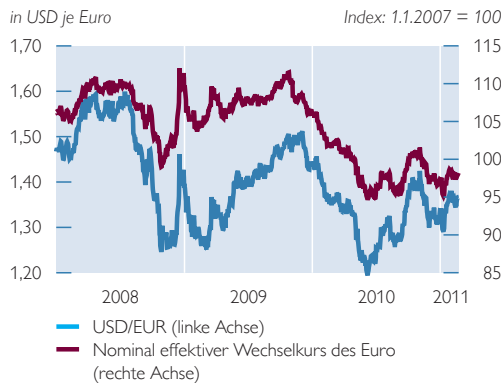
Der Anstieg der Staatsverschuldung und die Sorge über die Haushaltslage einzelner Länder des Euroraums führten auf den Märkten im ersten Halbjahr 2010 zu einer verstärkten Nachfrage nach sicheren Anlageformen. Während Staatsanleihen von Ländern mit anhaltend gutem Rating und Gold als traditionell „sicherer Hafen“ profitierten,

verzeichneten risikoreichere Anlagen, wie z. B. Aktien, temporäre Abschwächungen. Auch der Euro schwächte sich bis Jahresmitte ab und zeigte eine große Volatilität. Als Folge der Einigung auf ein Rettungspaket für Griechenland im Mai 2010 und angesichts der verbesserten Wachstumsaussichten gewann der Euro wieder an Wert.

Als sich die Schuldenkrise zu Jahresende 2010 wieder zuspitzte, waren die Auswirkungen primär auf die Ren-

**Finanzmärkte im
Spannungsfeld
europäischer
Schuldenprobleme**

Grafik 9

Wechselkurs

Quelle: Thomson Reuters.

diteaufschläge konzentriert, während die generelle positive Grundstimmung auf den Finanzmärkten anhielt. Diese stand im Zeichen einer raschen Erholung in Schwellenländern und rohstoffreichen Staaten und setzte mit sinkender Risikoaversion starke Kapitalströme in diese Regionen in Gang. Insgesamt hat der Euro – gemessen an den Währungen der wichtigsten Handelspartner des Euroraums – im Jahr 2010 effektiv 8,2 % an Wert verloren.

Das wirtschaftliche Umfeld, geprägt von großer Unsicherheit und starken Schwankungen auf den Märkten, erforderte eine sehr umsichtige, auf Risikobegrenzung ausgerichtete Anlagepolitik. In der Prioritätenskala war somit für das Jahr 2010 Sicherheit vor Liquidität und Ertrag maßgebend – auch vor dem Hintergrund, dass die OeNB aufgrund der gesteigerten Finanzierungserfordernisse durch die Finanz-

und Wirtschaftskrise verstärkt vom IWF für seine Finanzierung herangezogen wird (siehe dazu auch den Abschnitt „Rolle des Internationalen Währungsfonds aufgewertet“). Der angespannten Situation auf den Märkten wurde mit einer breiteren Diversifizierung der Währungsreserven begegnet. Dadurch konnte der Erfolg der Fremdwährungskomponente ausgeweitet werden.

Die Schuldenproblematik sowie die zeitweise erhöhte wirtschaftliche Unsicherheit führten zu einem erneuten steilen Anstieg des Goldpreises, der sich bis ins Jahr 2011 mit immer neuen Rekordwerten fortsetzte. In US-Dollar gemessen lag der Goldpreis Ende 2010 um 30 % höher als ein Jahr zuvor, in Euro gemessen sogar um 40 %. Die Goldreserven der OeNB sind im abgelaufenen Jahr mit 280 Tonnen mengenmäßig gleich geblieben, wertmäßig aber deutlich gestiegen (siehe das Kapitel Jahresabschluss 2010).

Der EZB-Rat richtete im Jahr 2010 einen neuen Ausschuss für Risikosteuerung (Eurosystem Risk Management Committee – RMC) ein, dem auch Vertreter der OeNB angehören. Das Mandat des RMC umfasst die Weiterentwicklung der Maßnahmen und Methoden im Risikomanagement für die geldpolitischen Geschäfte und die Veranlagung der gemeinsamen Währungsreserven des Eurosystems. Darüber hinaus erfolgt im Rahmen des RMC auch die Analyse und Berichterstattung der Risikoposition des Eurosystems.

Unsicherheit sorgt für Allzeithoch des Goldpreises

Erweitertes Risikomanagement der EZB

Risikobegrenzung bei erfolgreicher Diversifizierung der Reservehaltung

Konjunktur überwindet Rezession und kehrt auf moderaten Wachstumskurs zurück

Erholungsprozess der Weltwirtschaft setzt sich fort

Nach dem starken globalen Konjunkturreinbruch setzte Mitte 2009 ein Erholungsprozess ein, der im Jahr 2010 an Breite gewann. Der Aufschwung der Weltwirtschaft war in der ersten Jahreshälfte 2010 besonders stark ausgeprägt. Getragen war er von geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen, einer weitgehenden Normalisierung der Finanzierungsbedingungen sowie vom weltweiten Lageraufbau infolge der günstigen wirtschaftlichen Aussichten. Vor diesem Hintergrund hat auch der Welthandel wieder deutlich an Schwung gewonnen.

In der zweiten Jahreshälfte büßte der globale Aufschwung mit dem Auslaufen vieler Konjunkturprogramme etwas an Dynamik ein. Dämpfend wirkten zudem die in einigen Ländern beschlossenen ersten Konsolidierungspakete. Insgesamt wuchs die Weltwirtschaft im Jahr 2010 um 5,0%. Im Verlauf des Jahres 2011 dürfte sich das globale Wachstum aufgrund verbesserter Finanzierungsbedingungen weiter festigen. Der IWF erwartet ein Weltwirtschaftswachstum von 4,4%.

Die wirtschaftliche Erholung ist regional nach wie vor heterogen. Der Aufschwung wird vorwiegend von den Schwellenländern im asiatischen Raum getragen. So machte z. B. Chinas Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 beinahe das Vierfache von jenem der USA aus. Auch im Bereich des Handels weisen die asiatischen Schwellenländer eine deutlich höhere Dynamik als die Industriestaaten auf. Um bestehende Ungleichgewichte im Außenhandel abzubauen und damit den globalen Aufschwung zu unterstützen, sollen im Rahmen der G-20 im Jahr 2011 Maß-

nahmen entwickelt und länderspezifische Empfehlungen abgegeben werden.

Breit abgestützter Aufschwung im Euroraum

Die Wirtschaftsleistung (reales BIP) im Euroraum stieg im Jahr 2010 um 1,8%. Der Aufschwung war primär durch die positive Entwicklung der Exporte getragen. So konnten die Nettoexporte dank der dynamischen Nachfrage aus Schwellenländern einen positiven Beitrag zum Wachstum leisten. Insgesamt war der Aufschwung aber breit abgestützt und durch die expansive Geldpolitik und die Maßnahmen zur Stärkung des Finanzsektors begünstigt. Vollständig von der schweren Rezession erholen konnten sich jedoch die Investitionen und der private Konsum noch nicht. So dämpfte etwa die erforderliche Restrukturierung der Unternehmensbilanzen die Investitionstätigkeit. Nach Sektoren war der Wachstumsimpuls vom produzierenden Gewerbe deutlich größer als vom Dienstleistungssektor, während das Baugewerbe noch immer unter den vergangenen Immobilienpreiseinbrüchen in einigen Ländern litt.

Der Anstieg des privaten Konsums steht im Zusammenhang mit einer Erhöhung des verfügbaren Einkommens sowie einer gesunkenen Sparquote. Beides ist auf eine weitgehende Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen. Die Zahl der Beschäftigten war im Jahr 2010 erstmals nicht mehr rückläufig. Die Anzahl der Arbeitsstunden stieg wieder merklich, da die temporären Arbeitszeitkürzungen während der Rezession zurückgenommen wurden. Ein hoher Wachstumsschub der privaten Nachfrage blieb jedoch aus, da einige Länder ihre Konjunkturpro-

Welthandel nimmt deutlich an Fahrt auf

Größter Wachstumsimpuls kommt aus dem produzierenden Gewerbe

Aufschwung vorwiegend von Schwellenländern getrieben

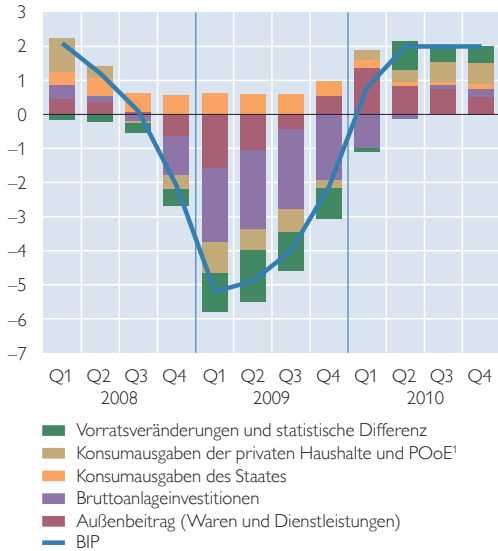
Erste Anzeichen einer Erholung auf dem Arbeitsmarkt

Grafik 10

Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

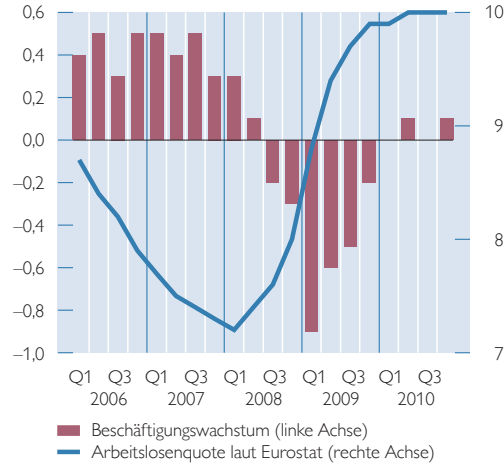
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

in Prozentpunkten, BIP-Veränderung zum Vorjahresquartal in %



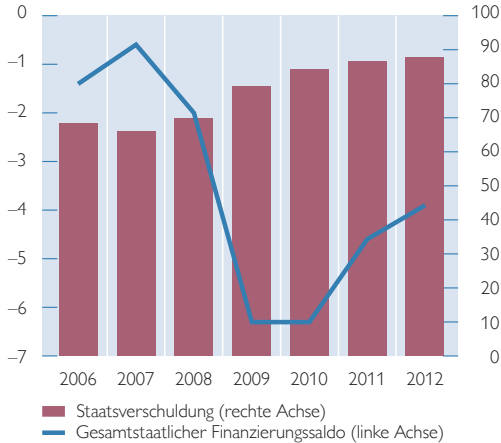
Arbeitsmarkt

in % Veränderung zum Vorquartal in %



Entwicklung der öffentlichen Finanzen

in % des BIP



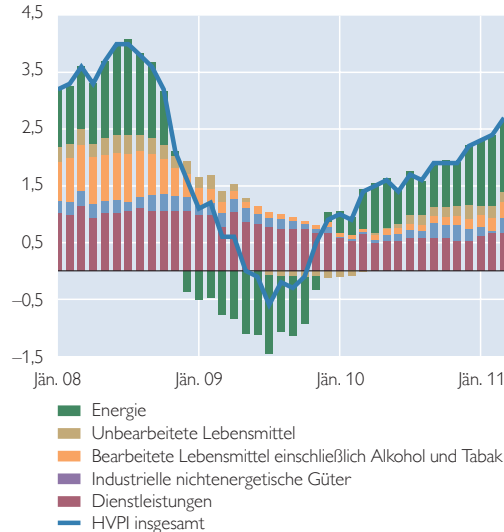
Quelle: Eurostat, Europäische Kommission.

¹ Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Anmerkung: 2010–2012 prognostizierte Werte.

Beiträge zur HVPI-Inflationsrate

in Prozentpunkten, HVPI in %



gramme zurückgefahren haben und sich der Arbeitsmarkt nur langsam erholt.

Der öffentliche Konsum nahm im Jahr 2010 ebenfalls zu, jedoch weniger als noch im Jahr davor, da einige Länder bereits Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet haben, um einer weiteren Verschlechterung der Budgetsituation

vorzubeugen. Bedingt durch die Finanzkrise und die damit einhergehende Rezession hatte das durchschnittliche Budgetdefizit im Euroraum im Jahr 2009 rund 6% des BIP erreicht und konnte sich im Jahr 2010 weitgehend stabilisieren. Die fortschreitende wirtschaftliche Erholung und die eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen wer-

Stabilisierung der Budgetdefizite

den bereits im Jahr 2011 eine signifikante Verbesserung der Haushaltssalden gewährleisten.

Der globale Aufschwung, die expansive Geldpolitik sowie nachhaltige Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems werden die Wirtschaft im Euroraum weiterhin stützen. Mit der graduellen Verbesserung der privaten Inlandsnachfrage wird das Wachstum zunehmend selbsttragend. Notwendige budgetäre Konsolidierungsmaßnahmen sowohl beim Staat als auch im Unternehmensbereich dämpfen jedoch die Wirtschaftsleistung. So dürfte das durchschnittliche BIP-Wachstum im Euroraum nach Einschätzung der EZB-Experten vom März 2011 für das Jahr 2011 im Bereich von 1,3% bis 2,1% liegen, bevor es sich im Jahr 2012 wieder beschleunigen wird.

Nach den im Euroraum teilweise negativen Inflationsraten im Jahr 2009 betrug der Preisanstieg im Jahr 2010 1,6%. Diese Entwicklung war stark vom Anstieg der Rohstoffpreise geprägt. Neben den Rohölpreisen stiegen auch jene für Nahrungsmittel weltweit rapide an und übertrafen sogar die Höchststände des Jahres 2008. War damals die wachsende globale Nachfrage die treibende Kraft, so beruhte der dynamische Preisanstieg im Verlauf des Jahres 2010 primär auf schlechten Wetterbedingungen und ist damit als temporär einzustufen. Die Preise für Dienstleistungen hingegen blieben im Jahr 2010 unverändert, was auf zeitlich verzögerte Effekte der Rezession zurückzuführen ist.

Steigende Energie-, aber auch Lebensmittelpreise verursachten relativ schnell steigende HVPI-Inflationsraten, die von rund 1½% zur Jahresmitte 2010 auf rund 2% zum Jahresende und weiter auf 2,7% im März 2011 führten. Neben diesen sichtbaren Auswirkungen auf die aktuellen Inflationsraten beob-

achtete man auch deutliche Preisanstiege in frühen Produktionsstufen, die Anlass zur Sorge gaben, dass weitere Inflationseffekte möglich sind. In derartigen Situationen ist es besonders wichtig, dass es zu keinen Zweitrundeneffekten im Preis- und Lohnsetzungsverhalten kommt. Der EZB-Rat beschloss deshalb am 7. April 2011, dieser Gefahr mit einer Anhebung der geldpolitischen Leitzinsen auf 1,25% entgegenzuwirken. Dieser Schritt wird dazu beitragen, die Inflationserwartungen im Euroraum weiterhin bei ihrem angestrebten Zielwert von unter, aber nahe 2% zu verankern.

Öffentliche Haushalte rücken ins Zentrum der Aufmerksamkeit

Obwohl sich in der Wirtschaft eine Erholung abzeichnete, rückten im Jahr 2010 die öffentlichen Haushalte ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Während das Haushaltsdefizit in den meisten Euroraum-Ländern im Jahr 2010 niedriger ausfiel als noch zu Jahresbeginn erwartet, wiesen die öffentlichen Haushalte Griechenlands und Irlands eine deutliche Verschlechterung auf. In Griechenland hatten anhaltende Haushaltsdefizite und hohe Verschuldungsquoten, aber auch falsche Angaben zu Fiskaldaten bis ins Jahr 2009 und das Aufschieben notwendiger Reformen die Glaubwürdigkeit der Regierung geschwächt. Wachsende Zweifel an der Zahlungsfähigkeit Griechenlands führten in weiterer Folge zu hohen Risikoaufschlägen auf Staatsanleihen und erhöhten die Refinanzierungskosten des Landes spürbar. Auch in Irland kam es zu steigenden Risikoaufschlägen auf dem Anleihemarkt. Irland geriet nach dem Platzen einer Immobilienblase im Jahr 2008 in eine tiefe Rezession, die den überdimensionierten Bankensektor des Landes schwer traf. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen im Finanz-

Konjunkturelle Erholung
und Rohstoffpreise
treiben Inflation

Turbulenzen auf den
Anleihemärkten

sektor führten in weiterer Folge zu einer massiven Verschlechterung des Haushaltsdefizits und der öffentlichen Verschuldung. Mit der Schuldenkrise in Griechenland und Irland kam es zu einer generellen Nervosität der Märkte in Bezug auf die Peripherieländer. Obwohl Portugal im Jahr 2010 eine im Euroraumvergleich unterdurchschnittliche Verschuldungsquote aufwies, kam es dennoch zu einem Anstieg der Risikoaufschläge auf Staatsanleihen und damit zu hohen Refinanzierungskosten für Portugal.

Die EU-Mitgliedstaaten gewährten Griechenland und Irland Überbrückungskredite, um den beiden Ländern angesichts der massiven Marktreaktionen den nötigen zeitlichen Spielraum zu verschaffen und ihre öffentlichen Haushalte zu sanieren. Auch für Portugal soll ein Hilfspaket geschnürt und im Mai 2011 aktiviert werden.

Für Griechenland beschloss der Europäische Rat am 2. Mai 2010 ein Paket, das Kredite von Euroraum-Ländern in Höhe von 80 Mrd EUR vorsieht, unterstützt von IWF-Krediten in Höhe von 30 Mrd EUR. Die Vergabe erfolgt unter strikten Auflagen. Auch Österreich beteiligte sich daran in Form von bilateralen Krediten im Ausmaß von 2,3 Mrd EUR.

Als mit Irland ein weiteres Land des Euroraums Unterstützung benötigte, wurde ein auf drei Jahre anberaumtes Instrument in Form eines Rettungsschirms geschaffen, der für diesen sowie allfällige weitere Anlassfälle rasch mobilisierbare Finanzmittel bereitstellt, bestehend aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (European Financial Stability Mechanism – EFSM) und der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (European Financial Stability Facility – EFSF). Der EFSM stellt 60 Mrd EUR, die von der Europäischen Kommission aufgenommen

werden. Die Mittel des EFSF von bis zu 440 Mrd EUR werden über eine Sonderzweckgesellschaft in Luxemburg aufgebracht, die von den Euroraum-Ländern garantiert wird. Die Mittelvergabe unterliegt strenger Konditionalität und erfolgt in der Regel gemeinsam mit dem IWF.

Das am 28. November 2010 beschlossene Paket für Irland mit einer Gesamthöhe von 85 Mrd EUR umfasst neben Krediten im Rahmen von EFSM und EFSF auch Kredite des IWF sowie bilaterale Kredite des Vereinigten Königreichs, Schwedens und Dänemarks und einen eigenen Beitrag von Irland (Mittel aus Pensionsfonds und Barreserven des irischen Finanzministeriums). Im Gegenzug hat Irland sich zu einem strikten Reformprogramm verpflichtet.

Aufgrund der Erfahrungen aus der Krise haben die EU-Staats- und Regierungschefs sowie die Europäische Kommission eine umfassende Reform des wirtschaftspolitischen Regelwerks (Economic Governance) initiiert, die zunächst in einem Bericht der Van Rompuy-Task-Force und in sechs Verordnungsvorschlägen der Europäischen Kommission dargelegt wurde. Diese Reform zielt primär auf die Sicherung nachhaltiger öffentlicher Finanzen in allen EU-Mitgliedstaaten ab und umfasst:

- eine vertiefte fiskalpolitische und makroökonomische Überwachung der Mitgliedstaaten und eine verbesserte Abstimmung von fiskal- und strukturellen Maßnahmen („EU 2020“) im Rahmen des „Europäischen Semesters“,
- verschärfte Regelungen und Sanktionen im Stabilitäts- und Wachstumspakt,
- verbindliche Vereinbarungen von nationalen fiskalischen Rahmenbedingungen zur effizienteren Haushaltsgebarung der Mitgliedstaaten selbst und

EU unterstützt
Griechenland und Irland
in Verschuldungskrise

Reform des
wirtschaftspolitischen
Regelwerks der EU

Ständiger Europäischer
Stabilitätsmechanismus

- einen neuen Überwachungsmechanismus, mit dem makroökonomische Ungleichgewichte hintangehalten werden sollen.

In einem Pakt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Euro hat sich der Europäische Rat auf konkrete Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten geeinigt. Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll anhand von Indikatoren wie Lohn- und Produktivitätsentwicklung oder Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes geprüft werden. An dem sogenannten Euro-Plus-Pakt nehmen die Länder des Euroraums, Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien teil. Die konkreten Maßnah-

men sollen in den nationalen Reform- und Stabilitätsprogrammen festgehalten werden. Die Koordinierung von Steuerpolitiken soll pragmatisch gehandhabt werden, ohne in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten einzugreifen.

Flankiert werden diese Krisenpräventionsmaßnahmen durch die Errichtung eines ständigen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), den der Europäische Rat im Dezember 2010 beschlossen hat. Dieser soll den temporären EFSF ab dem Jahr 2013 ablösen und zur langfristigen Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte beitragen.

Kasten 2

Euro hat sich als sichere und stabile Währung bewährt

Der Euro hat in den zwölf Jahren seines Bestehens auf vielfältige Weise seine Vorteile unter Beweis gestellt.

Seit Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion im Jahr 1999 hat sich die Geldpolitik des Eurosystems trotz einer Reihe ökonomischer Schocks wirksam sowohl gegen einen hohen Preisauftrieb als auch gegen eine Deflation gestemmt und damit die Wertstabilität des Euro gesichert. Die Inflationsrate (gemessen am HVPI) im Durchschnitt der Euroraum-Länder lag zwischen 1999 und 2010 im Einklang mit der Definition von Preisstabilität knapp unter 2% und damit um 0,4 Prozentpunkte niedriger als in den sieben Jahren vor der Einführung des Euro.

Der Euro und die gemeinsame Geldpolitik haben sich insbesondere im Zuge der Finanzkrise als Schutzschirm erwiesen. Durch die rasche und flexible Verfügbarkeit von Zentralbankliquidität war auch auf dem Höhepunkt der Spannungen die Funktionsweise der Banken- und Zahlungssysteme in Europa sichergestellt. Zudem erleichterte die durch den Euro über die Jahre gestärkte wirtschaftspolitische Zusammenarbeit die Koordination von Maßnahmen zur Sicherstellung der Finanzmarktstabilität sowie die Errichtung des neuen Europäischen Finanzaufsichtssystems.

Der Euro hat sich in den ersten Jahren seines Bestehens zu einer Weltwährung entwickelt, die in manchen Bereichen bereits den US-Dollar von seinem Spitzenplatz abgelöst hat. So übersteigt der Wert des Bargeldumlaufs von Euro-Banknoten jenen des US-Dollar. Auch als Reserve- und Ankerwährung gewinnt der Euro zunehmend an Bedeutung.

Die gemeinsame europäische Währung und der Wegfall von Wechselkursschwankungen haben den Handel nicht nur innerhalb Europas, sondern auch gegenüber den wichtigsten Handelspartnern des Euroraums vereinfacht und verbilligt. Das hat das Handelsvolumen erhöht und damit wachstumsfördernd gewirkt. So stieg die Exportquote (Güter und Dienstleistungen in Prozent des BIP) Österreichs von rund 40% (1999) auf etwa 60% im Jahr 2010.

Der Euro dient 331 Millionen Menschen im Euroraum als sicheres Zahlungsmittel. Nach Umfragen der Europäischen Kommission vom Herbst 2010 bewerten 67% der Bevölkerung des Euroraums den Euro positiv, nur 17% stehen dem Euro eher distanziert gegenüber.

Die starke Ausweitung der Haushaltsdefizite als Folge der Krisenbekämpfung führte in einigen Ländern des Euroraums zu einer massiven Schuldenkrise, die auch den Euro unter Druck brachte. Die notwendigen Konsolidierungsschritte sind sehr weitreichend und eine

große politische Herausforderung für die betroffenen Länder. Gleichzeitig betreten auch die übrigen Länder des Euroraums Neuland in der Fragestellung, wie weit eine finanzielle Unterstützung gehen soll.

Der europäische Integrationsprozess stand in der Vergangenheit bereits mehrmals vor ähnlich großen Herausforderungen. Beispiele sind die Krise des Europäischen Wechselkursmechanismus oder abschlägige nationale Referenden zu zentralen gemeinschaftlichen Verträgen. Diese historischen Beispiele zeigen jedoch, dass gerade solche Hürden das Potenzial haben, politische Kräfte zu mobilisieren, die den europäischen Integrationsprozess vorantreiben.

Rolle des IWF aufgewertet

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise hat der IWF seine zentrale Rolle in der Unterstützung von Ländern in wirtschaftlichen Schwierigkeiten wiederholt unter Beweis gestellt. Um seine Einsatzfähigkeit bei der Krisenbekämpfung zu sichern, sieht das Übereinkommen des IWF New Arrangements to Borrow (NAB), die Möglichkeit vor, dem IWF zusätzliche Liquidität durch die Mitgliedstaaten zukommen zu lassen, falls die regulären Mittel nicht ausreichen. Derzeitiges Ziel ist eine Aufstockung der IWF-Mittel um 375 Mrd EUR. Im Rahmen der EU-Aufstockung um 125 Mrd EUR soll es einen Beitrag Österreichs von zusätzlich bis zu 3,4 Mrd EUR (über die OeNB) geben. Am 17. Dezember 2010 verabschiedete das österreichische Parlament ein entsprechendes Bundesgesetz. Der bereits früher beschlossene bilaterale Darlehensvertrag zwischen OeNB und IWF in Höhe von 2,18 Mrd EUR wird in das NAB übergeführt.

Aufgrund der globalen Wirtschaftsentwicklung haben aufstrebende und dynamische Volkswirtschaften wie China, Indien und Brasilien in den internationalen Finanzorganisationen an Einfluss gewonnen. Dies spiegelt sich im Beschluss des IWF-Exekutivdirektoriums vom 10. Dezember 2010 zur 14. Allgemeinen Quotenerhöhung und über die Reform des Exekutivdirektoriums wider: Dieser umfasst eine

Verschiebung der Stimmgewichte von über 6 Prozentpunkten zu wirtschaftlich aufstrebenden Ländern und Entwicklungsländern, bislang unterrepräsentierten Ländern, sowie die Verdoppelung der Quoten (auf rund 733,9 Mrd USD bzw. rund 476,8 Mrd SZR). Österreichs Quote erhöht sich nunmehr auf 3.932 Mio SZR¹. Die Anzahl der europäischen Exekutivdirektoren, die aus den Reihen der Stimmrechtsgruppen in das 24-köpfige Exekutivdirektorium entsandt werden, wird um zwei reduziert, zugunsten der zu stärkenden Staaten.

Wirtschaft erholt sich auch in Zentral-, Ost- und Südosteuropa

Auch in den Ländern Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) gewann die Konjunktur im Verlauf des Jahres 2010 wieder an Fahrt. Das reale Wirtschaftswachstum in der Region war im Jahresdurchschnitt positiv. Die in der Krise deutlich zu Tage getretene Heterogenität der Region zog sich allerdings als roter Faden auch durch die beginnende Erholung: Während die Wirtschaft etwa in der Türkei bereits wieder (mit teilweise zweistelligen Wachstumsraten) boomte, stagnierte sie in Lettland und Bulgarien. Die Wirtschaftsleistung in Rumänien und Kroatien nahm sogar weiter etwas ab.

Das Wachstum wurde von der Außenwirtschaft und dem Wiederaufbau von Lagerbeständen getragen. Die

IWF-Mittel zur Krisenbekämpfung aufgestockt

Aufstrebende Volkswirtschaften gewinnen an Einfluss

¹ SZR: Sonderziehungsrechte.

**Außenwirtschaft
als wichtigster
Wachstumsimpuls**

Exportkonjunktur profitierte dabei vor allem von der Dynamik der Weltwirtschaft sowie von der Erholung in einigen wichtigen Ländern des Euro-raums. Auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbesserte sich teilweise, vor allem bedingt durch eine günstige Produktivitätsentwicklung. Von der Binnennachfrage gingen hingegen nur in einigen wenigen Ländern (etwa in Polen, Russland und der Türkei) positive Konjunkturimpulse aus. Dies ist vor allem im Zusammenhang mit ungünstigen Arbeitsmarkt- und moderaten Lohnentwicklungen, der notwendigen Entschuldung der privaten Haushalte sowie einem erhöhten Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Hand in vielen Ländern der Region zu sehen.

**Dynamisches Wachstum
voraussichtlich erst
wieder ab 2012**

Die konjunkturelle Dynamik hängt somit in weiten Teilen der CESEE-Region von internationalen Entwicklungen und temporären Faktoren ab und ist deshalb noch nicht nachhaltig und selbsttragend. Eine Reihe von Unsi-

cherheiten besteht zudem weiter: In erster Linie stellt die Rückführung der gesamtstaatlichen Haushaltsdefizite für einige Länder eine Herausforderung dar. Zudem belastet die verringerte Kreditqualität den Bankensektor. So ist etwa der Anteil der notleidenden Kredite an der gesamten Kreditvergabe weiter deutlich höher als vor Ausbruch der Krise.

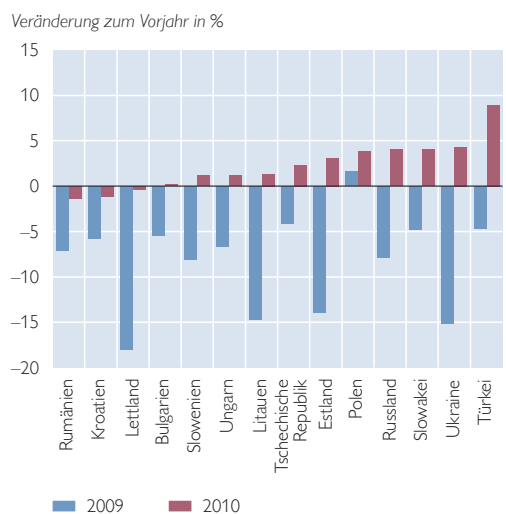
Vor diesem Hintergrund verläuft gemäß aktueller Prognosen die Wirtschaftsentwicklung in der Region auch im Jahr 2011 etwas gedämpft, bevor sich das Wachstum 2012 wieder bei durchschnittlich 4% stabilisieren wird. Die Einkommenskonvergenz der CESEE-Staaten gegenüber dem Euroraum wird sich damit nach einer temporären Verlangsamung wieder beschleunigen. Die Wachstumsrekorde der Boomphase vor Ausbruch der Krise dürften aber vorerst eine historische Ausnahme darstellen.

Die Preisentwicklung in CESEE verlief im Gesamtjahr 2010 – wie auch

Grafik 11

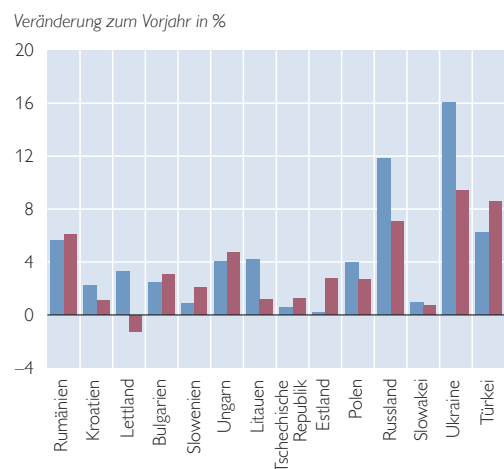
Wirtschaftsindikatoren für ausgewählte zentral-, ost- und südosteuropäische Staaten

Reales Wirtschaftswachstum



Quelle: Eurostat, WIW.

HVPI-Inflationsrate



das Konjunkturbild – heterogen. Die notwendigen fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen waren in einigen Ländern mit Preisschüben verbunden: So wurde etwa im Sommer 2010 in Rumänien die Mehrwertsteuer von 19% auf 24% und in der Tschechischen Republik von 19% auf 20% erhöht. Auch in Ungarn beeinflussten Änderungen bei der Mehrwertsteuer und bei diversen Verbrauchssteuern die Inflationsentwicklung deutlich. Trotz dieser Heterogenität kristallisierten sich im zweiten Halbjahr – wie auch weltweit – Energie- und Lebensmittelpreise als Inflationstreiber heraus. Der beschleunigte Preisanstieg gegen Jahresende 2010 führte in einigen Ländern – nach den weitreichenden Zinssenkungen der Jahre 2008 und 2009 – zu einer Straffung der Geldpolitik.

Europäischer Integrationsprozess schreitet voran

Mit 1. Jänner 2011 trat Estland als 17. Mitglied dem Euroraum bei und übernahm den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel. Die Estnische Krone wurde mit dem unwiderruflich fixierten Wechselkurs von 1 EUR = 15,6466 EEK ersetzt.

Im Rahmen des Erweiterungsprozesses der EU gibt es seit dem Jahr 2010 fünf offizielle Kandidatenländer, nämlich Island, Kroatien, die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und die Türkei. Im Februar 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Stellungnahme („avis“) zum Beitrittsansuchen Islands, im Juni 2010 wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island beschlossen. Die Verhandlungen mit Kroatien sind im Jahr 2010 in die Abschlussphase eingetreten. Der Europäische Rat bestätigte im Dezember 2010 Montenegros Status als Kandidatenland, mit der Türkei wurden neue Ver-

handlungskapitel eröffnet. Vier weitere Länder haben derzeit den offiziellen Status von potenziellen Kandidatenländern: Albanien, Bosnien-Herzegowina, der Kosovo und Serbien.

Erholung der österreichischen Wirtschaft setzt sich fort

Auch Österreichs Wirtschaft kehrte 2010 wieder auf einen positiven Wachstumspfad zurück. Das reale BIP stieg um 2,1% und erreichte im Jahresdurchschnitt etwa das Niveau von 2007. Das Wirtschaftswachstum lag damit um 0,4 Prozentpunkte höher als im Euroraum-Durchschnitt.

Eine Analyse der unterjährigen Dynamik zeigt, dass der Konjunkturpfad weiterhin von einer überdurchschnittlich hohen Volatilität geprägt war. Nach einer konjunkturellen Verschnaufpause zu Beginn des Jahres – das Wirtschaftswachstum stagnierte gegenüber dem Vorquartal – kam es zu Jahresmitte 2010 zu einer außergewöhnlich starken Konjunkturbelebung. Das Wachstum war im zweiten und dritten Quartal 2010 etwa doppelt so stark wie im langfristigen Durchschnitt.

Vom starken Wachstum des größten Handelspartners Deutschland gingen die wichtigsten Impulse für die österreichische Wirtschaft aus. In der Folge erwies sich der Außenhandel wie schon in vergangenen Aufschwüngen als zentrale Stütze. Die nominellen Güterexporte stiegen – wie auch der auf LKW-Fahrleistungsdaten basierende OeNB-Exportindikator bereits frühzeitig angezeigt hatte – im Jahr 2010 um 16,5% und lagen zum Jahresende nur noch knapp unter dem Vorkrisenniveau.

Von der dynamischen Exportkonjunktur profitierte insbesondere die Industrie. Fast zwei Drittel des krisenbedingten Produktionseinbruchs von knapp 20% wurden bis zum Jahresende

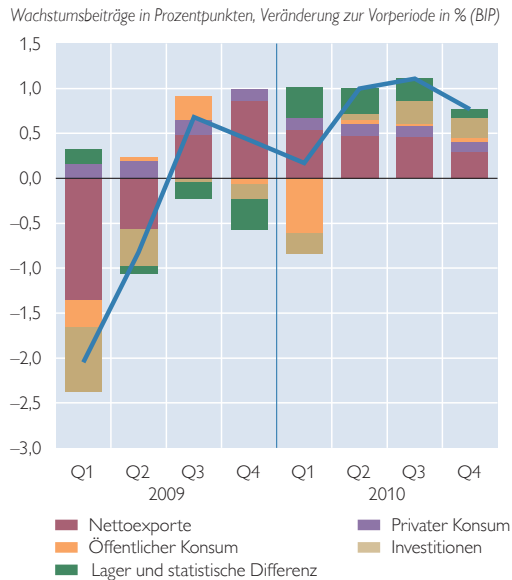
Steigende Preisniveaus in CESEE vor allem gegen Ende 2010

Euro in Estland

Verhandlungen mit drei EU-Kandidatenländern

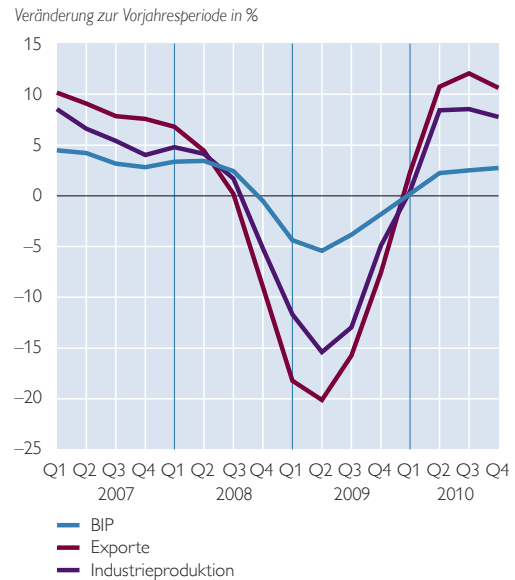
Wirtschaftsentwicklung in Österreich

Beiträge der Nachfragekomponenten zum BIP-Wachstum (real, saisonbereinigt)



Quelle: Eurostat, Statistik Austria.

Entwicklung von BIP, Exporten und Industrieproduktion (real, saisonbereinigt)



2010 bereits wieder wettgemacht. Im Sog der Export- und Industriekonjunktur ging zur Jahresmitte 2010 auch die rezessive Phase des Investitionszyklus zu Ende. Die Unternehmen der Sachgütererzeugung meldeten wieder eine überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung, und die Ausrüstungsinvestitionen wuchsen nach fast zwei Jahren erstmals wieder. Enttäuschend entwickelten sich hingegen die Bauinvestitionen. Sowohl die Wohnbau- als auch die Tiefbauinvestitionen waren weiterhin rückläufig.

Das Wachstum der privaten Konsumausgaben wirkte während der Krise stabilisierend. Aufgrund des verhaltenen Wachstums der Reallöhne gingen im Jahr 2010 vom privaten Konsum aber trotz der Erholung auf dem Arbeitsmarkt keine zusätzlichen Wachstumsimpulse aus.

In den Jahren 2011 und 2012 dürfte sich der Aufschwung der österreichischen Wirtschaft fortsetzen. Aufgrund

des Abklingens des Lagerzyklus, des Auslaufens fiskalischer Stimuli und der gleichzeitig einsetzenden verstärkten Konsolidierungsbemühungen wird die wirtschaftliche Dynamik global und in Österreich in den kommenden Monaten etwas nachlassen. Die OeNB erwartete in ihrer Prognose vom Dezember 2010 ein Wachstum der österreichischen Wirtschaftsleistung von 2 bis 2½%. Seitdem haben sich die Wachstumsaussichten weiter verbessert. Wichtigster Wachstumsträger sind weiterhin die Exporte, die Inlandsnachfrage bleibt hingegen verhalten. Aufgrund der zunehmenden globalen Heterogenität bleiben die außenwirtschaftlichen Risiken für Österreich überdurchschnittlich hoch.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise wirkte sich angesichts der Tiefe des Konjunkturerinbruchs nur relativ schwach auf den österreichischen Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition ist von

Privater Konsum wächst
verhalten

Arbeitsmarkt
überrascht positiv

Reales BIP steigt
2011 und 2012 um
2% bis 2½%

3,8 % (2008) auf 4,8 % (2009) gestiegen. Auch im aktuellen Aufschwung überraschte der Arbeitsmarkt bisher positiv. Im Jahr 2010 führte die anziehende Konjunktur zu einer kräftigen Ausweitung der unselbstständig Beschäftigten (+21.000 Personen), die Arbeitslosenquote sank auf 4,4 %. Vorlaufindikatoren wie die steigende Zahl offener Stellen signalisieren eine Fortsetzung dieses positiven Trends. Während die Beschäftigung in den Jahren 2011 und 2012 weiter kräftig wachsen wird, ist aufgrund des stark prozyklischen Verhaltens des Arbeitsangebots nur mehr mit einem geringfügigen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 4,3 % bis zum Jahr 2012 zu rechnen.

In der budgetären März-Notifikation 2011 kam es zu signifikanten Revisionen des Maastricht-Defizits und -Schuldenstands der vergangenen Jahre. Wichtigster Grund hierfür ist das neue Manual on Government Deficit and Debt (MGDD), das strengere Regelungen zu Schuldübernahmen von staatlichen Einheiten enthält. Verbindlichkeiten außerbudgetärer Einheiten, die letztlich vom Staat übernommen werden, sind nun schon bei Schuldaufnahme als Defizit und Schuldenstand erhöhend zu buchen. Eine Anwendung dieser Neuregelungen auf die außerbudgetäre Verschuldung der Landeskrankenanstalten und die Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Bund und der ÖBB-Infrastruktur bedeutet eine jährliche Defiziterhöhung von etwas mehr als ½ % des BIP und eine entsprechende Erhöhung des Maastricht-Schuldenstands.

Die Verschlechterung des Maastricht-Defizits von 4,1 % des BIP im Jahr 2009 auf 4,6 % 2010 kann vor allem durch Einmaleffekte aufgrund von Kapitalisierungsmaßnahmen für verstaatlichte Banken erklärt werden (KA Finanz AG: 1 Mrd EUR, Hypo Alpe Ad-

ria: 700 Mio EUR). Bereinigt man um diese zusätzlichen defiziterhöhenden Vermögenstransfers, war die budgetäre Entwicklung, unterstützt durch ein niedriges Zinsniveau und eine relativ gute Konjunktur, besser als ursprünglich erwartet. Die Schuldenquote betrug Ende 2010 etwas über 72 % des BIP.

Ende 2010 wurden im österreichischen Parlament umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen. Auf der Einnahmenseite erfolgte unter anderem die Einführung der Stabilitätsabgabe („Bankenabgabe“) und die Erhöhung von Mineralöl- und Tabaksteuer. Ausgabenseitig wurde die im Frühjahr 2010 beschlossene Herabsetzung der Ausgabenobergrenzen im Finanzrahmen durch konkrete Maßnahmen unterlegt. Hierbei waren Einsparungen bei Familientransfers und im Pensionsbereich quantitativ am bedeutsamsten. Diese Maßnahmen sollen laut Einschätzung des Bundesministeriums für Finanzen dazu beitragen, dass bis zum Jahr 2013 das Maastricht-Defizit wieder unter die 3-Prozent-Marke des BIP sinkt. Für eine Rückführung der Schuldenquote unter 60 % sind aber weitere Konsolidierungsbemühungen notwendig, auch angesichts der zu erwartenden zusätzlichen Belastungen für die öffentlichen Finanzen Österreichs durch die Alterung der Gesellschaft.

Nachdem die HVPI-Inflation im Jahr 2009 mit 0,4 % einen historischen Tiefstand erreicht hatte, beschleunigte sie sich 2010 wieder auf 1,7 %. Stärkster Preistreiber waren die deutlich verteuerten Treibstoffe. Aber auch die Nahrungsmittelpreise beschleunigten sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 merklich. Im Dienstleistungssektor erhöhten sich vor allem im zweiten Halbjahr 2010 die Preise bei Restaurant- und Hoteldienstleistungen sowie Pauschalreisen. Dagegen wirkten der

Trendumkehr beim Haushaltsdefizit eingeleitet

Beträchtliche Defizitrevision

Preisaufrtrieb 2011 vorübergehend über 2 %

Budgetdefizit steigt 2010 auf über 4½ % des BIP

partielle Wegfall der Studiengebühr und die Einführung des Gratiskindergartens inflationsdämpfend.

Unter der Annahme, dass die zukünftigen Rohstoffpreise den Markterwartungen auf den Terminmärkten folgen, wird sich der Preisauftrieb im Jahr 2011 vorübergehend auf 2¾% be-

schleunigen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf steigende Rohstoffpreise und die im Rahmen des Konsolidierungspakets angekündigten Maßnahmen zurückzuführen. Im Jahr 2012 sollte die HVPI-Inflationsrate wieder deutlich sinken.

Kasten 3

Außenwirtschaft trägt Konjunkturaufschwung: Leistungsbilanz

Österreich erwirtschaftete im Jahr 2010 – wie schon in den Jahren zuvor – ein deutliches Leistungsbilanzplus von 7,8 Mrd EUR (2009: +8,5 Mrd EUR). Dieser Überschuss stammt aus der stark positiven Dienstleistungsbilanz (+13,3 Mrd EUR) – insbesondere dem traditionell einträglichen Reiseverkehr (+6,4 Mrd EUR) – während die Güterbilanz erneut ein Defizit (–3,2 Mrd EUR) auswies. Die Dynamik des Jahres 2010 resultierte jedoch aus den deutlich belebten Güterexporten und war die wesentliche Ursache für den Mitte des Jahres 2010 einsetzenden Konjunkturaufschwung. Die Erholung wichtiger Handelspartner – allen voran Deutschland, die USA und die Schweiz – sorgte für einen nominellen Anstieg der Güterexporte um 15%. Besonders erfolgreich agierten Exporteure von Maschinen sowie von bearbeiteten Waren. Mit der wirtschaftlichen Erholung stiegen jedoch auch die Einfuhren erwartungsgemäß spürbar an (+15%). Gleichzeitig wurde die Güterbilanz durch preislich bedingte Aufwände für Energie- und Rohstoffimporte belastet.

Österreichs Handel mit internationalen Dienstleistungen zeigte ebenfalls eine positive Entwicklung: Nach dem krisenbedingten Einbruch im Jahr 2009 wuchsen Österreichs Ein- und Ausfuhren nominell um je 5%. Der sehr konjunkturreaktive Handel mit Transportdienstleistungen legte exportseitig um 1,1 Mrd EUR (+12%) und importseitig um 1,4 Mrd EUR (+18%) zu. Die Reiseverkehrseinnahmen lagen nicht zuletzt aufgrund einer sehr guten Sommersaison mit rund 14 Mrd EUR auf dem hohen Niveau des Jahres 2009.

Österreichs Kapitalverkehr mit dem Ausland war im Jahr 2010 dagegen weiterhin durch Vorsicht und Zurückhaltung geprägt. Grenzüberschreitende Wertpapierveranlagungen im Ausland erreichten mit 6,4 Mrd EUR zwar das Doppelte des Jahres 2009, lagen aber weiterhin weit von jenen Volumina entfernt, die vor der Krise zu beobachten waren (2006: 27 Mrd EUR). Deutliche Nachwirkungen der Finanzkrise zeigten sich auch in der Finanzierung Österreichs durch internationale Wertpapierinvestoren, die 2010 per saldo sogar geringfügig abgebaut wurde (–1,2 Mrd EUR). Unter üblichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen finanziert sich die österreichische Volkswirtschaft überwiegend aus diesem Segment (2006: 38 Mrd EUR). Ein ähnliches Bild zeigt das Verhalten der österreichischen Banken im internationalen Kredit- und Einlagengeschäft. Im Jahr 2010 haben sie ihre Einlagenforderungen im Ausland netto um mehr als 20 Mrd EUR und jene aus Krediten um rund 6 Mrd EUR reduziert. Damit agierten die Banken ähnlich zurückhaltend wie im Krisenjahr 2009. Spiegelbildlich wurden die Verpflichtungen der Banken aus internationalen Einlagen (einschließlich des Interbankengeschäfts) um rund 13 Mrd EUR zurückgefahren. Insgesamt wird erkennbar, dass die derzeit einsetzende Erholung der Realwirtschaft noch nicht auf das – üblicherweise zeitverzögerte – Verhalten österreichischer Finanzakteure durchgeschlagen hat.

Die OeNB im Dienst der Finanzmarktstabilität

Die aus der Finanzkrise gezogenen Lehren setzten einen Reformprozess in Gang, der in einen weiterentwickelten regulatorischen Rahmen mündet. Einer der zentralen Punkte im Jahr 2010 war die Einigung des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht auf das neue Basel III-Regelwerk, das auf eine höhere Risikotragfähigkeit der Banken abstellt. Außerdem wurde der Aufbau einer makroprudenziellen Aufsicht in Europa zur Erkennung systemischer Risiken erfolgreich abgeschlossen.

Die wirtschaftliche Erholung und die verbesserten Finanzmarktbedingungen wurden im Jahr 2010 durch Sorgen über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in einigen Euroraum-Ländern zumindest kurzfristig überschattet. In einem weiterhin schwierigen Umfeld steigerten die österreichischen Banken ihre Profitabilität und erhöhten gleichzeitig ihre Risikotragfähigkeit. Besondere Herausforderungen bleiben die Eigenmittelausstattung, die Kreditqualität in CESEE, das Fremdwährungskredit-Exposure sowie die neuen regulatorischen Maßnahmen.



Beträchtliche Herausforderungen für die Finanzmarktstabilität

Kreditwertberichtigungen dämpfen Erholung des österreichischen Bankensystems

Die Geschäftsentwicklung der österreichischen Banken, gemessen an der konsolidierten Gesamtbilanzsumme, betrug per Jahresende 1.131 Mrd EUR und stagnierte im Jahr 2010, was – wie im Vorjahr – auf einen Rückgang im Interbankengeschäft, bedingt vor allem durch Umstrukturierungen einzelner großer Konzerne, zurückzuführen war. Die Refinanzierungsbedingungen für die Banken haben sich wieder verbessert, die Liquiditätssituation war insgesamt solide. Das Einlagengeschäft – eine traditionell stabile Refinanzierungsquelle für Banken – stieg im Jahresabstand um 0,2%. Trotz des etwas verbesserten Umfelds blieben die österreichischen Banken im Jahr 2010 bei der Kreditvergabe zurückhaltend; auch die Kreditnachfrage von privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen war verhalten. Das Kreditvolumen österreichischer Banken stieg im Jahresvergleich um 0,5%.

Die Profitabilität der österreichischen Banken erhöhte sich im Jahr 2010, insbesondere aufgrund der nachlassenden Dynamik bei der Dotierung von Kreditwertberichtigungen. Die für die österreichischen Banken dominierende Ertragskomponente Zinsergebnis stieg um 4,8%. Begünstigt durch das verbesserte Kapitalmarktumfeld stieg das Provisionsergebnis um knapp 7,2%, nach einem deutlichen Rückgang von –15,5% im Jahr 2009. Der Eigenhandel, dem nur eine untergeordnete Bedeutung hinsichtlich der Betriebserträge zukommt, entwickelte sich im Jahresverlauf volatil. Die österreichischen Banken verzeichneten im Jahr 2010 ein konsolidiertes Periodenergebnis (nach Steuern und Minderheitenanteilen) in Höhe von rund 4,6 Mrd

EUR. Die Gesamtkapitalrentabilität betrug somit knapp 0,5%. Einem schwachen Österreich-Ergebnis standen wie bisher vergleichsweise höhere Ergebnisbeiträge der CESEE-Tochterbanken gegenüber.

Im Jahr 2010 verbesserte sich die Risikotragfähigkeit des österreichischen Bankensystems weiter: Die konsolidierte Eigenmittelquote stieg auf 13,2%, die konsolidierte Kernkapitalquote lag bei 10,0%. Im internationalen Vergleich blieb die Eigenmittelausstattung des heimischen Bankensystems – insbesondere die der großen Banken – damit jedoch unterdurchschnittlich.

Das Auslandsgeschäft der österreichischen Banken konzentriert sich auch weiterhin auf die CESEE-Region. Die Forderungen der in mehrheitlich österreichischem Besitz befindlichen Banken in CESEE beliefen sich per Ende 2010 auf knapp 210 Mrd EUR, im Vergleich zum Forderungsvolumen aller österreichischen Banken in Höhe von etwas mehr als 300 Mrd EUR. Im Gegensatz dazu sind die österreichischen Banken gegenüber Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, die im Jahr 2010 aufgrund der Unsicherheiten über die Tragfähigkeit ihrer

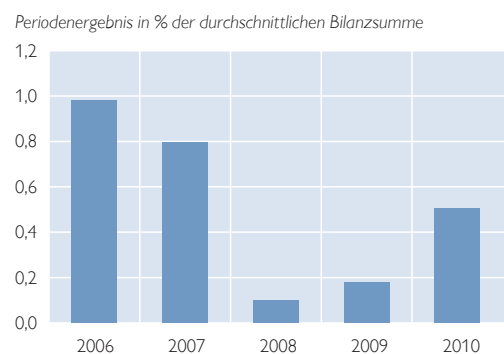
Eigenmittel gestiegen, jedoch weiterhin unterdurchschnittlich

Einlagengeschäft der Banken positiv

Rentabilität profitiert von geringeren Kreditwertberichtigungen

Grafik 13

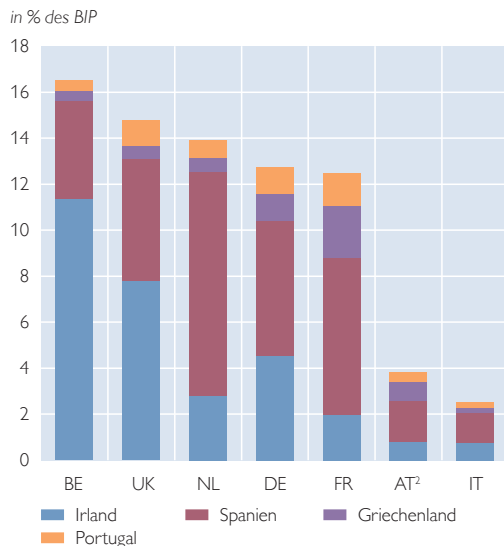
Konsolidierte Gesamtkapitalrentabilität des österreichischen Bankensektors



Quelle: OeNB.

Grafik 14

Auslandsforderungen ausgewählter Bankensysteme gegenüber allen Sektoren in PT, IE, GR, ES¹



Quelle: OeNB, BIZ, Eurostat.

¹ Stand: Q3 10.

² Werte für Österreich per Q4 10 (Q3 10: 4,1%).

Staatsfinanzen in den Fokus rückten, mit 10,8 Mrd EUR bzw. 3,8% des österreichischen BIP vergleichsweise gering exponiert. Die Forderungen gegenüber den vier Staaten selbst beliefen sich auf 3,2 Mrd EUR.

Für das österreichische Bankensystem bleiben insbesondere die weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung, die Kreditqualität in CESEE, das Fremdwährungskredit-Exposure, die Ertragsschwäche im Österreich-Geschäft sowie die Umsetzung der neuen regulatorischen Maßnahmen (wie z. B. Basel III, Einlagensicherung) wesentliche Herausforderungen.

Andere Finanzintermediäre profitieren von relativ günstigem Kapitalmarktumfeld

Das vorteilhaftere Kapitalmarktumfeld trug zu einer wieder steigenden Risikobereitschaft internationaler Investoren bei. Investmentfonds, Versicherungen

sowie der österreichische Aktienmarkt konnten von dieser Entwicklung profitieren. So verzeichneten Investmentfonds Zuwächse beim Vermögensbestand (Ende 2010: 147 Mrd EUR; +7% im Jahresabstand). Auch fondsgebundene Lebensversicherungen konnten ein deutliches Prämienwachstum verzeichnen (Ende 2010: +24% im Jahresvergleich).

Die österreichische Versicherungswirtschaft erholte sich im Jahr 2010 von der Wirtschaftskrise; sie konnte ihre Prämieinnahmen deutlich erhöhen und ihre Profitabilität stärken. Das Kapitalanlageergebnis stieg im Jahresvergleich dank insgesamt günstiger Finanzmarktbedingungen. Die österreichischen Versicherungen bereiten sich derzeit auf die neuen, ab 2013 gültigen, europäischen Solvabilitätsvorschriften vor und nahmen in diesem Zusammenhang Ende 2010 an der fünften europäischen (quantitativen) Auswirkungsstudie zu Solvency II teil. Die österreichischen Versicherungsunternehmen schnitten im europäischen Vergleich – vorläufigen Zahlen zufolge – insgesamt sehr gut ab.

Auch an der Wiener Börse war wieder ein Aufwärtstrend zu beobachten. Der österreichische Aktienindex ATX legte im Jahr 2010 um +16,4% zu. Dementsprechend stieg die Marktkapitalisierung um etwa 18% auf knapp 94 Mrd EUR. Die durchschnittlichen monatlichen Handelsumsätze blieben jedoch im Vergleich zum Jahr 2009 mit rund 6,1 Mrd EUR beinahe unverändert. Herausforderungen für die Finanzintermediäre liegen im aktuellen Niedrigzinsumfeld, im erhöhten Staatssektorrisiko, in der in einzelnen Marktsegmenten stattfindenden Jagd nach Rendite sowie im zukünftigen regulatorischen Rahmen.

Versicherungswirtschaft bereitet sich auf Solvency II vor

Exposure gegenüber Griechenland, Irland, Portugal und Spanien gering

OeNB trägt zu Finanzmarktstabilität bei

Internationale Zusammen-
arbeit gewinnt durch
Finanzkrise an Bedeutung

Eine der Lehren aus der Finanzkrise war die unzureichende Betrachtung systemweiter Entwicklungen sowie deren Wechselbeziehungen mit einzelinstitutsspezifischen Aspekten. Die OeNB hat als Antwort darauf Datenbanken für die Analyse systemischer Risiken weiterentwickelt, die Vernetzung von und den Dialog zwischen Experten innerhalb und außerhalb des Hauses ausgebaut, neue bereichsübergreifende Analysetools erarbeitet und die Untersuchungsfrequenz erhöht (siehe dazu auch den Abschnitt in der Wissensbilanz). Die Analyseergebnisse werden regelmäßig im Finanzmarktstabilitätsbericht veröffentlicht und mit der FMA und in den auf nationaler und internationaler Ebene zuständigen Gremien diskutiert. Als Beitrag zum Erfahrungsaustausch über das österreichische Finanzsystem und regulatorische Entwicklungen organisierte die OeNB 2010 einen Workshop zu makrofinanziellen Herausforderungen in der CESEE-Region mit hochrangigen Vertretern von Banken, Aufsichtsbehörden und internationalen Finanzinstitutionen. Das gemeinsame Vorgehen mit anderen europäischen Aufsichtsbehörden wurde insbesondere durch die Initiative zur Reduktion von Fremdwährungskrediten bekräftigt. Ihre Expertise bringt die OeNB im Rahmen der neuen europäischen Aufsichtsarchitektur bei der Erarbeitung makroprudenzieller Instrumente ein, mit denen der Entstehung systemischer Risiken entgegengesteuert werden soll.

Verbesserte
Risikotragfähigkeit des
österreichischen
Bankensystems

EU- und OeNB-Stresstests untersuchen die Widerstandsfähigkeit der Banken

OeNB führt halbjährlich
Stresstests durch

Die OeNB untersucht seit dem Jahr 2004 regelmäßig (seit 2009 halbjährlich) mit makroökonomischen Stress-

tests die Widerstandsfähigkeit der österreichischen Banken. Die makroökonomischen Rahmenszenarien basieren auf Prognosen des IWF und der OeNB für die CESEE-Länder. Die Ergebnisse des Stresstests werden in aggregierter Form im Finanzmarktstabilitätsbericht der OeNB veröffentlicht.

Im OeNB Herbst-Stresstest wurde neben dem Basisszenario, das die Auswirkungen der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung abbildet, in einem hypothetischen pessimistischen Szenario auch der Effekt einer möglichen Refinanzierungskrise, ausgelöst durch einen starken Anstieg globaler Risikoprämien und Zinsen infolge eines Vertrauensverlusts der Investoren, auf das österreichische Bankensystem simuliert. Der im pessimistischen Szenario zudem unterstellte erneute massive Wirtschaftseinbruch ist vergleichbar mit jenem der jüngsten Wirtschaftskrise.

Im Basisszenario ließ sich im Vergleich zum Frühjahr 2010 eine verbesserte Widerstandsfähigkeit des Bankensystems gegenüber wirtschaftlichen Schocks, sowohl für das österreichische Bankensystem insgesamt als auch für die sechs größten heimischen Banken, feststellen. Diesem Szenario zufolge würde die Kernkapitalquote (Tier 1-Ratio) des österreichischen Bankensystems um 1,1 Prozentpunkte steigen und sich Ende 2012 auf 11,1 % belaufen, im Stress-Szenario hingegen würde die Kernkapitalquote bis Ende 2012 um 1,5 Prozentpunkte auf 8,5 % fallen. Bei den größten Banken würde die Kapitalisierung um 1,9 Prozentpunkte auf 7,7 % sinken. Insgesamt betrachtet, weist der Herbst-Stresstest darauf hin, dass die Widerstandsfähigkeit des österreichischen Bankensystems gegenüber einem möglichen erneuten Ausbruch einer

globalen Krise zugenommen hat, allerdings bei gleichzeitig höherer Streuung individueller Ergebnisse.

Im Auftrag des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN) führte der Ausschuss der Europäischen Bankenaufseher (CEBS) in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Kommission sowie den nationalen Bankenaufscheidern und Zentralbanken einen Stresstest für den EU-Bankensektor durch. Ziel dieser Übung war die Einschätzung der Widerstandsfähigkeit der 91 teilnehmenden EU-Banken gegenüber angenommenen – drastischen, aber dennoch plausiblen – negativen wirtschaftlichen Entwicklungen. Zudem wurde auch die Fähigkeit der Banken, potenzielle Schocks durch Kredit- und Marktrisiken, einschließlich Staatssektorrisiken, zu absorbieren beurteilt.

Die aggregierte Kernkapitalquote der teilnehmenden Banken würde, unter Annahme einer drastischen negativen Wirtschaftsentwicklung, von 10,3% im Jahr 2009 auf 9,2% Ende 2011 sinken. Dabei fiel bei sieben der teilnehmenden Bankinstitute die Kernkapitalquote unter die für die Simulation definierte (nicht-regulatorische) Untergrenze von 6%. Die Ergebnisse des Stresstests fielen für die teilnehmenden österreichischen Banken (Raiffeisen Zentralbank und Erste Group Bank direkt, UniCredit Bank Austria indirekt über die italienische Mutter) zufriedenstellend aus. Die Kernkapitalquote der Erste Group würde im Stress-Szenario von anfänglich 9,2% auf 8,0%, jene der RZB von 9,3% auf 7,8% sinken. Die Kernkapitalquoten der beiden Großbanken sind somit auch im Stress-Szenario ausreichend und liegen im unteren Mittelfeld des europäischen Bankensamples. Für das Frühjahr 2011 wird vom CEBS-

Nachfolger EBA eine neue Stresstestrunde vorbereitet. Auch im EU-Stresstest 2011 ist die OeNB in die Vorbereitungen und in die Durchführung eingebunden.

Aufsichtsinitiative zu Fremdwährungskrediten beginnt zu greifen

Im Herbst 2008 wurden die Risiken von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten aufgrund der erhöhten Volatilität der Wechselkurse sowie der Kursrückgänge auf den Finanzmärkten, die zu einer schlechteren Wertentwicklung bei Tilgungsträgern führten, schlagend. Die FMA gab eine Empfehlung an die österreichischen Banken heraus, keine Fremdwährungskredite mehr als Standardprodukt zu vergeben. Diese Empfehlung wurde in Abstimmung mit den Banken konkretisiert und in Form von Ergänzungen zu den Mindeststandards im März 2010 eingeführt. Bei Euro-Krediten mit (kapitalaufbauendem) Tilgungsträger wird besondere Sorgfalt beim Risiko des Tilgungsträgers verlangt.

Zur Verbesserung des Monitorings der Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkreditvergabe wurde zudem das Meldewesen adaptiert. Beginnend mit dem vierten Quartal 2010 melden die Banken nun auch die neu an private Haushalte vergebenen Kredite (in den Währungen Euro, Schweizer Franken und japanischer Yen).

Seit Oktober 2008 ging das ausstehende Volumen von Fremdwährungskrediten an private Haushalte bis Dezember 2010 währungsbereinigt um 14% (6 Mrd EUR) zurück. Die starke Aufwertung des Schweizer Franken in diesem Zeitraum führte aber dazu, dass das ausstehende Volumen (und somit das Risiko) mit 40 Mrd EUR genau dem von Oktober 2008 entspricht. Das Fremdwährungskreditvolumen an alle

91 Banken nahmen am EU-Stresstest im Frühjahr 2010 teil

Risiken durch Fremdwährungskredite weiterhin hoch

Österreichische Banken schneiden im EU-Stresstest zufriedenstellend ab

Währungsbereinigtes Fremdwährungskreditvolumen rückläufig

Fremdwährungskreditbestand in CESEE hoch

„Vienna Plus“-Initiative fördert lokale Kapitalmärkte in der CESEE-Region

inländischen Nichtbanken betrug im Dezember 2010 rund 59 Mrd EUR.

Österreichische Banken haben nicht nur in Österreich, sondern auch in CESEE-Ländern ausstehende Fremdwährungskredite. Mitte 2010 hatten die Töchter österreichischer Banken rund 81 Mrd EUR an Fremdwährungskrediten an Unternehmen und private Haushalte vergeben, was einem Fremdwährungsanteil von 48% entspricht. Im Vergleich zu Ende 2009 sind Volumen (-1,3%) und Anteil (-1,4 Prozentpunkte) nur leicht gesunken. Der Euro war dabei mit einem Anteil von 56% die dominante Fremdwährung, der US-Dollar machte 24% und der Schweizer Franken 20% aus. Die Kreditqualität von Fremdwährungskrediten war im Vergleich zu Krediten in lokaler Währung etwas schlechter. Das gesamte in fremder Währung vergebene Kreditvolumen in CESEE (inklusive Direktkredite und Leasing-Forderungen) belief sich Mitte 2010 auf knapp 128 Mrd EUR.

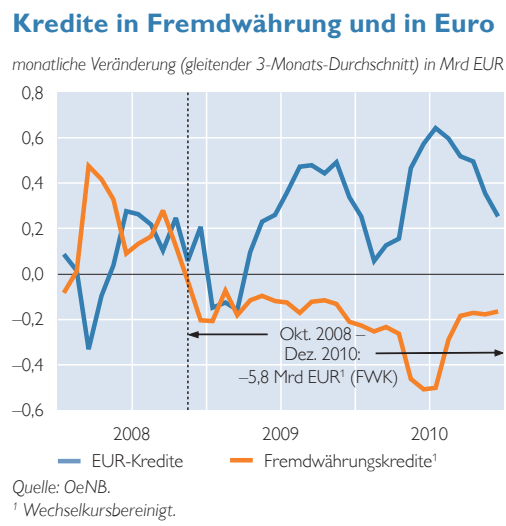
Neue Schwerpunktsetzung der „Vienna Initiative“

Die Vienna Initiative hat seit ihrer Etablierung im Jahr 2009 einen wichtigen

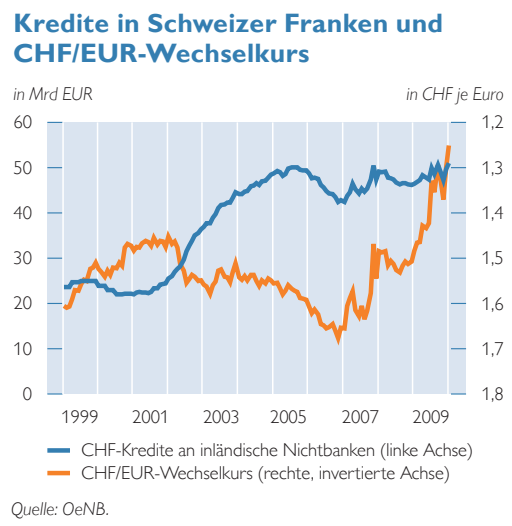
Beitrag zur Stabilisierung der CESEE-Region geleistet. Im Jahr 2010 verschob sich der Fokus vom Krisenmanagement zur Prävention. So wurde die „Vienna Plus“-Initiative gestartet, die als wichtigstes Ziel den Aufbau von lokalen Kapitalmärkten und damit die Förderung von Kredit- und Refinanzierungsmärkten in lokaler Währung hat. Damit sollen verstärkt Anreize zur Vergabe von Lokalwährungskrediten geschaffen werden. Neben EBRD, IWF, Europäischer Kommission, Weltbank, internationalen Geschäftsbanken mit Tätigkeit in der CESEE-Region, sowie regionalen Aufsichtsbehörden sind auch OeNB und FMA an dieser Initiative beteiligt.

OeNB und FMA haben ihre Aktivitäten zur Reduktion von Fremdwährungskrediten nach erfolgreicher Umsetzung in Österreich auch auf CESEE ausgeweitet. Die in dieser Region aktiven österreichischen Banken sagten zu, in einem ersten Schritt keine neuen Fremdwährungskredite in Schweizer Franken, japanischen Yen oder anderen Nicht-Euro-Währungen (bzw. Nicht-US-Dollar-Währungen in GUS) an private Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen ohne währungskongruente Einkommen bzw. Einnahmen

Grafik 15



Grafik 16



zu vergeben. Konsumkredite in Euro oder US-Dollar sollen nur noch an Haushalte mit bester Bonität vergeben werden. Als nächster Schritt ist die Reduzierung der Kreditvergabe in Euro (CESEE) und US-Dollar (GUS) geplant. Um den nationalen Gegebenheiten in der Bedeutung von Euro oder US-Dollar bei Finanzierungen ausreichend Rechnung zu tragen, ist ein länderspezifischer Ansatz im Rahmen der „Vienna Plus“-Initiative notwendig. Um gleiche Wettbewerbsbedingungen (Level-Playing-Field) für die Banken zu gewährleisten, ist ein abgestimmtes Vorgehen unter den Aufsichtsbehörden erforderlich. Der ESRB wird sich mit dem Thema Fremdwährungskredite ebenfalls intensiv auseinandersetzen. Die OeNB und FMA bringen dabei aktiv ihre Expertise ein.

OeNB und FMA arbeiten in der Bankenaufsicht eng zusammen

Ein wesentliches Ziel der Bankenaufsicht ist, die Funktionsfähigkeit des Kreditwesens zu gewährleisten, da nur ein stabiles Finanzsystem seine gesamtwirtschaftliche Funktion der effizienten und kostengünstigen Bereitstellung finanzieller Mittel optimal erfüllen kann. Für Investitionsentscheidungen von Unternehmen ist wichtig, dass ausreichend Kredite zu entsprechenden Konditionen zur Verfügung stehen, um Planungssicherheit zu gewährleisten und das Wirtschaftswachstum zu fördern. Die Bankenaufsicht soll das Bewusstsein für transparente und nachvollziehbare Abläufe (Corporate Governance) in den Kreditinstituten stärken und überprüft die Einhaltung der bankaufsichtlichen Gesetze.

Durch die am 1. Jänner 2008 in Kraft getretene Reform der Aufsicht über den österreichischen Bankenmarkt wurde die Bankenaufsicht auf eine neue Grundlage gestellt und ihre „Schlag-

kraft“ weiter ausgebaut. Im Wesentlichen beruht die „Bankenaufsicht neu“ auf einer Trennung zwischen der Funktion des Fact-Finding, also der umfassenden Risikobeurteilung durch die OeNB, und dem sogenannten Decision-Taking, den behördlichen Entscheidungen durch die FMA als unabhängige und weisungsfreie Allfinanzaufsicht. Dieser Aufgabentrennung steht eine gemeinsame Verantwortung für den gesamten Aufsichtsprozess gegenüber.

Im Jahr 2010 überprüften OeNB und FMA die österreichischen Aufsichtsstrukturen und stellten eine Steigerung der Effektivität und Effizienz der Aufsicht durch die im Jahr 2008 eingeführte neue Aufgabenverteilung fest. Dabei wurden aber auch Synergien zwischen den beiden Institutionen identifiziert und Empfehlungen des Rechnungshofs umgesetzt. In diesem Zusammenhang adaptierte die OeNB auch ihre „Hauptabteilung für Finanzmarktstabilität und Bankenaufsicht“, nicht zuletzt, um ihre Schlagkraft zu erhöhen, der Struktur des österreichischen Bankensektors besser gerecht zu werden und dem mit wachsenden Anforderungen einhergehenden Personalaufbau Rechnung zu tragen. Dabei wurden die Analyse- und Prüfkapazitäten gebündelt, eine Strategiegruppe für Aufsichtsfragen sowie eine Einheit für Modellanalysen etabliert. Große Bedeutung kam dabei der engen Verzahnung von Mikro- und Makroaspekten zu.

Die klare Fokussierung der fachlichen Kompetenzen und Erfahrungen ermöglicht eine nunmehr stärkere Verschränkung der Einzelinstituts- und Systemperspektive (mikro- und makroprudenzielle Sicht) innerhalb der OeNB. Systemzusammenhänge innerhalb des Finanzsektors sollen dadurch besser beobachtet, erfasst und in die Risikobeurteilung der beaufsichtigten Kreditinstitute einbezogen werden. Im Bereich

Bankenaufsicht trägt zu stabilem Finanzsystem bei

der Einzelinstitutsaufsicht wurden die Intensität und Frequenz der Analysetätigkeit, die Anzahl der Vorort-Prüfungen sowie die Aktivitäten im Rahmen des strukturierten Dialogs (direkte Kontakte mit den Banken) insbesondere für die systemrelevanten Kreditinstitute weiter erhöht. Der Analysefokus der OeNB wurde zuletzt verstärkt auf die risikoorientierte Überprüfung der Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit von Geschäftsmodellen und -strategien, die Widerstandsfähigkeit der beaufsichtigten Kreditinstitute sowie die Beurteilung zukunftsorientierter Informationen gerichtet. Ergänzend zum standardisierten, risikoorientierten Meldewesen werden zusätzliche Informationen zur besseren Erkennung und Beurteilung der Risikopotenziale österreichischer Kreditinstitute eingeholt.

Multilaterale
Kooperationsabkommen
unterstützen
Informationsaustausch

Im Zuge der Umsetzung bisheriger Reformen der Bankenrechtsrichtlinien wurde das Bankwesengesetz (BWG) im Jahr 2010 novelliert. Die Umsetzung der sogenannten Eigenmittelrichtlinie II¹ (CRD II) sieht strengere Anforderungen für Verbriefungen, eine Verbesserung des Liquiditätsrisikomanagements, eine Reform der Beaufsichtigung grenzüberschreitend tätiger Kreditinstitutsgruppen, die Institutionalisierung von Aufsichtskollegien, eine Harmonisierung der Definition von Hybridkapital sowie Änderungen im Großveranlagungsregime vor. In einer weiteren Novelle² des BWG, als Teil der sogenannten CRD III-Richtlinie, sollen Kreditinstitute dazu verpflichtet werden, für alle Mitarbeiter, deren Tätigkeit sich wesentlich auf das Risikoprofil eines Kreditinstituts auswirkt, eine Vergütungspolitik sowie Vergütungspraktiken anzuwenden, die mit

einem wirksamen Risikomanagement vereinbar sind.

Koordination mit ausländischen Aufsichtsbehörden intensiviert

OeNB und FMA bekennen sich zur Verstärkung der internationalen Aufsichtskooperation bei grenzüberschreitend tätigen Bankengruppen. Dieses Ziel soll einerseits durch formelle Instrumentarien, wie bilaterale und multilaterale Kooperationsabkommen (*Memoranda of Understanding – MoU*), andererseits durch einen vertieften Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsbehörden erreicht werden.

Damit soll unter anderem der Zugang zu Informationen verbessert und Regulierungsarbitrage verringert werden. Bisher wurden im Bankenaufsichtsbereich mit 16 Staaten MoUs abgeschlossen. Im Oktober 2010 wurde ein MoU unterzeichnet, das die Zusammenarbeit zwischen FMA und OeNB mit der russischen Zentralbank regelt. Diese Kooperationsvereinbarung ist aufgrund der Aktivitäten der österreichischen Bankengruppen in Russland und russischer Banken in Österreich von besonderer Bedeutung.

Eine zentrale Rolle in der Aufsicht über grenzüberschreitend tätige Bankengruppen, insbesondere in CESEE, nehmen Aufsichtskollegien (*Colleges of Supervisors*) ein, in deren Rahmen eine vertiefte und strukturierte Zusammenarbeit zwischen Heimat- und Gastlandaufsehern praktiziert wird. In Multilateral Agreements werden die Prinzipien der Kooperation in diesen Kollegien näher präzisiert. Vorbeugung und Bewältigung von Krisensituationen spielen dabei eine wichtige Rolle. Gemeinsam nehmen die Aufsichtsbehörden Risikoeinschätzungen zu Banken-

Österreich setzt
weitere Lehren aus der
Krise um

¹ Die Veröffentlichung erfolgte im Bundesgesetzblatt (BGBl.) I Nr. 72/2010.

² Die Veröffentlichung erfolgte im Bundesgesetzblatt (BGBl.) I Nr. 118/2010.

gruppen (Joint Risk Assessment) vor und stimmen die notwendigen Aufsichtsmaßnahmen sowie die weitere Vorgehensweise ab („Supervisory Action Plan“). Ab 2011 wird die Adäquanz der Eigenmittelausstattung von Bankengruppen jährlich von den Heimat- und Gastlandaufsehern beurteilt und gegebenenfalls über geeignete Maßnahmen entschieden.

Österreichische Zahlungssysteme erfüllen ihre Funktion reibungslos

Für die Wahrung der Finanzmarktstabilität ist auch das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme von großer Bedeutung. Seit 1. April 2002 ist die OeNB gesetzlich für die Aufsicht über die österreichischen Zahlungssysteme verantwortlich. Das Spektrum reicht von „elektronischen Geldbörsen“ zur Bezahlung von Kleinstbeträgen über Massenzahlungssysteme (wie etwa Kreditkartenzahlungen, Behebungen an Geldausgabeautomaten oder Zahlungen an POS-Terminals) bis zu Großbe-

tragszahlungssystemen für Transfers von Geldbeträgen zwischen Banken.

Hauptaufgabe der OeNB ist die Prüfung der Systemsicherheit. Schwerpunktartig fand 2010 eine Prüfung der mit dem Bankomatsystem verbundenen Foyer-Systeme (Indoor-Bankomaten in Bankfilialen) statt. Im Bereich Finanzmarktinfrastrukturen wurde die Prüfung der Central Counterparty Austria³ eingeleitet. Auch während der Finanzmarkturbulenzen konnten die österreichischen Zahlungssysteme ihre Sicherheit und Verfügbarkeit unter Beweis stellen.

Neben ihrer nationalen Aufsichtstätigkeit ist die OeNB auch auf ESZB-Ebene in den für die Zahlungssystemaufsicht verantwortlichen Gremien vertreten. In diesem Rahmen kooperieren die nationalen Zentralbanken unter anderem bei der Aufsicht über grenzüberschreitend tätige Zahlungssysteme. Einen Themenschwerpunkt bildete dabei zuletzt die Erhöhung der Sicherheit von Zahlungskarten.

Prüfungs-
schwerpunkt bei
„Indoor-Bankomaten“

Wichtige Schritte auf dem Weg zu einer neuen internationalen Finanzarchitektur

Die regulatorische Antwort auf die Mitte 2007 ausgebrochene Finanzkrise ist breit angelegt. Treibende politische Kraft hinter den umfassenden Reformbemühungen auf internationaler Ebene sind die G-20, die dabei von den relevanten Expertengremien – vor allem dem Finanzstabilitätsrat (FSB), dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) – beraten werden. In der Europäischen Union ist die Europäische Kommission, unterstützt unter

anderem durch die EZB und die nationalen Zentralbanken des ESZB, federführend in der Umsetzung der Maßnahmen zur Finanzmarktreform. 2010 wurden bereits einige Meilensteine in den Reformbestrebungen gesetzt.

Im Bankenbereich lassen sich diese im Wesentlichen drei Bereichen zuordnen. In der mikroprudenziellen Aufsicht soll die Risikotragfähigkeit einzelner Finanzinstitute gestärkt werden. Dazu wurde im September 2010 das umfassende Reformpaket „Basel III“

Stärkung der
Risikotragfähigkeit
von Banken

³ Die Central Counterparty Austria GmbH ist als „zentrale Gegenpartei“ für das Clearing und Risk-Management aller Geschäfte an der Wiener Börse verantwortlich.

beschlossen und am G-20-Gipfel im November 2010 bestätigt. Die wichtigsten Bestandteile dieses Pakets sind deutlich höhere quantitative und qualitative Eigenmittelerfordernisse sowie eine Verschärfung der Liquiditätsanforderungen für Banken. Zudem sollen systemrelevante Finanzinstitute, sogenannte SIFI, künftig eine höhere Verlusttragfähigkeit als bisher aufweisen und verschärften Aufsichtserfordernissen unterliegen.

Aufsicht berücksichtigt zunehmend systemische Risiken

Die makroprudenzielle Aufsicht dient dem Zweck, Risiken für das Finanzsystem insgesamt, also Systemrisiken, frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu setzen. Im Basel III-Rahmenwerk sind für Banken insbesondere antizyklisch wirkende Kapitalpuffer vorgesehen. Bisher wenig transparente Teile des Finanzsektors, insbesondere außerbörslich gehandelte Derivate (OTC), aber auch das sogenannte „Schattenbanksystem“ rücken verstärkt in den Aufsichtsfokus.

Basler Ausschuss zieht Lehren aus der Krise und schafft neue Instrumente

Der dritte Bereich betrifft das Krisenmanagement, das heißt die Verbesserung des rechtlichen Rahmenwerks für den Umgang mit Banken, die in finanzielle Schieflage geraten sind. Insbesondere sollen die Aufsichtsbehörden mit Instrumenten und Befugnissen ausgestattet werden, die auch bei grenzüberschreitenden Sachverhalten anwendbar sind und einen geordneten Marktaustritt von Kreditinstituten ermöglichen. Weiters strebt die Europäische Kommission eine Reform zur EU-weiten Harmonisierung der Einlagensicherungssysteme an.

Vielfältige Initiativen in der Wertpapierregulierung

Im Wertpapierbereich wurden die Arbeiten zur Regulierung von alternativen Veranlagungsformen (beispielsweise Hedgefonds), Ratingagenturen sowie von Leerverkäufen und Kreditausfallswaps (CDS) in der EU fortgesetzt. Im Oktober 2010 wurde Einvernehmen über eine Richtlinie über die

Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM) erzielt. Weiters legte die Europäische Kommission Vorschläge für eine Novellierung der Verordnung über Ratingagenturen sowie eine Verordnung betreffend Leerverkäufe und CDS vor.

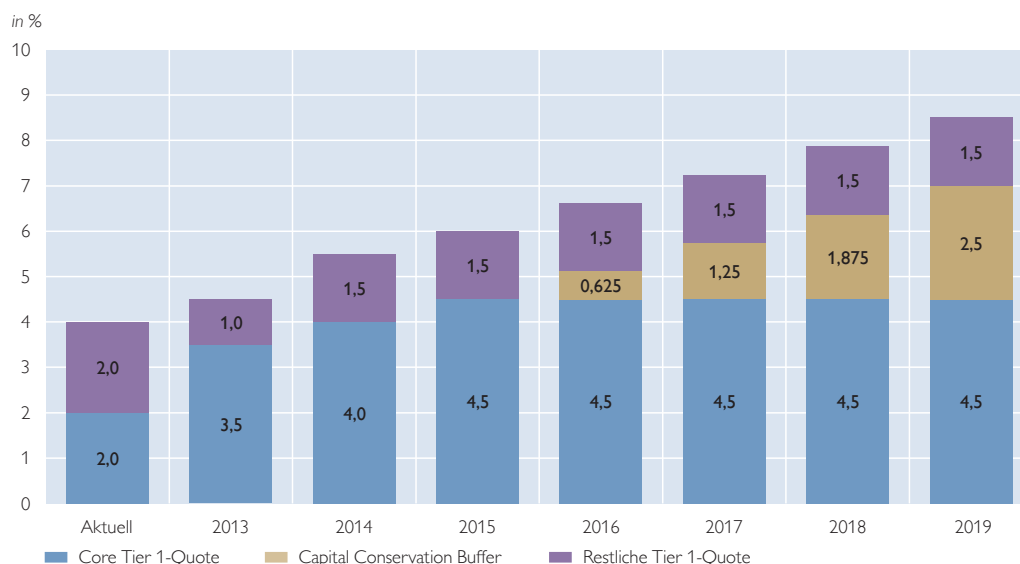
Basler Ausschuss einigt sich auf Basel III

Am 16. Dezember 2010 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht das finale Basel III-Regelwerk, den künftigen internationalen Regulierungsrahmen für Eigenkapital- und Liquiditätsstandards, mit dem Ziel der Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors und der Wahrung der Finanzmarktstabilität. Wesentliche Elemente sind die Verbesserung der Qualität der Eigenkapitalbestandteile, höhere Mindestkapitalanforderungen, die Einführung weltweiter Liquiditätsstandards und einer Gesamtverschuldungsquote (Leverage Ratio) sowie die Implementierung von Kapitalpuffern.

Statt wie bisher drei Kapitalarten wird es künftig zwei geben: Das Kernkapital (Tier 1-Kapital) soll laufende Verluste bis zu einem bestimmten Grad auffangen können und damit ein Fortbestehen des Instituts gewährleisten. Das Tier 2-Kapital kann darüber hinaus, wenn die Überlebensfähigkeit des Instituts nicht mehr gegeben ist, zur Haftung herangezogen werden. Um die negativen Auswirkungen eines exzessiven Bilanzsummenwachstums ohne entsprechende Eigenkapitalunterlegung zu vermindern, wurde als zusätzliches, nicht risikobasiertes Korrektiv die Einführung einer Gesamtverschuldungsquote vorgesehen.

Die Finanzkrise zeigte Mängel im Liquiditätsrisikomanagement sowie die hohe Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungen auf. Aus diesem Grund werden zwei Liquiditätskennzif-

Grafik 17

Basel III: Neue Tier 1-Erfordernisse

fern eingeführt: Einerseits eine kurzfristige Liquiditätsdeckungskennziffer (Liquidity Coverage Ratio – LCR), andererseits eine Kennziffer zur Stabilität der längerfristigen Refinanzierung (Net Stable Funding Ratio – NSFR). Begleitende Maßnahmen werden erhöhte Anforderungen an das Liquiditätsmanagement sein.

Zur Verminderung der prozyklischen Wirkung von Basel III wird ein Kapitalerhaltungspuffer (Capital Conservation Buffer – CCB) mit einer Zielquote in Höhe von 2,5 % eingeführt. Im Fall einer Unterschreitung der Zielquote sollen Gewinnausschüttungen sukzessive beschränkt werden. Zusätzlich wird ein antizyklischer Puffer als aufsichtliches Instrument bei übermäßigem Kreditwachstum eingesetzt werden, der zwischen 0 % und 2,5 % liegen soll.

Für die neuen Basel III-Eigenkapitalregeln gelten detaillierte Übergangsbestimmungen. In ihrer Gesamtheit sind die neuen Mindesteigenmittelquoten mit Anfang 2019 zu erfüllen. Die

Core Tier 1-Quote erhöht sich ab 2013 schrittweise bis 2015 auf 4,5 %. Auch der CCB wird zwischen 2016 und 2019 bis zu einer Zielgröße von 2,5 % graduell eingeführt. Die Anwendung einer Leverage Ratio wird ab 2013 einer Testphase unterzogen und soll erst ab 2018 als verpflichtende Maßnahme eingeführt werden. Die beiden Liquiditätskennziffern werden ab 2015 (LCR) bzw. ab 2018 (NSFR) nach einer umfassenden Testphase verpflichtend implementiert. Auf europäischer Ebene müssen die neuen Standards noch vom Rat und vom Europäischen Parlament beschlossen werden. Vorschläge für die Umsetzung als Verordnung oder Richtlinie sollen noch vor dem Sommer 2011 erfolgen.

Für österreichische Banken ergibt sich – gemäß derzeitigem Diskussionsstand hinsichtlich der Umsetzung in der Eigenmittelrichtlinie (CRD IV) – zusätzlich zur erforderlichen Erreichung der Ziel-Eigenmittelquoten Anpassungsbedarf bei einigen Eigenmittelinstrumenten. Dies betrifft insbesondere

Graduelle Umsetzung verhindert negative Implikationen für Konjunktur

die Ausgestaltung von Genossenschaftskapital, Partizipationskapital, Vorzugsaktien und ergänzenden Eigenmitteln. Anpassungsbedarf ergibt sich weiters durch die begrenzte Anrechenbarkeit von Minderheitenanteilen. Auf Grund

der höheren Anforderungen an Qualität und Quantität des Kapitals wird der zusätzliche Eigenmittelbedarf (Tier 1 und 2) des österreichischen Bankensektors auf 15 bis 18 Mrd EUR geschätzt.

Kasten 4

Erste Einschätzungen möglicher Auswirkungen regulatorischer Maßnahmen

Ergebnisse der internationalen Auswirkungsstudie des Basler Ausschusses von Basel III

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) veröffentlichte am 16. Dezember 2010 die Ergebnisse einer quantitativen Auswirkungsstudie (QIS) zu den vorgeschlagenen Basel-III-Regelungen. Die Studie untersucht 263 Banken aus 23 Ländern. Unterschieden wird zwischen Banken mit Kernkapital über 3 Mrd EUR (Gruppe 1-Banken) und Banken, die darunter liegen (Gruppe 2-Banken). Die Datenerhebung erfolgte auf konsolidierter Ebene. Untersucht wurden die Auswirkungen der neuen Regelungen auf eine synthetische Bank (Aggregation aller Banken), ohne Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen. Die Berechnung des zusätzlichen Eigenmittelbedarfs bezieht sich auf die Eigenmittelausstattung per 31. Dezember 2009 und berücksichtigt keine zukünftigen Gewinne bzw. keine gegensteuernden Maßnahmen. Insgesamt zeigt sich, dass die Auswirkungen auf die Gruppe 1-Banken deutlich stärker ausgeprägt sind als jene auf die Gruppe 2-Banken. Der zusätzliche Kapitalbedarf (Common Equity Tier 1) der Banken weltweit wurde mit 173 Mrd EUR beziffert, zuzüglich eines Puffers in Höhe von 602 Mrd EUR. Davon entfallen 165 bzw. 577 Mrd EUR auf die Gruppe 1-Banken.

Die vorgeschlagenen Liquiditätskennzahlen wurden ebenfalls untersucht, wobei keine Änderungen in der Risiko- oder Finanzierungsstruktur unterstellt wurden. Vor diesem Hintergrund hat sich gezeigt, dass der zur Erfüllung der Ratios erforderliche Wert von 100 % noch nicht erreicht wird. Die durchschnittliche LCR für Gruppe 1-Banken liegt bei 83 % (für Gruppe 2-Banken bei 98 %), die durchschnittliche NSFR für Gruppe 1-Banken bei 93 % (für Gruppe 2-Banken bei 103 %).

OeNB-Studie zur Evaluierung volkswirtschaftlicher Effekte regulatorischer Maßnahmen in Österreich

Im Jahr 2010 unterzog die OeNB das österreichische Bankensystem einer Auswirkungsstudie.¹ Neben den auch vom Basler Ausschuss evaluierten, überwiegend kapital- und liquiditätsbasierten Maßnahmen (Neudefinition der Eigenmittel, Kapitalpuffer, strukturelle Liquiditätsquote etc.) wurden in der Studie auch die volkswirtschaftlichen Effekte weiterer Stabilisierungsmaßnahmen untersucht. Hier sind insbesondere die Abschaffung der impliziten Staatsgarantie für unbesicherte Bankanleihen, die Behandlung systemrelevanter Banken anhand von Contingent Capital²-Instrumenten sowie die Reform der Einlagensicherung in der EU zu nennen. Die volkswirtschaftlichen Kosten werden im Rahmen der OeNB-Studie für unterschiedliche Szenarien geschätzt, wobei einerseits mittel- und langfristige Effekte, andererseits auch indirekte Effekte aus dem Euroraum berücksichtigt wurden. Die Ergebnisse unterscheiden sich – je nach betrachteter Maßnahme – deutlich, lassen aber auf vertretbare volkswirtschaftliche Kosten schließen und sind mit jenen des Basler Ausschusses für andere Länder vergleichbar. Die Höhe der Auswirkungen liegt allerdings deutlich unter den Ergebnissen, die von einigen Banken bzw. Interessenvertretern veröffentlicht wurden. Die Investitionen in höhere Stabilität sind den sehr hohen Kosten von Finanzmarktkrisen gegenüberzustellen.

¹ Siehe OeNB-Finanzmarktstabilitätsbericht 20, S. 90-119. http://www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/finanzmarkt/finanzmarktstabilitaet/finanzmarktstabilitaetsbericht_20.jsp#cm:14-214516

² An eine Notsituation gebundenes Kapital, das entweder eine Umwandlung von Schulden in Eigenkapital oder Abschreibungsmerkmale vorsieht.

Europäische Aufsichtsarchitektur wird mit 1. Jänner 2011 operativ

Die Reform der europäischen Aufsichtsarchitektur hat vier neue Institutionen in der EU hervorgebracht: den ESRB (European Systemic Risk Board – Europäischer Ausschuss für Systemrisiken), verantwortlich für die Erkennung und Analyse systemischer Risiken, sowie drei weitere Aufsichtsbehörden mit spezifischer sektoraler Verantwortlichkeit.

Der ESRB nahm mit 1. Jänner 2011 seine Arbeit als institutionalisiertes Frühwarnsystem für Finanzmarktrisiken auf. Als integraler Bestandteil des neuen Europäischen Finanzaufsichtssystems (European System of Financial Supervision – ESFS) und als unabhängiges Gremium der EU mit Sitz bei der EZB hat der ESRB die Hauptaufgabe, eine gründliche Analyse systemischer Risiken für das Finanzsystem in der EU zu liefern und Warnungen auszusprechen, wenn bedeutende Risiken identifiziert werden. Darüber hinaus soll der ESRB nicht nur Risikowarnungen, sondern – sofern notwendig – Empfehlungen für konkrete Maßnahmen aussprechen, wie diesen Risiken begegnet werden kann. Den Vorsitz des ESRB hat der Präsident der EZB inne. Der Gouverneur der OeNB ist als stimmberechtigtes Mitglied im Verwaltungsrat vertreten. Der ESRB wird eng mit den europäischen Aufsichtsbehörden für Banken (Europäische Bankaufsichtsbehörde – EBA), Versicherungen und Pensionskassen (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen – EIOPA) und Wertpapiermärkte (Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde – ESMA) zusammenarbeiten und diesen Informationen über Systemrisiken zur Verfügung stellen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Die Aufsichtsbehörden sind wiederum zur engen Kooperation mit dem ESRB ver-

pflichtet, da sie die benötigten (Einzelbank-)Daten zur Verfügung stellen und die Umsetzung korrekter Folgemaßnahmen aufgrund der Warnungen bzw. Empfehlungen des ESRB gewährleisten sollen. Die Arbeit des Verwaltungsrats wird von einem Lenkungsausschuss koordiniert und von zwei Komitees, dem Beratenden Fachausschuss (Advisory Technical Committee – ATC) und dem Beratenden Wissenschaftlichen Ausschuss (Advisory Scientific Committee – ASC) unterstützt. Im ATC sind vor allem die nationalen Zentralbanken, im ASC anerkannte Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft vertreten. Die EZB unterstützt den ESRB analytisch, statistisch, administrativ und logistisch insbesondere durch die Bereitstellung eines Sekretariats.

In der OeNB führt die Einrichtung des ESRB zu einer verstärkt sektorübergreifenden Analyse der Finanzmarktstabilität auf EU- und nationaler Ebene. Dies beinhaltet auch die Beurteilung der Auswirkungen von Risikowarnungen auf und Empfehlungen des ESRB für den österreichischen Finanzmarkt (Impact Assessments) sowie die Überwachung der Effektivität der umgesetzten Maßnahmen. Um die Themenvielfalt des ESRB gesamtheitlich abzudecken, wurde in Anlehnung an die ESRB-Struktur in der OeNB ein Sekretariat als Informations- und Koordinationsplattform eingerichtet, das sich aus je einem Experten aus den Bereichen Finanzmarktstabilität, Volkswirtschaft und Statistik zusammensetzt. Auch die FMA ist im Sekretariat vertreten, um die behördliche Sichtweise einzubringen.

Die seit 1. Jänner 2011 tätige Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA), die aus dem Ausschuss der Europäischen Bankenaufseher (Committee of European Banking Supervisors – CEBS) hervorging, wird einerseits die Aufga-

ESRB im Dienst der europäischen Finanzmarktstabilität

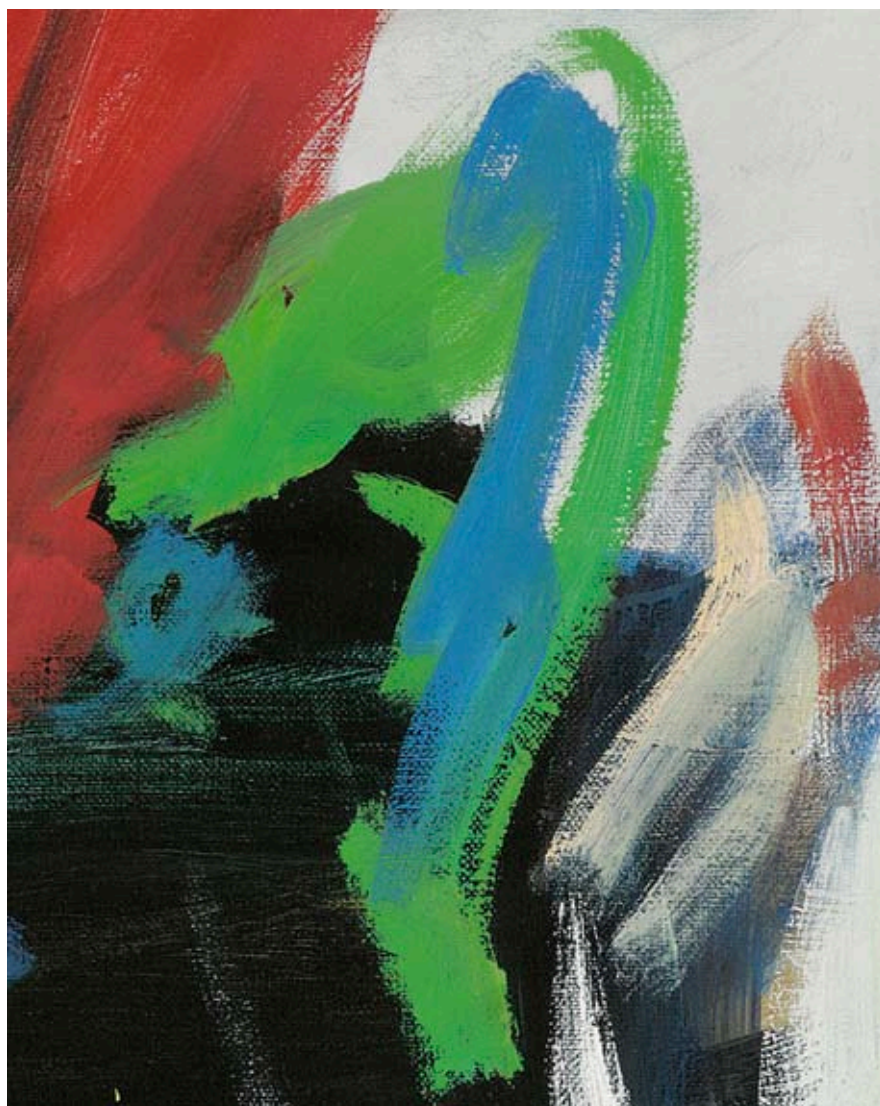
Umfassende OeNB-interne Vorbereitungsarbeiten

EBA beschäftigt sich mit Einzelbankfragen

ben und Funktionen von CEBS weiterführen, andererseits als Behörde mit eigener Rechtspersönlichkeit eine wichtige Funktion für die Vereinheitlichung des für Banken in Europa anwendbaren Rechtsrahmens ausüben. Dazu wird die EBA unmittelbar anwendbare, rechtlich bindende Durchführungsstandards für Aufsichtsbehörden erlassen.

Weiters erhält die EBA in einigen Fällen direkte Durchgriffsmöglichkei-

ten auf Banken und zwar (i) in Krisensituationen (bei Feststellung einer Krise durch den ESRB und den EU-Rat), (ii) bei Uneinigkeit zwischen nationalen Aufsehern und (iii) bei europarechtswidrigem Verhalten nationaler Aufseher. Grundsätzlich verbleibt allerdings die Aufsichtszuständigkeit auf nationaler Ebene bei den nationalen Aufsichtsbehörden, mit denen die EBA eng zusammenarbeitet.



Die OeNB als kundenorientiertes Unternehmen

Für die Erreichung ihrer Kernziele Preis- und Finanzmarktstabilität und die Sicherstellung des Zahlungsverkehrs benötigt die OeNB präzise und zeitnahe statistische Informationen sowie eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Zahlungsmittel und -systeme. In einer zunehmend vernetzten und dynamischen Weltwirtschaft werden neue Kennzahlen über Strukturen und Entwicklungen auf den Finanzmärkten gebraucht, um krisenhafte Ereignisse frühzeitig erkennen zu können. Dies erfordert im Bereich Statistik – ebenso wie in der Vereinheitlichung des Zahlungsverkehrs – verstärkte internationale Kooperation und engen Kontakt mit den involvierten nationalen Akteuren. Aufgrund seiner Expertise und geografischen Lage hat Österreich eine Drehscheibenfunktion in der Bargeldversorgung der CESEE-Länder, die durch den Ausbau der strategischen Bargeldreserven in Wien weiter gestärkt wird. Das Zusammenspiel der verschiedenen Bereiche ermöglicht die optimale Orientierung hin zu Partnern und Kunden auf nationaler und internationaler Ebene.

OeNB – Kompetenzzentrum für Finanzstatistik

Statistik als
Kernaufgabe der OeNB

Die Geschehnisse der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass präzise und zeitnahe Informationen über Strukturen und Entwicklungen auf den Finanzmärkten essenziell sind, um krisenhafte Ereignisse frühzeitig erkennen und darauf reagieren zu können. Geldpolitische Entscheidungen hängen davon ebenso ab wie die Beaufsichtigung der Banken und die Sicherstellung der Finanzmarktstabilität. Für die OeNB ist der Bereich Statistik seit Langem eine Kernaufgabe, die der Erreichung ihrer Ziele hinsichtlich Preis- und Finanzmarktstabilität oder Sicherstellung des Zahlungsverkehrs dient. Gleichzeitig hat die Finanzkrise verdeutlicht, wo die zukünftigen Herausforderungen und das große Erweiterungspotenzial im Bereich Statistik liegen. Die Entwicklung einer umfangreichen und detaillierten Mikrodatenstruktur, die einzelne Wertpapierbeziehungen – einschließlich Gläubiger und Schuldner sowie Instrument – detailliert darstellt, ist für die rasche und effiziente Bewältigung von Krisensituationen unverzichtbar. Die OeNB beteiligt sich intensiv am Aufbau einer derartigen internationalen Datenbank durch die EZB (Securities-Holder-Statistics).

OeNB setzt auf
Kosteneffizienz und
entlastet Melder

Umfangreiche
Kooperationen
gewährleisten Know-
how und verlässliche
Statistiken

Effizienzsteigerung
durch Qualitäts-
management in der
Statistik

Die zunehmend vernetzte und dynamische Weltwirtschaft lässt sich längst nicht mehr durch isolierte nationale Statistiksysteme erfassen und verstehen. In einer Welt, in der Milliardenvermögen in wenigen Augenblicken verschoben und Investoren völlig unabhängig von ihrem eigenen Standort am gesamten Globus tätig werden, ist internationale Kooperation für den Statistiker das Gebot der Stunde und Handlungsmaxime der Zukunft. Demgemäß arbeitet die OeNB seit Längerem mit in- und ausländischen Statistikinstitutionen sowie mit internationalen Organisationen wie IWF, OECD oder Eurostat zusammen und ist hinsichtlich

der Weiterentwicklung europäischer und internationaler statistischer Standards und Regelwerke selbst ein initiativer Akteur. Derzeit wird intensiv am neuen Leitwerk von Eurostat zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gearbeitet. Die Neugestaltung der Zahlungsbilanzrichtlinien des IWF (Balance of Payments Manual 6) wurde kürzlich abgeschlossen. Gleichzeitig wurden die Monetär- und die Zinssatzstatistik der EZB sowie die „Financial Soundness Indicators“ des Internationalen Währungsfonds ausgebaut. Die Risikoindikatoren der neu geschaffenen European Banking Authority bildeten ebenso einen Arbeitsschwerpunkt wie die bevorstehende Erweiterung der Großkreditevidenz.

Wichtigster Partner der OeNB im Prozess der Statistikproduktion sind die österreichischen Melder, insbesondere Banken und andere Finanzdienstleister sowie nichtfinanzielle Unternehmen, aber auch Privathaushalte. Angesichts des stetig steigenden Bedarfs an statistischen Daten, der häufig in gesetzliche Lieferverpflichtungen mündet, wächst sowohl der Aufwand der Melder für Erhebung und Übermittlung als auch jener der OeNB für die Meldeverarbeitung. Die OeNB versucht, statistische Melder – unter Einhaltung aller gesetzlichen und vertraglichen Liefervorgaben – zu entlasten und evaluiert den gesamten Produktionsprozess im Hinblick auf Kosteneffizienz. Auch die interne Meldeverarbeitung wird durch die Optimierung von Schnittstellen ständig verbessert (siehe auch den Abschnitt zum Projekt „START“ in der Wissensbilanz). Hohe Effizienzgewinne resultieren auch aus der langjährigen Zusammenarbeit mit Statistik Austria in Form mehrerer Kooperationsrahmenverträge.

Im Bereich des statistischen Meldewesens führte die ständige Überwa-

chung und Feinsteuerung der Kernprozesse im Rahmen des Qualitätsmanagements zu einer weiteren Verbesserung der Arbeitsabläufe und Qualitätssicherungsprozesse. In der Aufsichts- und Monetärstatistik wurde neben der bisherigen Plausibilisierung von Meldungen die nachgelagerte meldungsübergreifende Überprüfung – unter anderem mit Hilfe eines neu geschaffenen Visualisierungsprogramms – intensiviert. Ende 2010 führte die OeNB in diesem Bereich eine Melderbefragung durch, die wertvolle Impulse für den Meldungsverarbeitungsprozess brachte. Insgesamt konnte trotz eines gestiegenen Datenvolumens die termingerechte Publikation der Daten gewährleistet werden.

Für die OeNB ist auch die Kommunikation ihrer Statistiken an die Öffentlichkeit ein überaus wichtiges Ziel. Zahlreiche Pressekonferenzen und Presseaussendungen bringen statistische Daten in verständlicher Form via Medien der Öffentlichkeit näher. Eine Reihe statistischer Publikationen – vom kompakten Folder bis zum umfangreichen Quartalsheft – informiert den Leser in zielgruppengerechter Form. Auch in Zukunft werden der Bedarf an soliden Finanzstatistiken und folglich die Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der OeNB-Statistik steigen. Die Zusammenarbeit mit neu geschaffenen europäischen Aufsichtsorganen wie dem ESRB ist nur eines von vielen Beispielen.

OeNB kommuniziert
Statistiken
zielgruppengerecht

Sicheres Geld als Kernkompetenz

Drehscheibenfunktion in der Bargeldversorgung

Die geografische Lage Österreichs begünstigt die Umsetzung des EZB-Beschlusses, strategische Bargeldreserven für das Eurosystem vorrätig zu halten. Österreich leistet auch einen wichtigen Beitrag bei der Versorgung der CESEE-Länder mit Bargeld. So erfolgte die Erstbelieferung Sloweniens und der Slowakei mit Euro-Banknoten von Wien aus. Außerdem bewährte sich die OeNB in der ihr vom Eurosystem zugedachten Rolle eines Bargeldkompetenz- und -logistikzentrums, insbesondere im Kontext der Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Voraussetzung dafür ist eine gute Zusammenarbeit mit der EZB und den nationalen Zentralbanken der Europäischen Union. Diese schätzen die Flexibilität in der bargeldlogistischen Planung und dem grenzüberschreitenden Bargeldtransport. Nicht zuletzt deshalb beschloss das Eurosystem, die strategischen Bargeld-

reserven am Standort Wien weiter auszubauen.

Information zu den Sicherheitsmerkmalen bremst Falschgeldaufkommen

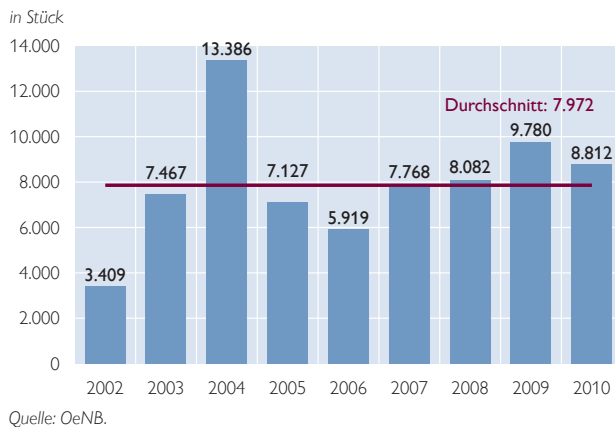
Das Falschgeldaufkommen bleibt in Österreich weiterhin gering. Im Jahr 2010 wurden in Österreich insgesamt 8.812 Fälschungen im Zahlungsverkehr festgestellt. Am häufigsten gefälscht wurde die 20-Euro-Banknote (31,4%) vor der 50-Euro-Banknote (30,6%) und der 100-Euro-Banknote (24%). Die Schadenssumme verringerte sich auf 617.095 EUR. Das entspricht einem Rückgang um 11% gegenüber dem Vorjahr.

Prüf-, Zähl- und Sortiergeräte helfen, die Echtheit von Banknoten schnell und zuverlässig zu erkennen. Entsprechend den Vorgaben der EZB bietet das OeNB-Testzentrum in Wien kostenlos Gerätetests für Hersteller und Tests der dazugehörigen Sensorik an. Die Ergeb-

Tests von Banknoten-
bearbeitungsmaschinen
bieten Sicherheit

Grafik 18

Fälschungen aus dem Euro-Bargeldumlauf in Österreich (2002–2010)



nisse werden auf den Websites der EZB und der OeNB veröffentlicht. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 144 Geräte getestet.

**Banknoten
sicher erkennen**

Je besser der Zustand einer Banknote ist, desto leichter lassen sich die Sicherheitsmerkmale überprüfen. Im Jahr 2010 bearbeitete Geldservice Austria Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination GmbH (GSA) auf Grundlage der OeNB-Vorgaben etwa 1,5 Milliarden Banknoten im Hinblick auf Echtheit und Umlauffähigkeit. Gleichzeitig wurden 2 Milliarden Münzen auf Echtheit und Umlauffähigkeit geprüft.

SEPA – der einheitliche Zahlungsverkehrsraum in Europa

**SEPA:
Europaweit sicher
bezahlen**

Mit dem einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area – SEPA) können Nutzer von Zahlungsverkehrsdienstleistungen bargeldlose Euro-Zahlungen von einem einzigen Konto innerhalb Europas vornehmen und dabei einheitliche Zahlungsinstrumente ebenso einfach, effizient und sicher nutzen wie die bisherigen

**Österreichs Banken
clearn sicher**

Zahlungsinstrumente auf nationaler Ebene. Das gilt für Banküberweisungen, Lastschriften, Zahlungen mit Kredit- und Debitkarte sowie für das Abheben von Geldbeträgen an Geldautomaten. Elektronische Überweisungen in Euro werden den Empfänger ab 1. Jänner 2012 in der gesamten EU spätestens am nächsten Geschäftstag erreichen (bis 31. Dezember 2011: innerhalb von drei Tagen). Zudem wird der Überweisungsbeitrag dem Konto des Begünstigten

sofort und in voller Höhe gutgeschrieben. Alle Verbraucher werden mit einem einzigen Konto und einer einzigen Zahlungskarte ihrer Hausbank auskommen und können damit sämtliche – nationale und grenzüberschreitende – Zahlungen im SEPA-Raum tätigen. Zudem ermöglicht SEPA dem Kunden erstmals, innerhalb Europas grenzüberschreitende Lastschriften in Euro zu veranlassen. Zur sicheren Identifizierung eines Kontos werden dabei IBAN (International Bank Account Number) und BIC (Bank Identifier Code) verwendet, die die bisher gültigen nationalen Kontonummern und Bankleitzahlen ersetzen.¹ Um diese Änderungen im alltäglichen Zahlungsverkehr flächendeckend zu kommunizieren, hat die OeNB bereits im Sommer 2010 eine Informationsoffensive mit Advertorials in österreichischen Printmedien und Broschüren gestartet.

Nationales Clearinghaus wird Realität

Mit der Inbetriebnahme des nationalen Interbank-Clearing-Service im Novem-

¹ Zu finden sind IBAN und BIC auf Konto-Auszügen, im Online-Banking-Portal und auf allen neueren Konto- und Bankomatkarten.

ber 2011 werden einerseits die Verbesserung der Sicherheit und Qualität und andererseits die Steigerung der Effizienz im Interbanken-Massenzahlungsverkehr gewährleistet. Die Ausfallrisiken im Interbankenbereich sinken und durch das Netting der Interbankensalden kommt es zu einer Verringerung des Liquiditätsbedarfs der Banken. Mit dieser Verringerung werden nicht nur das diesbezüglich benötigte Eigenkapital für die teilnehmenden Banken, sondern auch die damit einhergehenden Risikokosten für den gesamten Finanzplatz verringert. Die Sicherheit wird weiters dadurch erhöht, dass das Settlement zwingend final und in Notenbankgeld erfolgt.

Harmonisierung der Wertpapierabwicklung

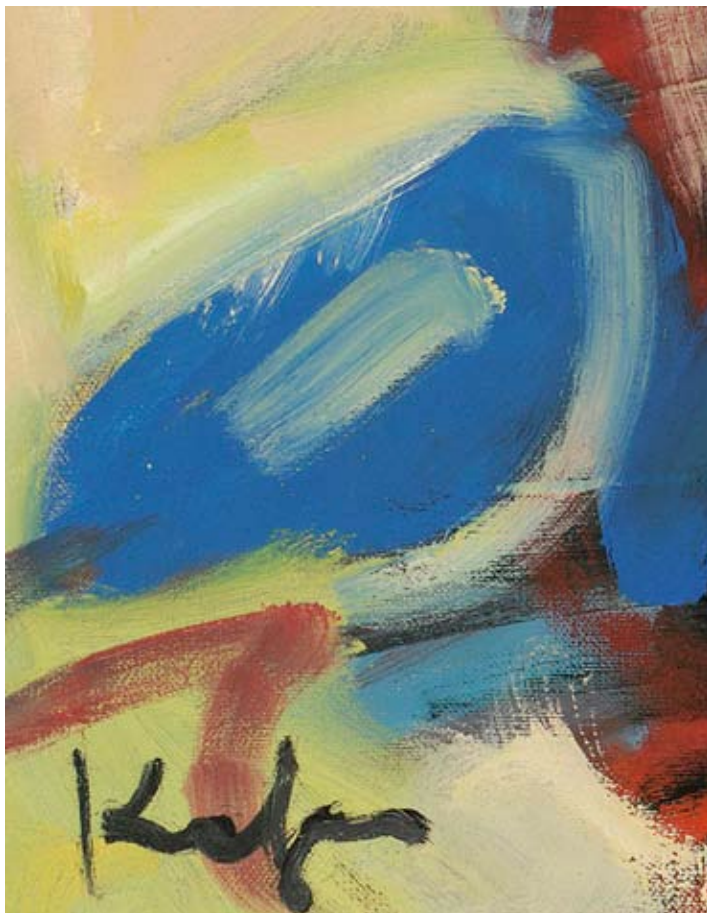
T2S (Target2-Securities) ermöglicht eine europaweit harmonisierte Abwicklung von Wertpapieren über eine zentrale technische Plattform. Den europäischen Wertpapier-Zentralverwahrern werden über T2S einheitliche Services für das Settlement von nationalen und grenzüberschreitenden Wertpapiertransaktionen zur Verfügung stehen. Um die Sicherheit zu erhöhen, erfolgt das Settlement auch bei T2S in Zentralbankgeld. Derzeit stehen die Harmonisierung der Wertpapierabwicklung sowie die Vereinheitlichung und Reduktion der Settlement-Gebühren für Wertpapiere in Europa, insbesondere für grenzüberschreitende Transaktionen, im Vordergrund. Das Service wird voraussichtlich ab September 2014 zur Verfügung stehen.

Target2-Securities –
„Half-way to delivery“



Die OeNB – ein nachhaltiges Unternehmen

Durch die Teilnahme Österreichs an der Währungsunion ist die OeNB die kommunikative Schnittstelle zwischen Eurosystem und wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Bevölkerung und Wirtschaft. Kommunikation mit der Öffentlichkeit und Wissensvermittlung an Schlüsselakteure der Wirtschaft haben in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Die OeNB deckt den erhöhten Informationsbedarf mithilfe eines breiten Publikations- und Dienstleistungsportfolios ab. Bei konstantem Personalstand und in verantwortungsvollem Umgang mit natürlichen Ressourcen konnte die OeNB dies nur über Effizienzsteigerungen erreichen.



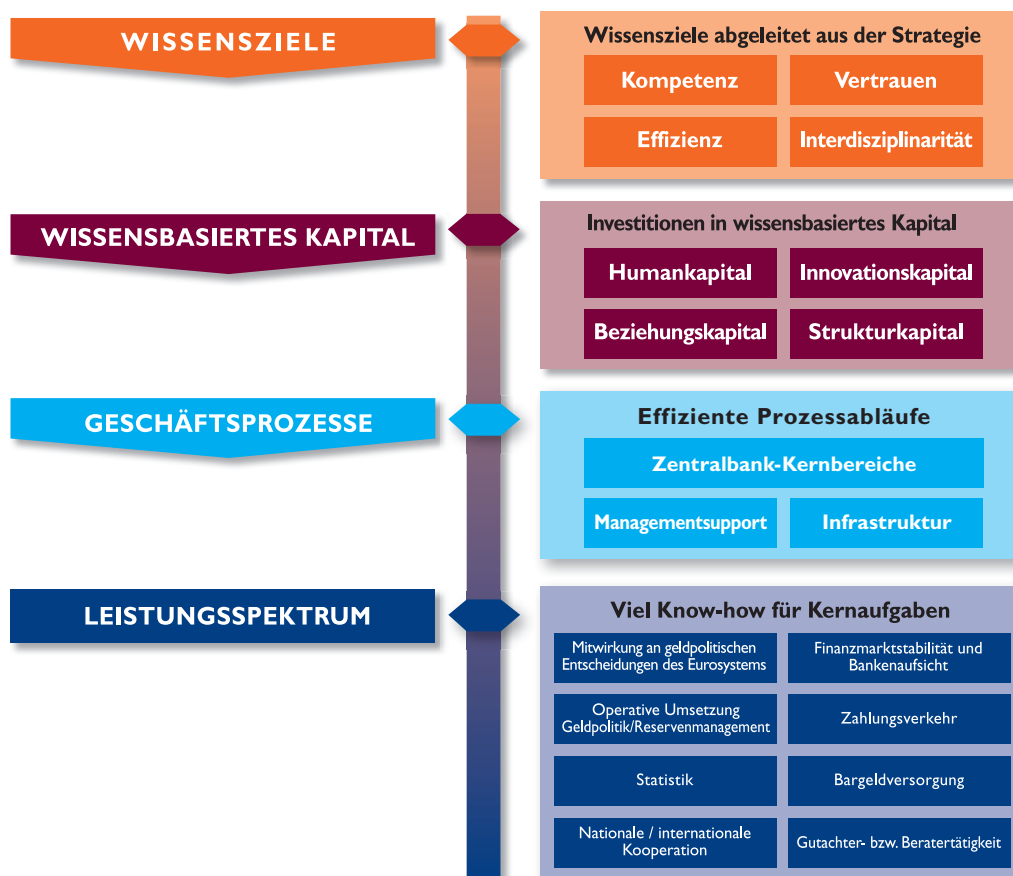
Wissensbilanz 2010 – Wissensbasierte, kostenoptimierte und transparente Leistungserstellung

Sicherheit und Stabilität in herausfordernden Zeiten

Die Oesterreichische Nationalbank ist gesetzlich verpflichtet dahin zu wirken, das Ziel der Preisstabilität und Finanzmarktstabilität zu gewährleisten. Besonders in schwierigen Zeiten ist es für ein wissensbasiertes Unternehmen wie die OeNB wichtig, das Wissen der hoch qualifizierten Mitarbeiter in Kombination

mit modernen, effizienten Geschäftsprozessen optimal einzusetzen. Seit dem Jahr 2003 verfolgt und überprüft die OeNB ihre Wissensziele mittels Leistungsindikatoren im Rahmen der jährlich veröffentlichten Wissensbilanz. Damit kann die hohe Qualität der Leistungen trotz der Zielsetzung der Personalstandsreduktion im Sinne nachhaltiger Kostenoptimierung sichergestellt werden.

Verfolgung von Wissenszielen und Überprüfung durch Leistungsindikatoren



Wissensziele der OeNB

Kompetenz durch spezialisiertes Wissen: Insbesondere der aktive und fokussierte Beitrag der OeNB im Eurosystem stellt hohe Qualitätsanforderungen an die OeNB-Mitarbeiter.

Vertrauen durch Wissenstransfer: Aktive Wissensvermittlung soll das Verständnis der Bevölkerung über die Funktionen und Aufgaben der OeNB fördern.

Effizienz durch moderne Unternehmensführung: Die ständige Optimierung der Geschäftsprozesse führt zu Verbesserungen im operativen Geschäft. Auch das Risikomanagement wird gezielt weiterentwickelt.

Interdisziplinarität durch Internationalität und Kooperation: Für die Erfüllung des Stabilitätsauftrags der OeNB sowie des Eurosystems ist die nationale und internationale Vernetzung der OeNB-Fachbereiche unverzichtbar.

Neue Investitionen in wissensbasiertes Kapital

Das wissensbasierte Kapital der OeNB ist von entscheidender Bedeutung, wenn es um den Erhalt der Leistungsfähigkeit der Institution geht. Nur durch laufende Investitionen in diesem Bereich können die Aufgaben qualitativ hochwertig und effizient erfüllt werden.

Trotz zahlreicher Neuaufnahmen aufgrund gestiegener Anforderungen und neuer Aufgaben im Bereich der Finanzmarktaufsicht blieb der Personalstand mit 986,2 Mitarbeiterressourcen per Ende 2010 im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Da die Erfüllung dieser neuen Aufgaben hoch spezialisiertes Expertenwissen erfordert,

wurde der Akademikeranteil unter den Beschäftigten um weitere 2,7 Prozentpunkte auf insgesamt 47,2% erhöht. Dieser Wert unterstreicht die Wichtigkeit der Ressource Humankapital in einer Expertenorganisation wie der OeNB.

Unter der Schirmherrschaft von Gouverneur Ewald Nowotny hat sich die Plattform „Frauen auf Erfolgskurs“ zum Ziel gesetzt, Transparenz und damit Handlungsoptionen zur aktiven Förderung der Chancengleichheit zu schaffen. Die kontinuierliche Arbeit der Plattform über die letzten Jahre hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Chancengleichheit von Frauen und Männern als entscheidender Wettbewerbsfaktor gesehen wird, da nur so

Anteil der weiblichen Führungskräfte steigt

Bei konstanten Mitarbeiterressourcen steigt der Akademikeranteil weiter

Tabelle 2

Indikatoren zu den Investitionen in das wissensbasierte Kapital

Indikator	Einheit	Wert 2008	Wert 2009	Wert 2010	Strategische Zielrichtung
Mitarbeiterstruktur					
Personalstand (Jahresende)	Anzahl	968,2	984,1	986,2	↘
Fluktuationsrate	%	1,2	0,9	1,8	→
Akademikeranteil	%	41,3	44,5	47,2	↗
Gender-Management					
Verteilung Frauen : Männer – Mitarbeiter	%	39 : 61	39 : 61	40 : 60	↗
Verteilung Frauen : Männer – Fachkarriere	%	32 : 68	33 : 67	33 : 67	↗
Verteilung Frauen : Männer – Führung	%	18 : 82	18 : 82	20 : 80	↗
Flexible Arbeitszeitformen					
Teilzeitmitarbeiter	%	7,8	8,6	9,4	→
Teleworking-Mitarbeiter	%	4,2	5,0	5,7	→
Sabbaticals	Anzahl	7	5	6	→
Wissenserwerb					
Aus- und Weiterbildungstage (Durchschnitt pro Jahr)	Tage	4,2	3,2	3,1	↗
Aus- und Weiterbildungsquote	%	64,5	55,1	57,3	↗
Aus- und Weiterbildungsaufwendungen pro Mitarbeiter	EUR	2.280	1.940	1.906	→
Mitarbeiter, die ein Development-Center absolviert haben	Anzahl	24	24	12	→
Interne Jobrotations	Anzahl	37	19	33	↗
Arbeitsaufenthalte bei nationalen und internationalen Organisationen (externe Jobrotations)	Anzahl	37	32	37	→
Fachhochschulpraktikanten	Anzahl	30	31	41	→

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Neben den aktuellen Werten werden auch die Vergleichswerte der beiden Vorjahre angezeigt. Bei jenen Indikatoren, bei denen die OeNB Steuerungsmaßnahmen zur Erreichung der Wissensziele setzt, werden mittelfristig anzustrebende Entwicklungsziele in Form von Pfeilen angegeben. Diese strategischen Pfeile stimmen per Definition nicht notwendigerweise mit der tatsächlichen Entwicklung überein.

alle Potenziale im Unternehmen optimal genutzt werden können. Die Kennzahlen in diesem Bereich zeigen auch schon erste Erfolge. So konnte im Betrachtungszeitraum der letzten drei Jahre der Anteil von Frauen in der Führungskarriere um 2 Prozentpunkte gesteigert werden.

Für die OeNB ist die laufende Qualifizierung ihrer Mitarbeiter von entscheidender Bedeutung. Die Aus- und Weiterbildungsquote, die aufgrund der besonderen Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 rückläufig war, hat sich wieder erholt und lag 2010 bei 57,3%. Die Zahl der durchschnittlichen Weiterbildungstage blieb mit 3,1 Tagen pro Jahr weitgehend stabil. Auch die Werte im Bereich der Mobilität stiegen bereits wieder. Im Jahr 2010 absolvierten insgesamt 70 Mitarbeiter eine Jobrotation innerhalb der OeNB bzw. im nationalen und internationalen Umfeld der Notenbank. Eine besondere fachspezifische Ausbildungsinitiative stellt die gemeinsame Aufsichtsakademie der OeNB und FMA dar. Der Lehrgang für Finanzmarktaufseher gewährleistet eine einheitliche und umfassende Grundlagenausbildung im Bereich der Finanzmarktaufsicht und bietet vor allem neu eingetretenen Mitarbeitern die Möglichkeit, umfassendes Basiswissen über alle Aufsichtsbereiche aufzubauen. Im Jahr 2010 starteten bereits zwei Lehrgänge mit fast 50 Teilnehmern aus der OeNB.

Kostenoptimierte Geschäftsprozesse und Strukturen ermöglichen optimalen Output

Die OeNB strebt größtmögliche Effizienz in ihren Prozessen unter Beibehaltung des erforderlichen Qualitätsniveaus an. Aus diesem Grund wurden umfassende Aktivitäten zur Steigerung der Effizienz gesetzt und das 2009 ge-

startete Kostensenkungsprogramm fortgesetzt. Der Fokus liegt dabei auf der bereichsübergreifenden Optimierung von Geschäfts- und Supportprozessen und auf der Schaffung zusätzlicher Synergieeffekte.

Weitere Erhöhung der IT-Sicherheitsstandards im Rahmen des IT-Qualitätsmanagementsystems

Im Dezember 2010 wurde der IT-Bereich der OeNB nach dem international anerkannten ISO-27001-Standard durch externe Auditoren zertifiziert. Die Norm ISO/IEC 27001 definiert die Anforderungen an ein Informationssicherheits-Managementssystem. Dieses hat zum Ziel, die auf Informationen wirkenden Risiken kontrollier- und steuerbar zu machen, indem geeignete Sicherheitsmechanismen zum Schutz von Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit sämtlicher Werte in den Wertschöpfungsketten erstellt, gemessen und stetig verbessert werden. Das bereits seit 2001 bestehende Qualitätsmanagementsystem des IT-Bereichs wurde ebenfalls im Dezember nach der aktuellen Normenrevision ISO-9001:2008 erfolgreich rezertifiziert. Dabei konnten durch die Einbettung der IT-Sicherheit in die bestehenden Managementprozesse und durch kombinierte Audits erhebliche Synergiepotenziale genutzt werden. Weiters wurden im Jahr 2010 die Zutritts- und die Zugriffssicherheit am IT-Arbeitsplatz durch ein neues Sicherheitssystem erhöht und die damit verbundenen Prozesse optimiert.

Konzept für die Reform des Statistikbereichs

Im Jahr 2010 wurde die Basis für eine organisatorische und technische Reform des Statistikbereichs in der OeNB mit dem Projekt „Statistik und Analyse – Reorganisation und IT-Systeme“

Aufsichtsakademie – eine umfassende Grundlagenausbildung

Zertifizierung des IT-Bereichs nach der Norm ISO/IEC 27001

Wichtiger Reformschritt im Bereich Statistik gestartet

(START) geschaffen. Im Rahmen des fünfjährigen Umsetzungsprojekts werden die Strukturen und Prozesse im Bereich der Statistik auf zukünftige Anforderungen ausgerichtet, die damit verbundenen IT-Anwendungen auf eine zukunftssichere Infrastruktur umgestellt und ein wesentlicher Beitrag zum Kostensenkungsprogramm der OeNB geleistet. Die damit eingeleitete Neugestaltung des Statistikbereichs umfasst das gesamte statistische Meldewesen und die damit verbundene Datenaufbereitung, die Auswertesysteme sowie die Produktion und Publikation von Statistiken.

Modernisierung der Facility-Management-Systemlandschaft

Das Facility Management der OeNB wurde im Rahmen eines mehrjährigen Projekts auf eine neue IT-Architektur umgestellt und 2010 in den Echtbetrieb übernommen. Durch Optimierung der Prozesse und Standardisierung der damit verbundenen IT-Anwendungen konnten die betriebswirtschaftliche Effizienz, die Betriebssicherheit der Gebäudewirtschaftung und das Management der Infrastruktur verbessert werden.

Mitwirkung der OeNB an ESZB-Gemeinschaftsprojekten

Die OeNB unterstützt die ESZB-weite Zusammenarbeit der Zentralbanken

Tabelle 3

Indikatoren zu den wissensbasierten Prozessen

Indikator	Einheit	Wert 2008	Wert 2009	Wert 2010	Strategische Zielrichtung
Managementstruktur und Prozesse					
Leitungsspanne	Anzahl	6,8	7,0	7,3	→
Produktmanager	Anzahl	73	70	72	→
Prozessmanager	Anzahl	38	35	33	→
Technische Infrastruktur					
IT-Services für das ESZB/Eurosystem	Anzahl	2	3	4	↗
IT-Applikationen	Anzahl	206	210	214	→
Interne IT-Helpdesk-Anfragen	Anzahl	24.192	23.795	21.252	↘
Interne IT-Service-Level-Agreements	Anzahl	55	57	59	→
Durchschnittliche Zugriffe auf das Intranet pro Tag	Anzahl	4.426	3.760	3.812	↗
Effiziente Prozessabläufe					
Qualitätsauditoren	Anzahl	13	13	13	→
Zertifizierte Geschäftsbereiche	Anzahl	12	10	10	→
Einträge in der OeNB-Terminologiedatenbank	Anzahl	20.170	20.370	20.630	↗
Automatisierungsgrad des Einkaufs	%	49,0	43,0	46,0	↗
Verarbeitete statistische Daten zur Aufsichts- und Monetärstatistik	Anzahl in Mio	23,1	26,5	28,3	→
Rechtzeitige Datenpublikation zur Aufsichts- und Monetärstatistik	%	97,0	92,0	97,0	→
Reklamationsfreie Zahlungsverkehrstransaktionen	%	99,9	99,8	99,8	→
Innovationen					
Mitarbeiterkapazitäten für Veränderungsprojekte	%	6,0	4,4	5,5	→
Eingereichte Verbesserungsvorschläge	Anzahl	92	57	60	→
Dezentrale Struktur					
Repräsentanzen und Zweiganstalten	Anzahl	7	6	6	↘
Beteiligungen im Zahlungsmittelbereich	Anzahl	–	5	5	→

Anmerkung: „–“ steht für „nicht erhoben“.

Quelle: OeNB.

mit dem Ziel der weiteren Realisierung von Synergien. Dies erfolgt einerseits durch Mitwirkung im „Eurosystem IT Steering Committee“ (EISC) und im „Information Technology Committee“ (ITC) des ESZB, andererseits durch die punktuelle Mitarbeit bei Gemeinschaftsprojekten des ESZB (z. B. ESZB-Telekonferenzsystem, Tender Operations, Bilateral Interventions, Counterfeit Monitoring System) sowie in bilateralen Kooperationen (z. B. eTender, Common Credit Assessment System). Im Zuge dieser europäischen Kooperationen werden in Teilbereichen OeNB-interne IT-Anwendungen schrittweise durch neue ESZB-weit eingesetzte Systeme ersetzt.

Kostenreduktion durch optimierten Einkauf

Zur Steigerung der Prozess-Effizienz ist ein E-Procurement-System im Einsatz, über das alle Bestellanforderungen der Fachabteilungen zentral einlangen und alle Bestellungen IT-unterstützt abgewickelt werden. Die Einkaufspolitik der OeNB orientiert sich an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, der Effizienz und des Umweltschutzes und unterliegt dem Bundesvergabegesetz, sodass bei Beschaffungen ab einem Schwellenwert von 100.000 EUR öffentliche Ausschreibungen durchzuführen sind. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 25 Ausschreibungen abgewickelt. Die intensive Zusammenarbeit mit dem European Procurement Coordination Office (EPCO) ermöglicht es durch gebündelte Einkäufe auf Zentralbankenebene weitere Kosteneinsparungen zu erzielen.

Nachhaltiger Wissensaufbau, -austausch und -transfer zur optimalen Leistungserfüllung

Volkswirtschaftliche Analysen stark nachgefragt

Die Analysen und Studien der OeNB deckten sowohl geld- und finanzmarktpolitische als auch aus geldpolitischer Sicht relevante realwirtschaftliche Fragestellungen ab, wobei besondere Analyseschwerpunkte bei der Krisenbewältigung, der Gewährleistung von Preis- und Finanzmarktstabilität sowie der Wirtschaftslage in Zentral-, Ost- und Südosteuropa lagen. Zudem beteiligte sich die OeNB 2010 an zwei ESZB-Forschungsnetzwerken (Household Finance and Consumption Network, Macro-Prudential Research Network). Im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit Zentralbanken aus sieben südosteuropäischen Ländern wurde die historische Aufarbeitung der Geldpolitik in der österreichisch-ungarischen Monarchie im Zeitraum 1860 bis 1918 fortgesetzt.

Im Jahr 2010 veröffentlichten die OeNB-Mitarbeiter 172 Fachartikel. Ein Großteil davon erschien in den ökonomisch ausgerichteten Periodika der OeNB. Neben den Printausgaben diente vor allem die OeNB-Website als primäre Kommunikationsschiene für den Wissenstransfer, wobei beachtliche Zugriffszahlen erreicht wurden. Unterstützt wurde die Wissensverbreitung durch die Online-Publikation „Research Update“, die sich als Informationsplattform vor allem an die wirtschaftspolitisch und wissenschaftlich interessierte Zielgruppe richtet. Konferenzen, Workshops, Fachtagungen und eine Summer School dienten als Foren für den laufenden Wissensaustausch mit nationalen und internationalen Experten.

Das gesamte Publikations- und Dienstleistungsportfolio sowie eine

Breites
Publikationsangebot
unter www.oenb.at

Reihe von in der OeNB entwickelten Analyse- und Prognoseinstrumenten (z. B. ökonomisches Makroprognosemodell, Konjunktur- und Exportvorlaufindikatoren) weisen die OeNB als volkswirtschaftliches Kompetenzzentrum aus. Die volkswirtschaftlichen Analysen der OeNB leisten notwendige Grundlagen für die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats und wirken als Informationsschnittstelle zwischen der Geldpolitik des Eurosystems und der österreichischen Wirtschaftspolitik und Öffentlichkeit.

**Technische Zentralbankkooperation:
Wissen teilen – Wissen vermehren**

2010 trat ein neues Memorandum of Understanding zwischen BMF, IWF und OeNB über den Fortbestand des 1992 gegründeten Joint Vienna Institute (JVI) in Kraft. Dieses Übereinkommen schafft zugleich die Basis für eine Erhöhung des Kursangebots um bis zu 40%. Die Zahl der Kursteilnehmer am JVI stieg von 1495 im Vorjahr auf 1937 im Jahr 2010. Es fanden insgesamt 108 Kurswochen statt, wovon 10 Wochen von diversen Abteilungen der OeNB angeboten bzw. maßgeblich mitgestaltet wurden.

JVI-Kurse richten sich vorrangig an Experten aus der öffentlichen Verwaltung und aus Zentralbanken aus Zentral-, Ost- und Südosteuropa sowie der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Der thematische Schwerpunkt liegt auf praxisorientierten Makroökonomie- und Finanzkursen. Das JVI reagierte rasch und gezielt auf die Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Kurse mit Krisenbezug im engeren oder weiteren Sinn machen über 50% des Kursangebots am JVI aus.

Darüber hinaus teilen OeNB-Experten ihr Wissen und ihre Erfahrung im Rahmen multilateraler Technical-

Assistance-Programme. Diese werden aus EU-Mitteln finanziert und von der EZB koordiniert. So berät die OeNB gemeinsam mit Partnern aus dem ESZB die Russische Zentralbank bei der Umsetzung des Basel-II-Regelwerks und unterstützt die Zentralbanken in Bosnien-Herzegowina und in Serbien dabei, Schlüsselbereiche der Notenbank auf EU-Standard weiterzuentwickeln. Auch an einem regionalen Programm für EU-Beitrittskandidaten und potenzielle EU-Kandidaten zum Thema Bankenaufsicht ist die OeNB aktiv beteiligt.

**Verstärkter Informationsaustausch
im Bereich der Finanzmarktstabilität
und Bankenaufsicht**

Die neuen Anforderungen im Gefolge der Finanzkrise setzten nochmals neue Maßstäbe in Bezug auf die Dringlichkeit einer stärkeren Vernetzung der Experten und deren Wissen im Bankenaufsichts- und Finanzmarktstabilitätsbereich. Die Experten der OeNB haben daher mehrere interne Plattformen geschaffen und ausgebaut. Melde- und Marktdaten werden in einem Factsheet zusammengeführt und ermöglichen einen schnelleren und standardisierten Überblick über die Risikoentwicklungen der Finanzmarktteilnehmer. Aufgrund der Exponierung des österreichischen Finanzsystems gegenüber CESEE werden auch Factsheets über einzelne Länder dieser Region erstellt. Neu ins Leben gerufene Abteilungs-Newsletter, Briefings und Diskussionsforen gewährleisten den raschen Kommunikationsfluss und den Know-how-Transfer zwischen Management und Mitarbeitern aus den verschiedensten Bereichen.

Ein effizienter Wissenstransfer ist insbesondere bei den sogenannten Stresstests (siehe Kapitel über Finanzmarktstabilität) von großer Bedeutung. Innerhalb der OeNB ist neben der

Neue Kurse mit
Krisenbezug am Joint
Vienna Institute

Ausbau interner
Plattformen zum
raschen und effizienten
Wissenstransfer

OeNB unterstützt
multilaterale EU-
Programme

Hauptabteilung für Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung (Berechnungen und Diskussion der Ergebnisse mit den Banken) auch jene für Volkswirtschaft (Szenarienerstellung) in die Stresstests eingebunden. Eine effiziente Koordination der beteiligten Abteilungen wird durch das sogenannte Stresstest-Cockpit sichergestellt, an dem auch die FMA teilnimmt. In diesem Gremium werden der Prozessablauf, die makroökonomischen Szenarien, die Ergebnisse sowie allfällige daraus zu folgernden Handlungsoptionen diskutiert.

Breite Akzeptanz der Statistik-Hotline

In ihrer Funktion als Kompetenzzentrum für Finanzstatistik veröffentlicht die OeNB sowohl aufgrund anhaltend hohen Kundeninteresses als auch auf Grundlage internationaler Verpflichtungen die von ihr produzierten Daten. Das Internet ist dabei der wichtigste Vertriebskanal. So steuert ein Drittel der Nutzer der OeNB-Website den Statistikbereich an. Rund die Hälfte der Abonnenten für elektronische Newsletter interessiert sich für den Statistik-Bereich. Die OeNB veröffentlicht jährlich mehr als 50 statistische Pressemitteilungen. Sechs Pressekonferenzen im Berichtsjahr gaben die Möglichkeit statistische Ergebnisse und zugrunde liegende Konzepte zu erläutern. Die OeNB-Statistik-Hotline nahm 2010 1.744 Anrufe und E-Mail-Anfragen entgegen.

OeNB-Bargeldschulungen

Das Thema „Wie erkenne ich echte Euro-Banknoten?“ wird von der OeNB auf unterschiedlichsten Kanälen transportiert. Dazu zählt das Internet ebenso wie Medienkooperationen, Messepräsenz und der Euro-Bus. Die OeNB bietet jeder Zielgruppe, vom Volksschulkind (Euro-Kids-Tour) bis hin zum pro-

fessionellen Bargeldakteur, ein auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestelltes Informationspaket an. Als besonderes Service werden für Interessierte in allen neun Bundesländern kostenlose Bargeldschulungen unter dem Titel „Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten: FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN“ angeboten. Jede Euro-Fälschung kann ohne technische Hilfsmittel durch dieses einfache Prüfprinzip erkannt werden. Besonderes Augenmerk liegt bei diesen Schulungen auf Kassierpersonal in Banken und Handel. 2010 nutzten insgesamt 10.894 Personen sämtlicher Zielgruppen dieses Angebot. Die bei der Euro-Tour 2010 zusätzlich gestartete Informationsoffensive über das OeNB-Schulungsangebot erreichte über 5.000 Handelsangestellte.

Internationale und nationale Kooperation

Die OeNB ist derzeit in 254 internationalen Gremien vertreten. Das bedeutet, dass die OeNB zusätzlich zu ihren Aufgaben im ESZB/Eurosystem (die OeNB ist in 146 ESZB-/Eurosystem-Gremien vertreten) auch österreichische Interessen in 108 EU-, OECD-, IWF- und weiteren internationalen Gremien wahrnimmt. Ein wichtiger Aspekt der internationalen Zusammenarbeit liegt auch in der Organisation von und der Teilnahme an Konferenzen, Seminaren und Workshops. Einige dieser Treffen werden bereits seit einigen Jahren durchgeführt, wie etwa das „Nachbarschaftstreffen“ (mit den Zentralbankgouverneuren von Österreich, Slowenien, Slowakei, Ungarn, der Tschechischen Republik und seit 2009 auch von Polen), das 2010 zum sechsten Mal stattfand. Ein weiteres Beispiel dieser positiven Zusammenarbeit ist der bereits zum fünften Mal abgehaltene informelle Dialog zwischen kroatischer Notenbank und OeNB.

Statistik-Hotline
erfolgreich

OeNB in zahlreichen
nationalen und
internationalen Gremien
vertreten

Fühlen-Sehen-Kippen

Konferenzen und
Tagungen

Da die OeNB in das wirtschaftspolitische Gefüge Österreichs eingebunden ist, nimmt sie an den Sitzungen zur interministeriellen Koordination von EU-Angelegenheiten teil und wird auch konsultiert. Dieser Informationsaustausch auf nationaler Ebene ist von großer Bedeutung, da der Gouverneur der OeNB gemeinsam mit anderen EU-Zentralbankgouverneuren an den informellen Treffen der EU-Finanzminister, und der Vizegouverneur an den Treffen des Wirtschafts- und Finanzausschusses teilnimmt. Die OeNB ist auch Mitglied in zahlreichen anderen Gremien, darunter innerösterreichische Gremien betreffend Zahlungsverkehr, Bargeld und Fälschungen, und Gremien der Statistik Austria.

**Breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit
in herausfordernden Zeiten**

Im Jahr 2010 reagierte die OeNB auf eine nach wie vor sehr schwierige Situation in der Geldpolitik und auf den Finanzmärkten mit verstärkter, breit angelegter Informationsarbeit. In 130 Presseaussendungen wurden aktuelle Einschätzungen, Daten und Prognosen zur österreichischen Wirtschaftsentwicklung und zur Situation im Finanzsektor allgemein und bei Banken im Speziellen kommuniziert. In 25 Pressekonferenzen hatten Journalisten Gelegenheit, sich von Experten der OeNB informieren zu lassen.

Die Anfragen im Call-Center der OeNB stiegen im Jahr 2010 um 15 % auf 34.368, wobei, wie schon in den Vorjahren, die Bevölkerung sich eher telefonisch als per E-Mail informierte. Vorrangige Themen waren die wirtschaftliche Situation Griechenlands, die Inflationsgefahr im Zusammenhang mit den steigenden Rohstoffpreisen, die Euro-Bus-Tour, Fremdwährungskredite, Gold- und Silberpreise sowie die neuen Zahlungsverkehrsmodalitäten

(IBAN und BIC). Zusammen mit der Statistik-Hotline konnte die OeNB somit 36.112 Anfragen entgegennehmen. Die Website www.oenb.at verzeichnete im Durchschnitt 133.036 Seitenaufrufe pro Tag. Über die virtuelle Dialog-Plattform direktzurnationalbank.at, die von Pressestelle und Call-Center gemeinsam mit einer Partnerfirma betreut wird, wurden 2010 insgesamt 77 Antworten gegeben und damit pro Monat durchschnittlich 250 konkrete Anliegen adressiert.

Die OeNB stärkte 2010 ihre Rolle als anerkannter „Think Tank“ und Drehscheibe für Wissenstransfer. Knapp 12.000 internationale und nationale Tagungsteilnehmer diskutierten bei 216 Veranstaltungen an 243 Veranstaltungstagen der OeNB über geld- und wirtschaftspolitische Themen wie auch speziell über aktuelle Herausforderungen der Schuldenkrise. An den größten Konferenzen der OeNB, der Volkswirtschaftlichen Tagung im Frühjahr zum Thema „Notenbanken nach der Krise: Aufgaben, Strategien, Instrumentarien“ und der Conference on European Economic Integration im Herbst mit dem Titel „Catching-Up Strategies after the Crisis“ nahmen Vertreter aus insgesamt 32 Ländern teil.

Das Geldmuseum betreute in 491 Gruppen 16.060 Besucher in Führungen, Workshops und musealen Events wie KinderBusinessWeek, Kinderuniversität, Familientage und Ferienspielen sowie bei der Langen Nacht der Museen. An insgesamt 43 Messetagen beantworteten Mitarbeiter am OeNB-Messestand in den Städten Salzburg, St. Pölten, Wels, Dornbirn, Klagenfurt, Graz, Innsbruck und Wien rund 38.500 Standbesuchern Fragen zu den Aufgaben der OeNB und aktuellen Wirtschafts- und Finanzthemen.

Geldmuseum und
Messestände

Zahlreiche Anfragen bei
Call-Center und
Website der OeNB

Tabelle 4

Indikatoren zum wissensbasierten Output

Indikator	Einheit	Wert 2008	Wert 2009	Wert 2010	Strategische Zielrichtung
Kooperation und Vernetzung					
Nationale Gremien mit OeNB-Vertretern	Anzahl	103	103	107	→
Internationale Gremien mit OeNB-Vertretern (ESZB u.a.)	Anzahl	235	242	254	→
Technische Zentralbankkooperation	Tage	530	597	562	→
Informationsbesuche in der OeNB	Anzahl	97	102	95	→
Kursteilnehmer am Joint Vienna Institute (JVI)	Anzahl	1.366	1.495	1.937	→
Veranstaltungstage im Zuge von nationalen und internationalen Veranstaltungen der OeNB	Anzahl	260	259	240	→
Mitarbeiter mit externen Lehraufträgen	Anzahl	21	29	31	↗
Stipendien, die von der OeNB finanziert wurden	Anzahl	45	45	45	→
(Mit-)betreute Diplomarbeiten/Master-Theses/Dissertationen	Anzahl	36	23	32	→
Gehaltene Vorträge	Anzahl	729	748	718	→
Mitarbeiter, die einen Arbeitsaufenthalt (EWE) in der OeNB absolviert haben	Anzahl	10	12	3	→
Wissen rund ums Bargeld					
Besucher im Geldmuseum	Anzahl	15.738	16.251	16.060	→
Bargeldschulungen	Anzahl	417	390	367	↗
Teilnehmer an den Bargeldschulungen	Anzahl	7.283	9.521	10.894	↗
Teilnehmer an der Euro-Kids-Tour	Anzahl	4.119	10.653	10.851	→
Kommunikation und Information					
Auskünfte der OeNB-Hotlines (Call Center und Statistik Hotline)	Anzahl	38.829	29.837	36.112	↗
Seitenaufrufe auf der OeNB-Website (Durchschnitt pro Tag)	Anzahl	84.651	90.104	133.036	↗
Abonnenten der Newsletter	Anzahl	17.529	18.948	18.110	↗
Pressekonferenzen	Anzahl	26	22	25	→
Presseaussendungen	Anzahl	158	152	130	→
Erstellte Wirtschaftsförderungsgutachten ¹	Anzahl	456	983	1711	→
Forschungskooperationen mit externen Partnern	Anzahl	46	70	83	→
Publikationen					
OeNB-Publikationen	Anzahl	68	70	75	→
Fachartikel von OeNB-Mitarbeitern	Anzahl	178	184	172	→
Wissenschaftliche und referierte Artikel von OeNB-Mitarbeitern	Anzahl	88	99	74	→
Vertrauen und Image					
Vertrauensindex im 4. Quartal 2010	%	67,0	65,0	65,0	↗
Imageindex im 4. Quartal 2010 (erfolgreich, wenn Wert zwischen 5,50 und 10,00)	Wertebereich	7,1	7,1	7,1	↗

Quelle: OeNB.

¹ Der Anstieg der Wirtschaftsförderungsgutachten im Jahr 2010 ist auf eine Zunahme bei den ERP-Kleinkreditanträgen zurückzuführen, da es zu einer betragsmäßigen Ausweitung der anrechenbaren Investitionen von 30.000 Euro auf 100.000 Euro gekommen ist.

Auf der neunten Euro-Tour wechselten die Österreicher insgesamt 39,4 Mio ATS in Euro. Außerdem nutzten bei den 70 Stationen über 26.400 Besucher den Bus als Informationsstelle. Die Bildungsinitiative „Euro-Kids-Tour“ konnte auf 65 Volksschulen und somit 10.851 Volksschulkinder in ganz

Österreich ausgedehnt werden. Rund 3.500 Schulen erhielten die von der OeNB für den Einsatz im Unterricht herausgegebene DVD mit dem Handbuch der OeNB „Jeder Euro ist hart verdient“, weiterführenden Themenblättern, ausführlichem Didaktikmaterial und Kurzfilmen. Zwischen Jänner

Eurobus und Euro-Kids-Tour

und Dezember 2010 erhielten insgesamt 2,4 Millionen Österreicher im Alter von 18 bis 59 Jahren (Nettoreichweite 94,1 %) in Form von Advertorials und über Kleinanzeigen in reichweitenstarken Printmedien Österreichs Informationen zu den Kernthemen Preisstabilität und Inflation, Bankenaufsicht und Finanzmarktstabilität, Euro-Bargeld und Euro-Bus sowie Gold und der Wert des Euro.

OeNB engagiert sich für Forschung, Wissenschaft und Kultur

Forschungsförderung

Der Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft hat seit seiner Gründung im Jahr 1966 über 9.200 Forschungsvorhaben mit rund 728 Mio EUR unterstützt. Es werden exzellente Grundlagenforschungsprojekte aus den Fachdisziplinen Wirtschaftswissenschaften und Medizinische Wissenschaften mit klinischem Bezug, aber auch Projekte aus den Sozial- und Geisteswissenschaften gefördert. Im Jahr 2010 wurde vom Generalrat die Förderung von 114 neuen Forschungsvorhaben in Höhe von rund 7,4 Mio EUR be-

willigt. Die Vergabe der finanziellen Mittel erfolgt nach einer fundierten Projektauswahl mittels eines Peer-Review-Verfahrens und unterliegt strengen Qualitätskriterien. Seit 2004 wurden überdies rund 421 Mio EUR der österreichischen Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftung) zur Verfügung gestellt.

Die Sammlung wertvoller alter Streichinstrumente umfasst 36 Instrumente, die im Wesentlichen von den bedeutendsten Vertretern des klassischen italienischen Geigenbaus stammen. Die Instrumente werden an österreichische Musiker verliehen und tragen so zu Österreichs gutem Ruf als Musikland bei. Die OeNB hat für ihre Sammlung der bildenden Kunst zwei dezidierte Schwerpunkte – Kunst der Zwischenkriegszeit und Kunst der Gegenwart. Im April 2010 brachte die OeNB im Brandstätter Verlag das Kunstbuch „Österreichische Kunst in Bildern und Gesprächen“ heraus, das die Künstler und die Kunstwerke aus der zeitgenössischen Sammlung der OeNB zeigt.

Umwelterklärung 2010 – OeNB als ökologisches Unternehmen

Aktualisierte Umwelterklärung gemäß EMAS-VO (EG) Nr. 1221/2009

Mit der Teilnahme am europäischen Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS-Verordnung) engagierte sich die OeNB bereits im Jahr 1999 nachhaltig im Umweltschutz. Im Jahr 2002 wurde die freiwillige Umsetzung der EMAS-Verordnung auf alle Standorte der OeNB in Österreich erweitert. Die OeNB dokumentiert damit, dass sie – über die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben hinaus – Anstrengungen zur Verbesserung der betrieblichen Umweltleistungen unternimmt. Im Mittelpunkt des Umweltmanagementsystems steht die Integration der umweltrele-

vanten Aktivitäten in Abläufe und Organisation der OeNB. Die erfolgreiche Vorreiterrolle der OeNB im Umweltschutz wurde vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft anlässlich der Verleihung des Umweltzeichens „Druckerzeugnisse“ an die Abteilung Web- und Druckservice im November 2010 hervorgehoben.

Das Umweltmanagement – klare Aufgaben und Kompetenzen

Der EMAS-Management-Vertreter der OeNB legt die Umweltpolitik der OeNB fest und stellt sicher, dass die in der EMAS-Verordnung festgelegten Verpflichtungen (Umweltgesetze, um-

Umweltmanagement eingebunden in Unternehmensorganisation

Kasten 5

Die Umweltpolitik der OeNB

Stabilität, Sicherheit und Vertrauen sind für die OeNB Leitwerte gesellschaftlicher Verantwortung und Ausdruck nachhaltig orientierter Unternehmensführung. Sie gelten gleichermaßen für das Kerngeschäft der OeNB wie für ihr Engagement für Mensch und Umwelt. Im Umweltschutz zählt die OeNB zu den Vorreitern unter den österreichischen Unternehmen und strebt stetig nach weiterer Verbesserung ihrer Umweltleistungen. Dabei orientiert sie sich über die Einhaltung aller Umweltvorschriften hinaus an den Prinzipien der EMAS-Verordnung.

Sorgsamer Umgang mit Ressourcen

Ziel ist es, negative Umweltauswirkungen unter Beachtung ökonomischer Grundsätze weitgehend zu minimieren. Unnötiger Ressourcen- und Energieverbrauch wird vermieden.

Ökologischer Einkauf

Beim Einkauf von Produkten und Dienstleistungen werden ökologische Kriterien berücksichtigt, insbesondere in Ausschreibungen. Bei den ausgewählten Produkten wird auch auf die stoffliche Zusammensetzung und den Lebenszyklus geachtet.

Umweltbewusstes Handeln der Mitarbeiter

Bei allen Mitarbeitern wird umweltbewusstes Denken und Handeln gefördert. Zur Erreichung und Aufrechterhaltung dieses Anspruchs stehen entsprechende Informations- und Weiterbildungsangebote zur Verfügung.

Forschung und Kooperation mit Partnern

Zur Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen kooperiert die OeNB mit Partnern und Akteuren der Zivilgesellschaft. Weiters setzt sie über den unmittelbaren Wirkungsbereich hinaus Impulse und engagiert sich für eine lebenswerte Umwelt. Dazu zählen auch Forschungsprojekte.

Informationspolitik

Die OeNB betreibt gegenüber der Öffentlichkeit eine offene und verantwortungsbewusste Informationspolitik.

Klimawandel

Die OeNB anerkennt die Risiken des Klimawandels als zentrale Herausforderung unserer Zeit. Daher strebt sie langfristig eine CO₂-Neutralität für alle Aktivitäten der OeNB an.

Ökologische Kennzahlen der OeNB

	Standort	2008	2009	2010	Einheit ¹	Richtwerte ²		
						+	~	-
Energie								
Stromverbrauch	Wien	7,46	7,65	7,86	MWh/MA	< 4,5	6	> 8
Fernwärmeverbrauch ³	Wien	52	52	60	kWh/m ²	< 110	130	> 150
Gesamtenergieverbrauch	Wien	10.417.500	10.360.270	11.101.696	kWh			
davon erneuerbar ⁴	Wien			7.067.666	kWh			
Wasser								
Wasserverbrauch	Wien	113	118	124	l/MA/Tag	< 60	100	> 120
Material- und Produktverbrauch								
Papierverbrauch, gesamt ⁵	Alle	119	128	53	kg/MA	< 100	200	> 500
Schreib-/Kopierpapierverbrauch	Alle	7.752	6.990	6.034	Blatt/MA	< 8.000	10.000	> 12.000
Recyclinganteil bei Kopierpapier	Alle	90	85	85	%	> 30%	20%	< 10%
Reinigungsmittelverbrauch ⁶	Wien	14	18	17	g/m ²	keine Angaben		
CO₂-Emissionen								
CO ₂ -Emissionen, gesamt ⁷	Alle	2,66	2,66	1,19	t/MA	< 2,8	4	> 4,5

Quelle: OeNB.

¹ MA=Mitarbeiter.² Quellen: Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e.V., Leitfaden der „Österreichischen Gesellschaft für Umweltschutz und Technik“.³ Anstieg des Wärmeverbrauchs auf Grund der höheren Anzahl der Heizgradtage im Jahr 2010.⁴ Seit 1.1.2010 zertifizierter Ökostrom; 2010 erstmals gemäß EMAS VO III erfasst und dargestellt.⁵ Der Papierverbrauch enthält die Einkaufszahlen und somit auch Lagerware. Gesamtverbrauch 2010: 59.062 kg.⁶ Gesamtverbrauch 2010: 1.144 kg.⁷ Betrieb und Dienstreisen; gesamt 2010: 1.336 Tonnen; Berechnungsgrundlage: CO₂-Umrechnungsfaktoren lt. Umweltbundesamt 2010. Einbezogen werden Energieverbrauch, Dienstreisen und Transporte.**Umstellung auf Ökostrom Anfang 2010**

weltbezogene Zielsetzungen, kontinuierlicher Verbesserungsprozess etc.) eingehalten werden. Die straffe und transparente Umweltorganisation in der OeNB (für Details siehe Nachhaltigkeitsbericht der OeNB 2009), die in die Unternehmensorganisation integriert ist, brachte in den vergangenen Jahren wichtige Erfolge in der Umsetzung der OeNB-Umweltpolitik. Dennoch gibt es auch im zweiten Jahrzehnt umweltbewussten Wirtschaftens nach EMAS in der OeNB weiteres Verbesserungspotenzial, das laufend in das Umweltprogramm übernommen und umgesetzt wird.

Umweltrelevante Kernindikatoren

Die Bemühungen der OeNB und die Implementierung zahlreicher Maßnahmen führten in den letzten Jahren zu einer deutlichen Verbesserung der um-

Einrichtung von Elektrotankstellen

weltrelevanten Kernindikatoren im Unternehmen.

OeNB bezieht Strom aus erneuerbaren Quellen

Seit 1. Jänner 2010 bezieht die OeNB zertifizierten Strom aus ausschließlich erneuerbaren Quellen (Wind, Sonne, Biomasse, Kleinwasserkraft). Damit einher geht eine mehr als 50-prozentige Reduktion des CO₂-Ausstoßes der OeNB – ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und somit zur Erreichung des österreichischen Kyoto-Ziels (Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2012 um 13% gegenüber dem Basisjahr 1990).

Transporte

Während sich die Anzahl der mit PKW zurückgelegten Dienstreisekilometer im Jahr 2010 weiter erhöhte, sank die Zahl der Flugkilometer. Neu in der OeNB

Tabelle 6

Transportleistungen

	2008	2009	2010
Flug-Dienstreisen, in km	2.840.988	3.068.390	2.888.620
PKW-Dienstreisen, in km	702.866	745.180	770.375
Bahn-Dienstreisen, in km	144.600	151.800	148.200
Diesel für Transporte, in Liter	20.153	18.478	18.786

Quelle: OeNB.

sind Elektrotankstellen für Elektrofahräder und -Scooter im Jahr 2010, die dazu ermutigen sollen, neben öffentlichen Verkehrsmitteln auch diese klimaschonenden Alternativen zu nutzen. Zudem werden auch diese Ladestationen mit Ökostrom versorgt.

Weniger Abfallaufkommen bei stark rückläufigem Papierverbrauch

Für den starken Rückgang beim Gesamtpapierverbrauch im Jahr 2010 –

von 128 auf 53 Kilogramm pro Mitarbeiter – war nicht nur der Lagerabbau 2009 verantwortlich, sondern auch ein optimierter (Digital-)Druck und eine geringere Zahl von gedruckten Publikationen. Zur Reduzierung des Kopierpapierverbrauchs trugen nicht zuletzt die Impulse aus dem Umweltteam und, ganz wesentlich, die Einführung des elektronischen Aktes bei. Auch beim Gesamtabfallaufkommen zeigt sich diese positive Entwicklung: Zwischen 2008 und 2010 ging das Volumen bei Altstoffen um 44 Tonnen zurück.

Verleihung des österreichischen Umweltzeichens an das OeNB-Web- und Druck-Service

Das Web- und Druckservice der OeNB wurde 2010 mit dem Österreichischen Umweltzeichen „Druckerzeugnisse“ ausgezeichnet und trägt nun nach der EMAS- und ISO 14001-Auszeichnung ein weiteres Umweltsiegel. Umweltfreundliche Abläufe in der Produktion, Ressourcenschonung und Abfallvermeidung, gepaart mit hohem Qualitätsanspruch gemäß ISO 9001, haben somit Priorität.

Umweltzeichen
Druckerzeugnisse

Tabelle 7

Abfallaufkommen

	2008	2009	2010
	in kg		
Nicht gefährliche Abfälle	53.360	52.810	54.645
Gefährliche Abfälle	7.590	1.710	1.927
Altstoffe ¹	150.700	123.780	107.163
Insgesamt	211.650	178.300	163.735
Anteil pro Mitarbeiter	228	198	182

Quelle: OeNB.

¹ Der 2008 erhöhte Altpapieranteil wurde durch die Umstellung des OeNB-Logos verursacht.

Umwelleistungen im Jahr 2010 und Umweltprogramm 2011

Tabelle 8

	Verantwortlich	Termin	Status
Weitere Ökologisierung der Beschaffung			
Zertifizierter Ökostrom	Fachabteilung	2010	Umgesetzt
Einführung des „Österreichischen Umweltzeichens für schadstoffarme Druckerzeugnisse“ in der Hausdruckerei	Fachabteilung, Umweltteam	2010	Umgesetzt
Relaunch eProcurement – Überarbeitung der Kennzeichnung ökologischer Artikel im Einkaufskatalog mit dem Ziel, vermehrt ökologische Alternativen anzubieten (Steigerung um 10 %) und Darstellung ökologischer Varianten	Fachabteilung, Umweltteam	2011	In Vorbereitung
Beteiligung an Ausschreibung unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien für Drucker	Fachabteilung	2011	In Vorbereitung
Einkauf von Fairtrade-Kaffee	Umweltteam	2011	In Vorbereitung
Sorgsamer Umgang mit Ressourcen			
Projekt „Publikationen in der OeNB“ zur Einsparung von Druck und Papier	Organisationsabteilung	2011	In Umsetzung
LED-Sicherheitsbeleuchtung OeNB I und Bürogebäude Nord	Fachabteilung	2010	Umgesetzt
Weiterer Testeinsatz von LED	Fachabteilung	2011	In Vorbereitung
Elektrotankstellen für E-Fahrräder und E-Scooter	Fachabteilung, Umweltteam	2011	In Umsetzung
Vermeidung von Kunststoff, Einführung von Stofftaschen	Organisationsabteilung	2011	In Umsetzung
Umsetzung des Facility-Management-Systems FM2 (Verwendung von Basisdaten für Input/Output-Bilanz)	Fachabteilung	2010	Umgesetzt
Mehr Ökologie beim Mittagstisch: Wiener Wasser, regionale, saisonale und biologische Lebensmittel	Fachabteilung, Umweltteam	2011	In Vorbereitung
Stärkung des Umweltbewusstseins/Schulungen			
Relaunch Öko-Datenbank fördert Akzeptanz und unterstützt bei internen Audits	Umweltteam	2010	Umgesetzt
Autofreier Tag: Motivierung der Mitarbeiter, vermehrt öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen	Umweltteam	2011 2010	In Vorbereitung Umgesetzt
Tag der Sonne: Information über Nutzung alternativer Energie	Umweltteam	2011 2010	In Vorbereitung Umgesetzt
Kampagne zur Nutzung der Citybikes (Terminal am Otto-Wagner-Platz)	Umweltteam	2011	In Vorbereitung
Effizienter Umgang mit der neuen Klimaanlage	Umweltteam	2011	In Vorbereitung
Monatliche Filmvorführung im Umweltkino	Umweltteam	2011	In Umsetzung
Verleihung eines Umweltpreises an OeNB-Mitarbeiter	Umweltteam	2011	In Vorbereitung
Verringerung der Emissionen			
Mobilitätskonzept, Verkehrsmittel-Studie für Dienstreisen	Umweltteam	2011	In Umsetzung
Erweiterung der konzernweiten Umweltaktivitäten			
Durchführung von Umwelt-Audits bei Lieferanten, insbesondere Tochtergesellschaften	Umweltteam	2011	In Vorbereitung
Entwicklung eines Green IT-Konzepts			
Lebenszyklus-Betrachtung des Energie- und Ressourcenverbrauchs der IT-Geräte (Server, PCs, Drucker etc.)	Fachabteilung, Umweltteam	2011	In Umsetzung
Informationsveranstaltung zum Thema Green IT und Lebenszyklusdenken (ECO Design)	Umweltteam	2011	In Vorbereitung
Abfall, Reinigung			
Schaffung einer Entsorgungsmöglichkeit für Aludosen und Initiative zur Minimierung des Kaufs von Alu-Dosen	Fachabteilung, Umweltteam	2011	In Vorbereitung
Verwendung von Papierhandtüchern und Flüssigseife, die ein Umweltsiegel führen	Fachabteilung, Umweltteam	2010	Umgesetzt

Quelle: OeNB.

Gültigkeitserklärung und Prüfbescheinigung



Der hier vorliegende Nachhaltigkeitsbericht
(bestehend aus Geschäftsbericht, Wissensbilanz und Umwelterklärung) der

Oesterreichischen Nationalbank

wurde – im Rahmen einer Begutachtung nach der EMAS-VO – von der

Quality Austria Trainings, Zertifizierungs und Begutachtungs GmbH
Gonzagasse 1/24, 1010 Wien, Österreich
AT-V-004

als unabhängiger Gutachterorganisation geprüft.

Der leitende Gutachter bestätigt hiermit, dass die Umweltpolitik, das Umweltprogramm, das Umweltmanagementsystem, die Umweltprüfung, das Umweltbetriebsprüfungsverfahren und der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht des Unternehmens mit der EMAS-Verordnung (EG) Nr.1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Nov 2009 (EMAS-VO) übereinstimmen, und erklärt die relevanten Inhalte für die Umwelterklärung nach Anhang IV Abschnitt B, Buchstaben e bis h für gültig.

Weiters bestätigt Quality Austria, dass der Bericht nach den Vorgaben der Sustainability Reporting Guidelines 2006 G3 der Global Reporting Initiative (GRI) aufgebaut ist, die Inhalte und Daten den in der Organisation eingesehenen Aufzeichnungen entsprechen und die Angaben im GRI-Index, der auf www.oenb.at nachzulesen ist, richtig sind, sodass die Selbsteinstufung in die Anwendungsebene B+ bestätigt werden kann.

Wien, im März 2011

Konrad Scheiber
Geschäftsführer,
Quality Austria

Mag. Martin Nohava
Leitender Gutachter

Dr. Martina Göd
Gutachterin

Die nächste vereinfachte Umwelterklärung wird im Mai 2012 in Form eines Nachhaltigkeitsberichtes publiziert.

Jahresabschluss 2010 der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva

	31. Dezember 2010 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2009 <i>in EUR</i>
1 Gold und Goldforderungen	9.500.984.325,08	6.898.736.647,07
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	7.147.181.526,36	5.597.138.934,05
2.1 Forderungen an den IWF	2.565.869.545,47	2.321.992.381,43
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	4.581.311.980,89	3.275.146.552,62
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	85.232.100,26	173.386.148,88
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	2.685.388.020,60	1.596.334.701,39
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	2.685.388.020,60	1.596.334.701,39
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	–	–
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	8.182.000.000,00	20.236.000.000,00
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	4.209.000.000,00	1.680.000.000,00
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	3.488.000.000,00	18.556.000.000,00
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	485.000.000,00	–
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazitat	–	–
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	–	–
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	130.401,68	193.213,60
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	16.402.575.451,87	10.011.997.205,51
7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	3.824.829.285,49	677.549.594,57
7.2 Sonstige Wertpapiere	12.577.746.166,38	9.334.447.610,94
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	420.210.892,83	427.397.446,51
9 Intra-Eurosystem-Forderungen	26.182.352.341,38	18.145.821.159,71
9.1 Beteiligung an der EZB	144.216.254,37	111.854.587,70
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.118.545.877,01	1.118.545.877,01
9.3 Forderungen aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	24.919.590.210,00	16.915.420.695,00
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–
10 Schwebende Verrechnungen	73.339.279,86	105.810.483,44
11 Sonstige Aktiva	9.087.050.911,43	8.421.390.913,05
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	123.046.277,19	112.089.846,90
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	145.711.556,04	141.920.475,65
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.124.127.740,87	6.529.189.779,49
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	464.005,41	2.106.511,80
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	636.028.696,57	584.573.890,83
11.6 Sonstiges	1.057.672.635,35	1.051.510.408,38
	79.766.445.251,35	71.614.206.853,21

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2010 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2009 <i>in EUR</i>
1 Banknotenumlauf	21.492.172.690,00	20.640.089.545,00
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	11.699.088.739,55	15.512.640.647,83
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	6.765.823.739,55	6.041.731.647,83
2.2 Einlagefazilität	4.878.265.000,00	9.470.909.000,00
2.3 Termineinlagen	55.000.000,00	–
2.4 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	–	–
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹	×	×
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	68.985.378,87	65.481.129,17
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	68.059.773,02	61.750.651,79
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	925.605,85	3.730.477,38
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	5.233.551,11	6.570.964,83
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	77.075,21	76.106,14
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	–	–
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	–	–
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	–	–
9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	2.009.262.394,16	1.890.151.263,64
10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	27.496.473.298,67	19.583.869.233,17
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹	×	×
10.2 Verbindlichkeiten aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	–	–
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	–	–
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	27.496.473.298,67	19.583.869.233,17
11 Schwebende Verrechnungen	1.405.749,77	25.326.500,57
12 Sonstige Passiva	417.492.422,39	440.245.562,77
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	39.335,88	56.134,97
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	28.209.767,30	26.358.438,50
12.3 Sonstiges	389.243.319,21	413.830.989,30
13 Rückstellungen	3.697.957.813,72	3.522.982.866,49
14 Ausgleichsposten aus Neubewertung	8.690.216.953,54	5.756.732.330,54
15 Kapital und Rücklagen	4.166.250.053,83	4.148.605.121,92
15.1 Kapital	12.000.000,00	12.000.000,00
15.2 Rücklagen	4.154.250.053,83	4.136.605.121,92
16 Bilanzgewinn	21.829.130,53	21.435.581,14
	79.766.445.251,35	71.614.206.853,21

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2010

	Geschäftsjahr 2010 <i>in EUR</i>	Geschäftsjahr 2009 <i>in EUR</i>
1.1 Zinserträge	1.219.511.155,02	1.177.859.436,16
1.2 Zinsaufwendungen	-500.914.148,30	-551.958.570,23
1 Nettozinsergebnis	718.597.006,72	625.900.865,93
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	97.222.709,52	360.938.334,59
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	-73.348.314,03	-34.387.572,03
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs-, Zins-, Kredit- und Goldpreisrisiken	-300.000.000,00	-549.894.072,50
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-276.125.604,51	-223.343.309,94
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	5.192.244,95	5.812.449,66
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	-4.287.978,51	-4.997.524,43
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	904.266,44	814.925,23
4 Erträge aus Beteiligungen	74.652.953,05	67.240.381,56
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	22.833.435,73	74.578.618,09
6 Sonstige Erträge	22.795.313,44	16.077.283,23
Nettoerträge insgesamt	563.657.370,87	561.268.764,10
7 Personalaufwendungen	-119.512.248,77	-119.261.650,29
8 Aufwendungen für Altersvorsorgen	-38.129.106,64	-4.088.741,27
9 Sachaufwendungen	-77.718.312,30	-80.420.296,95
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-11.738.581,65	-11.750.819,01
11 Aufwendungen für Banknoten	-14.850.978,00	-25.205.406,00
12 Sonstige Aufwendungen	-10.653.069,79	-2.977.685,51
Aufwendungen insgesamt	-272.602.297,15	-243.704.599,03
	291.055.073,72	317.564.165,07
13 Körperschaftsteuer	-72.763.768,43	-79.391.041,27
	218.291.305,29	238.173.123,80
14 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	-196.462.174,76	-216.737.542,66
15 Bilanzgewinn	21.829.130,53	21.435.581,14

Anhang zum Jahresabschluss 2010

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) in der Fassung des BGBl. I Nr. 108/2007¹ unter Heranziehung der vom Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) gemäß Artikel 26.4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB-Satzung) erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat am 11. November 2010² neu beschlossen und werden im vorliegenden Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern diese Leitlinie keine Vorgaben enthält, ist auf die im zweiten Satz des § 67 Abs. 2 NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und auf den § 67 Abs. 3 NBG hinsichtlich der Anwendung der Bestimmungen des dritten Buchs des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) zurückzugreifen. Ausnahmen von der Anwendung des UGB bestehen hinsichtlich der Nichtanwendbarkeit des § 243 Abs. 2 letzter Satz sowie der Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß §§ 244 ff. UGB.

Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur, wobei seit dem Jahresabschluss

2009 im GuV-Posten 8 die *Aufwendungen für Altersvorsorgen* dargestellt werden und die Nummerierung aller folgenden GuV-Posten entsprechend angepasst wurde. Im Jahresabschluss 2010 wurde der Aktivposten 9.3 bzw. der Passivposten 10.2 (*Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen*) in *Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen* umbenannt.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, sind gemeinschaftsrechtlich harmonisierte Rechnungslegungsprinzipien und richten sich nach international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die allgemeinen Rechnungslegungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit
- Bilanzvorsicht
- Stichtagsbezogenheit
- Wesentlichkeit
- Unternehmensfortführung
- Periodenabgrenzung
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit

Erfassungszeitpunkt

Die Erfassung von Fremdwährungsgeschäften, von in Fremdwährung denominierten Finanzinstrumenten sowie von damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten hat nach der wirtschaftlichen Betrachtungsweise (am Abschlusstag) zu erfolgen. Ausge-

¹ Im Zusammenhang mit der Sicherung der Finanzmarktstabilität in Österreich wurde das NBG mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2008 geändert.

² Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 11. November 2010 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2010/20), in Kraft getreten am 31. Dezember 2010.

nommen davon sind Wertpapiergeschäfte (inklusive Aktieninstrumenten) in Fremdwährung, die weiterhin auf Grundlage des Zahlungszeitpunkts (Erfüllungstags) erfasst werden können. Die damit zusammenhängenden aufgelaufenen Zinsen, einschließlich Aufschlag oder Abschlag, werden taggenau ab dem Kassa-Abrechnungstag erfasst. Die Erfassung von bestimmten auf Euro lautenden Transaktionen, Finanzinstrumenten und damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten kann entweder am Abschlussstag oder am Erfüllungstag durchgeführt werden.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Euro-Kurs erfasst.

Bewertungsansatz

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung heranzuziehen. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte.³ Gold-Zinssatzswaps und Gold-Forward-Zinssatzswaps werden nach dem Prinzip des Arbitrage-Pricing bewertet. Dabei zerlegt man die Produkte in jene Bestandteile (LIBOR-Zinskurve, Gold-Swapsätze und Forward-Goldpreise), zu denen sie auf internationalen Märkten gehandelt werden.

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung von Fremdwährungen werden sämtliche Bestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst. Für im Rahmen

der Eigenmittelveranlagung als *Sonstiges Finanzanlagevermögen* gehaltene Devisen ist eine eigene Währungsposition zu führen. In Fremdwährung denominierte Aktieninstrumente (Aktien und Aktienfonds), die im *Sonstigen Finanzanlagevermögen* auszuweisen sind, sind ebenso in einer separaten Währungsposition zu führen.

Bei Wertpapieren umfasst die Neubewertung die jeweilige Position in einer Wertpapiergattung, d.h. alle Wertpapiere mit derselben internationalen Wertpapierkennnummer.

Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden oder nicht marktfähig sind, sind mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten zu bilanzieren und unterliegen der Überprüfung auf Wertminderung durch die OeNB. Dies gilt auch für Wertpapiere die im Rahmen des Ankaufsprogramms für Euro-Pfandbriefe (Covered Bond Purchase Programme – CBPP) angekauft wurden. Die im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme – SMP) angekauften Wertpapiere unterliegen dabei der für das Eurosystem harmonisierten Überprüfung auf Wertminderung durch die EZB.

Der Fondspreis für Master-Kapitalanlagegesellschaften (Master-KAGs) wird täglich von der jeweiligen Depotbank bzw. der Master-KAG mithilfe marktüblicher Informationssysteme auf Basis der in den Subfonds enthaltenen Vermögensgegenstände ermittelt.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert jeder Gesellschaft.

Erfolgsermittlung

Bei unter oder über pari erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag

³ Da im Eurosystem-Bilanzschema keine außerbilanziellen Posten enthalten sind, werden solche Positionen als in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten geführt und dargestellt.

zum Nominalwert als Teil des Zinsertrags berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutarischen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskosten-Methode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt. Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der jährlichen Neubewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Umkehrung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Synthetische Instrumente dürfen abweichend von den allgemeinen Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätzen behandelt werden. Dabei dürfen jene Ergebnisse saldiert werden, die aus der Neubewertung der einzelnen Teile, die das synthetische Instrument bilden, stammen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden grundsätzlich, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen (Tabelle 1):

Tabelle 1

Vermögensgegenstand	Abschreibungsdauer
EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge	4 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung	10 Jahre
Gebäude	25 Jahre
Sachanlagen im Wert von unter 10.000,- EUR exklusive Umsatzsteuer (geringwertige Vermögensgegenstände)	Abschreibung im Anschaffungsjahr

Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

Tabelle 2

	Realisierte Gewinne GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) in Tsd EUR	Realisierte Verluste GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) in Tsd EUR	Buchmäßige Verluste GuV-Posten 2.2 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) in Tsd EUR	Veränderung der buchmäßigen Gewinne (Verrechnung über Neubewertungskonten) in Tsd EUR
Gold	–	–	–	+2.602.247
Fremdwährungen Eigenbestand	23.808	280	0	+318.456
Wertpapiere Eigenbestand	88.616	15.580	66.360	–51.032
Eigenmittelveranlagung	677	18	6.988	+14.268
Beteiligungen der Eigenmittelveranlagung	–	–	–	+30.185
Außerbilanzielle Geschäfte	–	–	–	–540
Insgesamt	113.101	15.878	73.348	+2.913.584

Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden

Die Euro-Banknoten werden von der EZB und den nationalen Zentralbanken der 16 Länder des Euroraums, die zusammen das Eurosystem bilden, ausgegeben. Der in der Bilanz der OeNB (und der anderen Zentralbanken des Eurosystems) auszuweisende Euro-Banknotenumlauf wird rechnerisch mit dem dafür vereinbarten Eurosystem-internen Verteilungsschlüssel ermittelt, und zwar jeweils am letzten Geschäftstag jedes Monats.

Vom Gesamtwert der ausgegebenen Banknoten (logistischer Banknotenumlauf) werden 8 % auf die EZB und 92 % auf die nationalen Zentralbanken verteilt, wobei die 92 % je nach den Anteilen der einzelnen nationalen Zentralbanken am eingezahlten Kapital der EZB aufgeteilt werden. Der so ermittelte OeNB-Anteil an den vom Eurosystem insgesamt ausgegebenen Banknoten wird auf der Passivseite der Bilanz im Bilanzposten 1 *Banknotenumlauf* ausgewiesen.

Die Differenz zwischen dem ermittelten OeNB-Anteil und ihrem Anteil am logistischen Banknotenumlauf ergibt eine verzinsliche Intra-Eurosystem-Forderung oder Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit. Überwiegt der logistische Banknotenumlauf, weist die OeNB entsprechende *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* aus; überwiegt der nach dem Banknoten-Verteilungsschlüssel ermittelte Wert, ergeben sich entsprechende *Nettoforderungen* (siehe die Erläuterung zu den Intra-Eurosystem-Salden).

Damit sich mit der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels die Gewinnsituation der einzelnen nationalen Zentralbanken im Vergleich zu den Werten vor der Euro-Bargeldeinführung nicht maßgeblich ändert, gilt für die daraus resultierenden Intra-Eurosystem-Salden in den ersten fünf Jahren nach der Einführung eine Einschleifregelung. Zu diesem Zweck wird die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Banknotenumlauf jeder NZB im

Referenzzeitraum und dem errechneten Durchschnittswert auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels berechnet. Diese Differenz wird mit einem jährlich sinkenden Faktor ausgeglichen, bis ab dem sechsten Jahr nach der Bargeldumstellung die Seigniorage nur noch auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels verteilt wird, der wiederum auf dem Kapitalanteil beruht, den jede nationale Zentralbank bei der EZB eingezahlt hat. Im Berichtsjahr waren die Anpassungen auf die Euro-Bargeldeinführung in der Slowakei (im Jahr 2009), in Zypern und Malta (im Jahr 2008) und in Slowenien (im Jahr 2007) zurückzuführen. Die Einschleifphase wird mit Jahresende 2014 bzw. 2013 bzw. 2012 abgeschlossen sein.

Die Zinserträge und -aufwendungen im Zusammenhang mit diesen Salden werden über die EZB verrechnet und im GuV-Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

Laut Beschluss des EZB-Rats stehen den nationalen Zentralbanken des Eurosystems die erzielten Nettoeinkünfte aus im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (SMP) erworbenen Wertpapieren sowie die Seigniorage der EZB aus ihrem 8-prozentigen Anteil am Euro-Banknotenumlauf noch im Jahr des Entstehens zur Gänze zu. Die diesbezügliche vorläufige Gewinnausschüttung erfolgt im Jänner des Folgejahres. Auf Beschluss des EZB-Rats kann die zur Auszahlung anstehende Seigniorage um Kosten der EZB für die Banknotenausgabe und -bearbeitung gekürzt werden. Jeweils vor Ablauf eines Jahres entscheidet der EZB-Rat, ob bzw. in welchem Umfang die Einkünfte der EZB aus SMP-Wertpapieren sowie erforderlichenfalls jene aus dem Banknotenumlauf einbehalten werden sollen, damit die Gewinnausschüttung nicht das Nettojahresergebnis der EZB für das Jahr übersteigt.

Weiters kann der zur Ausschüttung anstehende Betrag auf Beschluss des EZB-Rats auch zur Gänze oder zum Teil zur Dotierung der Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreisrisiken verwendet werden. Die an die nationalen Zentralbanken ausgeschütteten Beträge sind im GuV-Posten 4 *Erträge aus Beteiligungen* in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Intra-Eurosystem-Salden, die aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels resultieren, werden saldiert als *Nettoforderungen* bzw. *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* ausgewiesen.

Risikomanagement

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Zentralbank stellen finanzielle und operationale Risiken wesentliche Einflussfaktoren auf die Erfolgssituation und auf eine gesicherte Unternehmensfortführung dar. Das Risikomanagement in der OeNB basiert auf verbindlichen Regelungen und besteht in der Anwendung anerkannter Verfahren bzw. wird durch eine laufende Überprüfung gewährleistet. Ebenso erfolgt eine laufende Berichterstattung.

Finanzielle Risiken

Zu den finanziellen Risiken zählen das Markt-, das Kredit- und das Liquiditätsrisiko. Die grundsätzliche Beschreibung des Managements von Währungsreserven und der Risikosteuerung ist in einem *Rulebook*, das vom OeNB-Direktorium (Direktorium) beschlossen wurde, festgelegt. Dem OeNB-Treasury (Treasury) wird auf Vorschlag des Risikokomitees ein vom Direktorium festgelegtes Risikobudget zugeteilt, das die gewünschte Risikobegrenzung des Direktoriums darstellt. Die ständige Einhaltung des Risikobudgets

wird anhand eines anerkannten Risikomesssystems überprüft und durch das Risikokomitee überwacht. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig an das Direktorium. Neue Währungen und Veranlagungsarten sind vom Direktorium zu bewilligen. Internationalen Trends folgend wird das finanzielle Risikomonitoring der OeNB gesamthaft durchgeführt.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist durch Veränderungen auf den Finanzmärkten, insbesondere aufgrund von Änderungen der Wechselkurse und der Zinssätze, beeinflusst. Das Risikobudget wird vom Investmentkomitee in eine adäquate Veranlagungsstruktur übergeführt. Vom Direktorium werden Konzentrationslimite pro Währung sowie eine Standardallokation vorgegeben. Das Wechselkurs- und das Zinsänderungsrisiko werden innerhalb der Grenzen des Risikobudgets gesteuert. Die Kontrolle der Einhaltung des Risikobudgets erfolgt mit einer VaR-Berechnungsmethode. Die VaR-Berechnung wird mit einem 1-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99% durchgeführt.

Die Risikoposition richtet sich nach dem aktuell veranlagten Eigenbestand inklusive Gold und Sonderziehungsrechten sowie der Eigenmittelveranlagung und zweckgewidmeten Veranlagungen.

Zudem sorgt die OeNB auch entsprechend ihrem eingezahlten Kapitalanteil für das Risiko der EZB und des Eurosystems vor. Für die Ermittlung des anteiligen Eurosystemrisikos sowie der übrigen vom Risikobudget nicht erfassten Marktrisiken werden anerkannte Berechnungsmodelle herangezogen.

Das Risiko aus der Immobilienbeteiligung wird mit einem Immobilienindex berechnet.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko stellt die Gefahr, die von einem teilweisen oder vollständigen Ausfall vertraglich vereinbarter Zahlungen ausgeht, dar. Das Management erfolgt grundsätzlich über ein Limitsystem, bei dem sämtliche Limite und deren Ausnützung jederzeit aktuell zur Verfügung stehen. Das Kreditrisiko aus den Wertpapieren für geldpolitische Zwecke wird von der EZB überwacht und im Risikoberichtswesen der OeNB anteilig berücksichtigt. Aus Gründen der Berechnungsmethodenkonsistenz insbesondere auch mit jenen der anteiligen EZB- und Eurosystem-Kreditrisiken wird für das Kreditrisiko im Rahmen der sonstigen zentralbankspezifischen Risiken vorgesorgt.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass Geschäftspartner ihren finanziellen Verpflichtungen nicht zeitgerecht oder betraglich nachkommen können, weil sie nicht über ausreichende liquide Mittel verfügen. Aus diesem Grund werden Geschäfte nur mit Partnern ausgewählter Bonitätskategorien durchgeführt, wobei in diesem Zusammenhang auf Sicherheit und Liquidität Bedacht genommen wird. Diesen Prinzipien ist die Rentabilität nachgereicht.

Sonstige zentralbankspezifische Risiken

Neben den erwähnten Risiken unterliegt eine nationale Zentralbank noch anderen spezifischen Risiken, die aus der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags entstehen. Die OeNB ist sich dieser Risiken bewusst, setzt risikoreduzierende Maßnahmen und sorgt für diese Risiken vor.

Operationales Risiko

Operationale Risiken sind alle jene Risiken, die aufgrund von Schäden oder inadäquaten Abläufen in internen Pro-

Tabelle 3

Finanzielles Risiko und finanzielle Vorsorgen zum 31. Dezember

Finanzielles Risiko			Finanzielle Vorsorgen		
	2010	2009	2010	2009	
in Mio EUR			in Mio EUR		
Risikobudget Treasury	5.455	4.282	2.851	1.768	Neubewertungskonten ¹
			1.080	1.290	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
			1.524	1.224	Risikorückstellung
Sonstige finanzielle und zentralbankspezifische Risiken ²	957	799	893	683	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
			64	116	Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems
Insgesamt	6.412	5.081	6.412	5.081	
Risiko aus Immobilienbeteiligung	25	25			

Zur Deckung werden die stillen Reserven in den Liegenschaften der Immobilienbeteiligung herangezogen

¹ Die Neubewertungskonten für Fremdwährungen werden unter Berücksichtigung des Netting-Verbots herangezogen.

² Darin enthalten sind das Kreditrisiko, anteilige Eurosystemrisiken und sonstige Risiken.

zessen, Systemen oder durch Menschen und externe Ereignisse entstehen können. Das Management des operationalen Risikos der OeNB ist im *ORION – Handbuch Risiko- und Krisenmanagement* geregelt und wird dabei nach der Auswirkung einzelner Risikoszenarien auf den Imagewert, die Kosten und mögliche daraus entstehende Verluste bewertet. Es erfolgt eine laufende Evaluierung und eine halbjährliche Berichtserstattung an das Management.

Die mit der Bedeckung des finanziellen Risikos im Zusammenhang stehenden Vorsorgen zu den Bilanzstichtagen 2009 und 2010 sind in Tabelle 3 dargestellt.

Die im Rahmen des Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft zweckgewidmeten Mittel können für eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts herangezogen werden.

IT-Sicherheitspolitik

Die IT-Sicherheitspolitik definiert die Leitlinien und Vorgaben zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus für Entwicklung, Betrieb und Nutzung von IT-Systemen in der OeNB. Zentrale Aufgaben im IT-Sicherheitsprozess kommen insbesondere

- dem IT-Sicherheitsforum zur Beratung, Abstimmung und Steuerung der IT-Sicherheit,
- dem IT-Sicherheitsmanager, der die Verantwortung für die fachliche Richtigkeit der zur Entscheidung vorgelegten Maßnahmen und für die Initiierung sowie Durchführung des IT-Sicherheitsprozesses trägt,
- den IT-Sicherheitsexperten, die für die Erarbeitung und Umsetzung von IT-Sicherheitsrichtlinien und IT-Spezifikationen verantwortlich sind, und
- den fachlichen Produktverantwortlichen zu.

Im Rahmen des IT-Sicherheitsprozesses erfolgen regelmäßige Tests und Berichterstattungen.

Nahestehende Unternehmen und Personen

Aufgrund der Bestimmung des § 237 Z8b UGB ist eine Angabe im Anhang zum Jahresabschluss vorgesehen, wenn Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen („related parties“) für den Jahresabschluss wesentlich sind und unter marktüblichen Bedingungen abgeschlossen wurden.

Sofern von der OeNB im Jahr 2010 Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen durchgeführt wurden, erfolgten diese zu marktüblichen Konditionen.

Die Republik Österreich ist seit Juli 2010 Alleineigentümerin der OeNB. Gemäß § 69 Abs. 3 NBG ist ein 90-prozentiger Anteil des Bundes am verbleibenden Reingewinn (nach Körperschaftsteuer) der OeNB sowie gemäß Beschluss der Generalversammlung zusätzlich eine Dividende bis zu 10% des Anteils am Grundkapital vorgesehen.

Kapitalbewegungen

Tabelle 4

Entwicklung im Jahr 2010	31.12.2009 in Tsd EUR	Zunahme in Tsd EUR	Abnahme in Tsd EUR	31.12.2010 in Tsd EUR
I. Eigenkapital im engeren Sinn				
(Grund-)Kapital	12.000	–	–	12.000
Gewinnlättungsrücklage	2.226	+12.235	–	14.461
	14.226	+12.235	–	26.461
II. Risikovorsorgen für Geschäftsrisiken				
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
	1.973.263	–	–	1.973.263
III. Eigenkapital im weiteren Sinn (I. + II.)	1.987.489	+12.235	–	1.999.724
IV. „Ergänzungskapital“ (mit spezieller Zweckwidmung)				
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft ¹				
Originärer Jubiläumsfonds	31.500	–	–	31.500
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.500.000	–	–	1.500.000
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen ²	629.616	+5.410	–	635.026
	2.161.116	+5.410	–	2.166.526
Gesamteigenkapital (III. + IV.)	4.148.605	+17.645	–	4.166.250

¹ Die im Rahmen des Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft zweckgewidmeten Mittel können für eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts herangezogen werden.

² Das gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen steht – da es sich dabei um für einen Sonderzweck gebundenes Eigenkapital handelt – für eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts nicht zur Verfügung.

Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2010

Tabelle 5

Nettowährungsposition (inklusive Gold)	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gold und Goldforderungen	9.500.984	6.898.737	+2.602.247	+37,7
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	7.147.182	5.597.139	+1.550.043	+27,7
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	85.232	173.386	-88.154	-50,8
Sonstige Aktiva	126.605	148.745	-22.140	-14,9
<i>abzüglich:</i>				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	77	76	+1	+1,3
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	2.009.262	1.890.151	+119.111	+6,3
Sonstige Passiva	1.276	983	+293	+29,8
Ausgleichsposten aus Neubewertung ¹	46.401	56.920	-10.519	-18,5
	14.802.987	10.869.877	+3.933.110	+36,2
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	7.682	-104.124	+111.806	+107,4
Insgesamt	14.810.669	10.765.753	+4.044.916	+37,6

¹ Resultiert aus der Wertsteigerung von Wertpapieren und Derivaten in Fremdwährung als Folge der Bewertung zum Bilanzstichtag.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

1 Gold und Goldforderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR
31.12.2010	9.500.984
31.12.2009	6.898.737
Veränderung	+2.602.247 (+37,7%)

Der Goldbestand beläuft sich per 31. Dezember 2010 auf 9.002.105,635 Unzen Feingold (ozf) oder 279.996,82 Kilogramm Feingold (kgf). Auf Basis des Bewertungspreises von 1.055,418 EUR/ozf (d. s. 33.932,47 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 9.500.984 Tsd EUR.

Aus der Bewertung zum 31. Dezember 2010 resultierten buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 2.602.247 Tsd EUR.

2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR
31.12.2010	7.147.182
31.12.2009	5.597.139
Veränderung	+1.550.043 (+27,7%)

Der Aktivposten 2.1 *Forderungen an den IWF* ist in Tabelle 6 ersichtlich.

Die *Forderung aus der Beteiligung am IWF* hat durch Transaktionen (Ziehungen des IWF zugunsten von Mitgliedstaaten, Kontodotationen sowie Euro-Erläge durch IWF-Mitgliedstaaten) um insgesamt 34.054 Tsd EUR zugenommen. Weiters haben sich die Bewertung und die Effekte aus per saldo realisierten Kursgewinnen und Buchwertangleichungen (+27.920 Tsd EUR) entsprechend ausgewirkt.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt aufgrund der sich wöchentlich ändernden Remunerations-

Tabelle 6

	31.12.2010 in Tsd EUR	31.12.2009 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Gesamtforderung (österreichische Quote) im Gegenwert von 1.872,3 Mio SZR ¹	2.166.626	2.038.186	+128.440	+6,3
abzüglich: Nicht abberufener Teil der Quote	1.695.909	1.629.443	+66.466	+4,1
Forderung aus der Beteiligung am IWF	470.717	408.743	+61.974	+15,2
SZR im Rahmen des IWF	2.022.249	1.905.629	+116.620	+6,1
Sonstige Forderungen gegen den IWF	72.904	7.620	+65.284	n.a.
Insgesamt	2.565.870	2.321.992	+243.878	+10,5

¹ Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

rate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – in gleicher Höhe wie der Zinssatz der Sonderziehungsrechte (SZR) – zwischen 0,22 % und 0,40 % p. a. bewegte.

Die *Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF*⁴ stehen zum 31. Dezember 2010 mit 1.747,5 Mio SZR zu Buche. Die im Jahr 2010 eingetretene Zunahme um per saldo 116.620 Tsd EUR ist auf die Remuneration der Beteiligung am IWF, Zinsabrechnungen und Bewertungsdifferenzen mit +121.113 Tsd EUR zurückzuführen. Im Jahr 2010 wurde die OeNB ermächtigt (BGBl. I Nr. 71/2010), für die Republik Österreich mit einem Beitrag von 3,9 Mio SZR (Gegenwert: 4,5 Mio EUR) an der vom Exekutivdirektorium des IWF beschlossenen Reform der Kreditvergabe an die ärmsten Entwicklungsländer (Low Income Countries – LICs) teilzunehmen. Da es sich dabei um einen nicht rückzahlbaren Finanzierungsbeitrag handelt, wurde dieser gegen den GuV-Posten 12 *Sonstige Aufwendungen* verrechnet.

Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge jedoch nach wie

vor so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 1.736,3 Mio SZR beläuft. Hinsichtlich dieser Verpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

Die unter den *Sonstigen Forderungen gegen den IWF* bisher ausgewiesene Beitragsleistung der OeNB zur Emergency Assistance for Natural Disasters (EAND) ist im Jahr 2010 zurückgezahlt worden.

Bis zum Inkrafttreten der neuen *New Arrangements to Borrow* (NAB) hat die OeNB im Namen der Republik Österreich mit dem IWF einen bilateralen Vertrag zur Gewährung von Krediten im Umfang von höchstens 2,18 Mrd EUR abgeschlossen.⁵ Die OeNB wurde im Jahr 2010 im Rahmen des bilateralen Vertrags mit 63 Mio SZR in Anspruch genommen. Hinsichtlich der restlichen Verpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

Der Aktivposten 2.2 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva* ist in Tabelle 7 ersichtlich.

⁴ Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der SZR teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich erworbenen SZR in ihre Aktiva einzustellen.

⁵ BGBl. I Nr. 70/2010 vom 18. August 2010.

Tabelle 7

	31.12.2010 in Tsd EUR	31.12.2009 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	1.039.675	365.083	+674.592	+184,7
Wertpapiere	3.541.637	2.910.064	+631.573	+21,7
Insgesamt	4.581.312	3.275.147	+1.306.165	+39,9

Die zum 31. Dezember 2009 in diesem Posten ausgewiesenen Geschäfte zur Liquiditätsbereitstellung in Form von Euro/US-Dollar-Swaps (150 Mio USD) und Euro/Schweizer Franken-Swaps (685,9 Mio CHF) wurden planmäßig rückgeführt. Zum 31. Dezember 2010 waren keine derartigen Geschäfte ausständig.

3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet sind in Tabelle 8 enthalten.

Die am 31. Dezember 2009 bestehenden Festgeldanlagen (*Guthaben bei Banken*) resultierten aus Liquidität zuführenden Geschäften in US-Dollar an inländische Banken (gegen Hinterlegung von Sicherheiten) in Höhe von 150 Mio USD als Folge einer Sonderfinanzierungsfazilität (Euro/US-Dol-

lar-Swaps) zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York. Diese Geschäfte wurden im Jahr 2010 planmäßig rückgeführt. Im Jahr 2010 wurden weitere Liquidität zuführende Geschäfte im Gesamtausmaß von 780 Mio USD durchgeführt. Am 31. Dezember 2010 waren keine derartigen Euro/US-Dollar-Swaps offen.

4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Die Zusammensetzung des Bilanzpostens 4.1 *Guthaben bei Banken, Wertpapiieranlagen, Kredite* zu den Bilanzstichtagen 2009 und 2010 ist in Tabelle 9 dargestellt.

Die Veränderung der Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, resultiert aus Wertpapierzukaufen und Umschichtungen bereits bestehender Wertpapierportfolios.

Tabelle 8

	31.12.2010 in Tsd EUR	31.12.2009 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	27	104.136	-104.109	-100,0
Wertpapiere	85.205	69.250	+15.955	+23,0
Insgesamt	85.232	173.386	-88.154	-50,8

Tabelle 9

	31.12.2010 in Tsd EUR	31.12.2009 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	765.700	530.052	+235.648	+44,5
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	1.906.719	1.060.299	+846.420	+79,8
Sonstige Veranlagungen	12.969	5.984	+6.985	+116,7
Insgesamt	2.685.388	1.596.335	+1.089.053	+68,2

Tabelle 10

	31.12.2010 in Tsd EUR	31.12.2009 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	4.209.000	1.680.000	+2.529.000	+150,5
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	3.488.000	18.556.000	-15.068.000	-81,2
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	485.000	–	+485.000	x
Insgesamt	8.182.000	20.236.000	-12.054.000	-59,6

5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die zur Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt (Tabelle 10).

Sofern Verluste aus geldpolitischen Operationen auftreten, sind diese basierend auf Artikel 32.4 der ESZB-Satzung gemäß den im Geschäftsjahr des Verlusts geltenden Kapitalanteilen an der EZB vollständig unter den nationalen Zentralbanken des Eurosystems aufzuteilen.

5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Als *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* werden die wöchentlich stattfindenden Liquidität zuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im Rahmen von Standardtendern (Zins- oder Mengentender) mit einer Laufzeit von einer Woche durchgeführt. Alle Hauptrefinanzierungsgeschäfte werden zumindest bis 18. Jänner 2011 als Mengentender mit vollständiger Zuteilung durchgeführt.⁶ Der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte betrug im Jahr 2010 unverändert seit 13. Mai 2009 1,0% p. a.

5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte sind Liquidität zuführende befristete Transaktionen, die im monatlichen Abstand mit einer Standardlaufzeit von drei Monaten durchgeführt werden. Weiterhin wurden im Jahr 2010 derartige Geschäfte mit Sonderlaufzeiten von einem Monat bzw. sechs Monaten abgeschlossen. Sämtliche längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte wurden mit voller Zuteilung abgewickelt, wobei sowohl Mengen- als auch Zinstender zur Anwendung gekommen sind.

Die aus dem Jahr 2009 stammenden drei längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte von insgesamt 18,1 Mrd EUR mit einer Laufzeit von einem Jahr liefen 2010 planmäßig aus.

5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen

Im Eurosystem wurden drei Feinsteuerungsoperationen mit einer sechstägigen Laufzeit bzw. eine mit einer Laufzeit von 13 Tagen als Fixzinssatztender mit vollständiger Zuteilung durchgeführt, um mögliche Liquiditätsengpässe aus dem Auslaufen der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von sechs bzw. zwölf Monaten zu überbrücken bzw. um daraus resultierenden Liquiditätseffekten vorzubeugen.

⁶ Beschluss des EZB-Rats vom 4. März 2010 (zuletzt geändert am 2. September 2010).

6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2010	130	
31.12.2009	193	
Veränderung	-63	(-32,5%)

In diesem Posten sind Forderungen enthalten, die nicht aus geldpolitischen Operationen resultieren.

7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zu den Bilanzstichtagen 2009 und 2010 ist in Tabelle 11 dargestellt.

7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke

Dieser Posten umfasst von der OeNB im Rahmen des Programms zum Ankauf von Euro-Pfandbriefen⁷ (CBPP) erworbene Wertpapiere sowie im Rahmen des Ankaufsprogramms für die Wertpapiermärkte (SMP)⁸ erworbene Schuldverschreibungen des öffentlichen Sektors. Die Wertpapiere sind als bis zur Endfälligkeit gehalten klassifiziert.

Das Gesamtausmaß für Ankäufe von Euro-Pfandbriefen im Eurosystem beläuft sich auf eine Nominale von 60

Mrd EUR, wovon rund 1,5 Mrd EUR auf die OeNB entfallen. Der Ankauf derartiger Wertpapiere wurde planmäßig Ende Juni 2010 abgeschlossen. Diese Wertpapiere unterliegen der Überprüfung auf Wertminderung durch die OeNB. Zum 31. Dezember 2010 ergaben sich keine Wertminderungen. Verluste aus Euro-Pfandbriefen (CBPP) unterliegen nicht der Verteilung im Eurosystem.

Insgesamt halten die nationalen Zentralbanken des Eurosystems im Rahmen des SMP erworbene Wertpapiere im Wert von 74 Mrd EUR. Davon entfallen auf die OeNB 2,263 Mrd EUR.

Diese Wertpapiere werden mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanziert und unterliegen dabei der für das Eurosystem harmonisierten Überprüfung auf Wertminderung durch die EZB. Zum 31. Dezember 2010 ergaben sich keine Wertminderungen.

Sofern Verluste aus SMP-Wertpapierbeständen auftreten, sind diese basierend auf Artikel 32.4 der ESZB-Satzung gemäß den im Geschäftsjahr des Verlusts geltenden Kapitalanteilen an der EZB vollständig unter den nationalen Zentralbanken des Eurosystems aufzuteilen.

Tabelle 11

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	3.824.829	677.550	+3.147.279	+464,5
7.2 Sonstige Wertpapiere	12.577.746	9.334.447	+3.243.299	+34,7
davon:				
Wertpapiere	6.906.736	6.642.323	+264.413	+4,0
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	5.671.010	2.692.124	+2.978.886	+110,7
Insgesamt	16.402.575	10.011.997	+6.390.578	+63,8

⁷ Beschluss des EZB-Rats vom 2. Juli 2009 (EZB/2009/16).

⁸ Beschluss des EZB-Rats vom 14. Mai 2010 (EZB/2010/5).

7.2 Sonstige Wertpapiere

Die Veränderung ist im Wesentlichen auf Transaktionen zurückzuführen.

8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2010	420.211	
31.12.2009	427.397	
Veränderung	-7.186	(-1,7%)

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz aus der Einlösungsverpflichtung des Bundes im Zusammenhang mit vor 1989 emittierten Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996. Die Veränderung im Jahr 2010 ist in Tabelle 12 dargestellt.

Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Restschuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen. Zum 31. Dezember 2010 beträgt die theoretische Einlösungsverpflichtung des Bundes 1.157,1 Mio EUR.

9 Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2010	26.182.352	
31.12.2009	18.145.821	
Veränderung	+8.036.531	(+44,3%)

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB und jene aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB enthalten. Weiters sind in diesem Posten die Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems ausgewiesen. Die Zusammensetzung der *Intra-Eurosystem-Forderungen* zu den Bilanzstichtagen 2009 und 2010 kann Tabelle 13 entnommen werden.

9.1 Beteiligung an der EZB

In diesem Bilanzposten wird die Beteiligung der OeNB an der EZB ausgewiesen. Der prozentuelle Anteil der OeNB am voll eingezahlten EZB-Kapital beträgt zum Bilanzstichtag 2,7821 % und ist damit unverändert gegenüber 31. Dezember 2009 geblieben.

Die EZB erhöhte mit Wirkung vom 29. Dezember 2010 ihr ge-

Tabelle 12

	in Tsd EUR
Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an die Münze Österreich AG gegen Verrechnung mit dem Bund	+6.478
Verwertungserlöse	-7.850
Tilgung aus dem Gewinnanteil des Bundes für das Jahr 2009	-5.814
Insgesamt	-7.186

Tabelle 13

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
9.1 Beteiligung an der EZB	144.216	111.854	+32.362	+28,9
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.118.546	1.118.546	-	-
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	24.919.590	16.915.421	+8.004.169	+47,3
Insgesamt	26.182.352	18.145.821	+8.036.531	+44,3

zeichnetes Kapital gemäß Artikel 28.1 der ESZB-Satzung um 5 Mrd EUR⁹ von 5.760.652.402,58 EUR¹⁰ auf 10.760.652.402,58 EUR. Die nationalen Zentralbanken des Euroraums zahlen ihre zusätzlichen Kapitalbeiträge in drei gleich hohen Jahresraten ein. Die erste Teilzahlung erfolgte am 29. Dezember 2010, die beiden verbleibenden werden Ende 2011 und Ende 2012 geleistet. Die ausgewiesene Zunahme von 32.362 Tsd EUR ist auf die erste Teilzahlung zurückzuführen. Die restlichen Teilzahlungen von zusammen 64.723 Tsd EUR wurden in den *in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* erfasst.

9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

In diesem Posten weist die OeNB ihre aufgrund der Übertragung von Währungsreserven gegenüber der EZB bestehenden Forderungen aus, und zwar zu dem Euro-Gegenwert, den die Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Einbringung bei der EZB hatten.¹¹ Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems

In diesem Posten werden die Forderungen der OeNB gegenüber dem Eurosystem erfasst, die sich aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels ergeben (siehe auch *Banknotenumlauf* und *Intra-Eurosystem-Salden*).

10 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen, die im Folgejahr durch Zahlung ausgeglichen werden.

11 Sonstige Aktiva

Die *Sonstigen Aktiva* werden in Tabelle 14 dargestellt.

11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets

Dieser Bilanzposten stellt den Kassenbestand der OeNB an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Währungssystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar.

11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die *Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände* beinhalten *Gebäude und Grundstücke, Einrichtung und Ma-*

Tabelle 14

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	123.046	112.090	+10.956	+9,8
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	145.711	141.920	+3.791	+2,7
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.124.128	6.529.190	+594.938	+9,1
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	464	2.107	-1.643	-78,0
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	636.029	584.574	+51.455	+8,8
11.6 Sonstiges	1.057.673	1.051.510	+6.163	+0,6
Insgesamt	9.087.051	8.421.391	+665.660	+7,9

⁹ Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 8. Mai 2000 (Amtsblatt L 115/1 vom 16. Mai 2000).

¹⁰ Nach Erhöhung durch Beschluss des EZB-Rats vom 18. Dezember 2006 (EZB/2006/26) i.V.m. Artikel 49.3 der ESZB-Satzung.

¹¹ Die Forderung aus der Übertragung von Währungsreserven wird mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems (vermindert um einen Abschlag von 15 %) verzinst.

schinen (Geschäftsausstattung, EDV-Hardware, Kraftfahrzeuge), *Mobile Sachwerte* und *Immaterielle Vermögensgegenstände*.

Tabelle 15 zeigt die Entwicklung der *Gebäude und Grundstücke*.

Tabelle 15	
in Tsd EUR	
Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 31.12.2009 ¹	116.240
Zugänge im Jahr 2010	1.189
Abgänge (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten) im Jahr 2010 ²	741
Kumulierte Abschreibungen	42.687
Buchwert 31.12.2010	74.001
Buchwert 31.12.2009	77.618
Abschreibungen des Jahres 2010	4.425

¹ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

² Die Abgänge zu Buchwerten (d.s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 381 Tsd EUR.

Nach Schließung der Repräsentanz in Paris wurde die im Eigentum der OeNB stehende Wohnung im Jahr 2010 veräußert. Weiters wurde das bank-eigene Hotel Post in Weißenbach/Attersee verkauft.

Die Entwicklung der *Einrichtung und Maschinen* ist in Tabelle 16 dargestellt.

Tabelle 16	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2009	83.471
Zugänge im Jahr 2010	5.472
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2010 ¹	8.251
Kumulierte Abschreibungen	57.414
Buchwert 31.12.2010	23.278
Buchwert 31.12.2009	25.245
Abschreibungen des Jahres 2010	7.306

¹ Die Abgänge zu Buchwerten (d.s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 133 Tsd EUR.

Die Entwicklung der *Mobilen Sachwerte – Geldmuseum* ist in Tabelle 17 dargestellt.

Tabelle 17	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2009	542
Zugänge im Jahr 2010	11
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2010	–
Kumulierte Abschreibungen	–
Zuschreibungen	9.269
Buchwert 31.12.2010	9.822
Buchwert 31.12.2009	542
Abschreibungen des Jahres 2010	–

Nach Abschluss der Inventarisierung und Katalogisierung von vor dem Jahr 2004 erworbenen Münzen wurden diese im Zuge des Jahresabschlusses 2010 als Zuschreibung aktiviert.

Die Entwicklung der *Mobilen Sachwerte – Streichinstrumentensammlung* ist in Tabelle 18 dargestellt.

Tabelle 18	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2009	39.549
Zugänge im Jahr 2010	662
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2010	–
Kumulierte Abschreibungen	1.600
Buchwert 31.12.2010	38.611
Buchwert 31.12.2009	37.949
Abschreibungen des Jahres 2010	–

Die Instrumentensammlung besteht zum Bilanzstichtag 2010 aus 29 Violinen, 6 Violoncelli und 3 Violen. Die Streichinstrumente werden im Rahmen der Kulturförderung an namhafte Musiker verliehen.

Tabelle 19 zeigt die Entwicklung der *Immateriellen Vermögensgegenstände* (Nutzungsrecht).

Tabelle 19	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2009	720
Zugänge im Jahr 2010	–
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2010	720
Buchwert 31.12.2010	–
Buchwert 31.12.2009	566
Abschreibungen des Jahres 2010	8

Im Jahr 2010 wurde das Nutzungsrecht an der Londoner Wohnung der OeNB-Repräsentanz verkauft und der Restbuchwert in Höhe von 558 Tsd EUR ausgebucht.

11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen

Das *Sonstige Finanzanlagevermögen* wird in Tabelle 20 dargestellt.

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1.538.163 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 1.583.071 Tsd EUR der Veranlagung des *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (davon 1.549.991 Tsd EUR zur Förderung der FTE-Nationalstiftung) gewidmet. Auf die Veranlagung von Eigenmitteln entfielen 2.827.694 Tsd EUR.¹² Aus der Wertpapierbewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 44.454 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 6.988 Tsd EUR gegenüberstehen.

Von den *Beteiligungen* sind 690.796 Tsd EUR der Eigenmittelveranlagung und 311.759 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve gewidmet.

Die Entwicklung der *Beteiligungen* zeigt Tabelle 21.

Tabelle 21

	in Tsd EUR
Substanzwert zum 31.12.2009	971.991
Zugänge im Jahr 2010	–
Abgänge im Jahr 2010 (zu Buchwerten)	–
Abschreibungen des Jahres 2010	–
Neubewertung im Jahr 2010	30.565
Substanzwert zum 31.12.2010	1.002.556

Die *Sonstigen Veranlagungen* stellen im Wesentlichen täglich fällige und kurzfristige Veranlagungen dar, wovon 102.599 Tsd EUR auf die Veranlagung der Pensionsreserve und 50.335 Tsd EUR auf die Veranlagung zur Förderung der FTE-Nationalstiftung, 20.753 Tsd EUR auf die Veranlagung des originären Jubiläumsfonds und 70.891 Tsd EUR auf die Eigenmittelveranlagung entfallen.

11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2010	464	
31.12.2009	2.107	
Veränderung	–1.643	(–78,0%)

Der zum Bilanzstichtag ausgewiesene Saldo stammt zur Gänze aus Bewertungsgewinnen von Gold-Zinsswaps (–540 Tsd EUR gegenüber 31. Dezember 2009). Das im Jahresabschluss 2009 darin ebenfalls ausgewie-

Tabelle 20

	31.12.2010 in Tsd EUR	31.12.2009 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	5.948.928	5.412.332	+536.596	+9,9
Beteiligungen	1.002.556	971.991	+30.565	+3,1
Sonstige Veranlagungen	244.578	225.351	+19.227	+8,5
Schwebende Verrechnungen	–71.934	–80.484	+8.550	+10,6
Insgesamt	7.124.128	6.529.190	+594.938	+9,1

¹² Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital, die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, die Gewinnglättungsrücklage, das ERP-Sondervermögen sowie die Risikorückstellung.

sene Ausgleichskonto für außerbilanzmäßige Instrumente im Zusammenhang mit Buchwertangleichungen und Realisaten aus angekauften bzw. verkauften Terminbeständen ist komplett zurückgegangen (–1.103 Tsd EUR).

11.6 Sonstiges

Die Zusammensetzung des Unterpostens kann Tabelle 22 entnommen werden.

Gemäß § 3 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundes-schuld abbeschriebenen Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe der auf einem Reservekonto gesammelten Zinsüberschüsse. Zum 31. Dezember 2010 beliefen sich Letztere auf 635.026 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich daher am 31. Dezember 2010 auf insgesamt 976.981 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt gemäß § 83 NBG in Form von Buchkrediten.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der OeNB betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die *Sonstigen Forderungen* zum 31. Dezember 2010 beinhalten im Wesent-

lichen geleistete Vorauszahlungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft.

Passiva

1 Banknotenumlauf

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2010	21.492.173	
31.12.2009	20.640.090	
Veränderung	+852.083	(+4,1%)

Der in diesem Posten ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil der OeNB am Gesamtwert des Euro-Banknotenumlaufs (Tabelle 23).

Tabelle 22

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	604.951	739.230	–134.279	–18,2
Geldmarkt-Veranlagungen bei der OeKB für die Vergabe von ERP-Krediten	372.030	232.342	+139.688	+60,1
ERP-Fonds-Nationalbankblock	976.981	971.572	+5.409	+0,6
Forderung aus KöSt-Vorauszahlung	9.666	–	+9.666	x
Schilling-Scheidemünzen	7.477	5.511	+1.966	+35,7
Gesellschafterdarlehen	41.500	48.500	–7.000	–14,4
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	6.980	7.216	–236	–3,3
Sonstige Forderungen	15.069	18.711	–3.642	–19,5
Insgesamt	1.057.673	1.051.510	+6.163	+0,6

Tabelle 23

	31.12.2010 in Tsd EUR	31.12.2009 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR
Logistischer Euro-Banknotenumlauf	-3.427.417	+3.724.669	-7.152.086
Anpassungen aus			
Verbindlichkeit aus dem EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf ¹	-1.868.938	-1.794.841	-74.097
Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems (CSM)	+26.788.528	+18.710.262	+8.078.266
Nettoforderung aus der Anpassung des Euro-Banknotenumlaufs	+24.919.590	+16.915.421	+8.004.169
Euro-Banknotenumlauf²	21.492.173	20.640.090	+852.083

¹ Der Betrag entspricht dem OeNB-Anteil an den 8% der Gesamtsumme des Eurosystem-Euro-Banknotenumlaufs, der in der EZB-Bilanz ausgewiesen wird.

² Das entspricht 2,5595% des gesamten Eurosystem-Euro-Banknotenumlaufs.

Weitere Erläuterungen zum Euro-Banknotenumlauf sind im Abschnitt *Banknotenumlauf* und *Intra-Eurosystem-Salden* angeführt.

Die Jahresdurchschnitte der letzten fünf Jahre können Tabelle 24 entnommen werden.

Tabelle 24

	Veränderung		in %
	Jahresdurchschnitt des Banknotenumlaufs in Mio EUR	in Mio EUR	
2006	15.128	+1.510	+11,1
2007	16.614	+1.486	+9,8
2008	18.458	+1.844	+11,1
2009	19.323	+865	+4,7
2010	20.341	+1.018	+5,3

2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Die Aufgliederung dieses Bilanzpostens kann Tabelle 25 entnommen werden.

2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

Dieser Posten setzt sich aus den Guthaben auf laufenden Konten von Kreditinstituten, die der Verpflichtung der Mindestreservehaltung bei der OeNB unterliegen, zusammen.

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute verzinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

2.2 Einlagefazilität

Als *Einlagefazilität* werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden. Im Jahr 2010 wurden derartige Geschäfte mit durchschnittlich 4.490.130 Tsd EUR durchgeführt.

Tabelle 25

	31.12.2010 in Tsd EUR	31.12.2009 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	6.765.824	6.041.732	+724.092	+12,0
2.2 Einlagefazilität	4.878.265	9.470.909	-4.592.644	-48,5
2.3 Termineinlagen	55.000	-	+55.000	x
Insgesamt	11.699.089	15.512.641	-3.813.552	-24,6

2.3 Termineinlagen

Im Jahr 2010 wurden Termineinlagen zwischen 10.000 Tsd EUR und 3.805.000 Tsd EUR bei Zinssätzen zwischen 0,28 % p. a. und 1,00 % p. a. getätigt.

9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2010	2.009.262	
31.12.2009	1.890.151	
Veränderung	+119.111	(+6,3%)

Dieser Bilanzposten stellt den zum Bilanzstichtag errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 1.736 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972, 1979 bis 1981 sowie zum 28. August und 9. September 2009. Die Zunahme geht auf den gegenüber dem Euro gestiegenen SZR-Kurs zurück.

10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2010	27.496.473	
31.12.2009	19.583.869	
Veränderung	+7.912.604	(-40,4%)

In diesem Posten ist jener Nettosaldo dargestellt, der aus Transaktionen der OeNB mit den an TARGET2 teilnehmenden nationalen Zentralbanken und der EZB entstanden ist. Die aus Euro/

US-Dollar- und Euro/Schweizer Franken-Swapgeschäften der OeNB mit der EZB resultierenden unverzinslichen Verbindlichkeiten gegenüber der EZB waren zum 31. Dezember 2009 darin ebenfalls erfasst. Weiters werden hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo, die Verrechnung aus der anteiligen Rückverteilung der EZB-Seigniorage und angefallene anteilige Aufwendungen im Zusammenhang mit der gemeinschaftlichen Tragung von Verlusten aus geldpolitischen Operationen des Eurosystems dargestellt.

Die Verzinsung der *Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten* mit der EZB (ohne Berücksichtigung der zuvor genannten Swapgeschäfte) erfolgt auf täglicher Basis mit dem jeweils gültigen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstrumentes.

11 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen des Jahres 2010, die im Folgejahr durch Zahlung ausgeglichen werden.

12 Sonstige Passiva

Tabelle 26 zeigt die Zusammensetzung der *Sonstigen Passiva*.

12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Im *Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften* werden die aus der Bewertung von außerbilanziellen Posi-

Tabelle 26

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	39	56	-17	-30,4
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	28.210	26.358	+1.852	+7,0
12.3 Sonstiges	389.243	413.832	-24.589	-5,9
Insgesamt	417.492	440.246	-22.754	-5,2

Tabelle 27

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnanteil des Bundes	196.462	192.920	+3.542	+1,8
Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	118.132	120.369	-2.237	-1,9
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds				
Originärer Jubiläumsfonds	20.226	19.105	+1.121	+5,9
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	48.375	75.000	-26.625	-35,5
Finanzamtsverrechnungskonten	2.807	3.391	-584	-17,2
Sonstiges	3.242	3.047	+194	+6,4
Insgesamt	389.243	413.832	-24.589	-5,9

tionen stammenden Nettokursverluste, die gegen die Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet wurden, ausgewiesen.

12.3 Sonstiges

Die Zusammensetzung dieses Passivpostens wird in Tabelle 27 dargestellt.

Der *Gewinnanteil des Bundes* errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Die *Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist* resultiert aus den zum Jahresresultimo noch aushaftenden Schilling-Banknoten, die eine Präklusionsfrist aufweisen. Im Jahr 2010 erfolgte keine Präklusion von Schilling-Banknoten.

Dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* wurden aus dem Bilanzgewinn 2009 gemäß Beschluss der Generalversammlung 8.000 Tsd EUR zur Verfügung gestellt. Damit sind dem originären Jubiläumsfonds – unter Berücksichtigung von Veranlagungserträgen für das Jahr 2010 und erfolgter Rückzahlungen – Förderungsmittel von insgesamt 28.474 Tsd EUR zur Verfügung gestanden. Im Jahr 2010 wurden davon 8.248 Tsd EUR zur Auszahlung gebracht. Bei den restlichen 20.226 Tsd

EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2010 nicht ausbezahlten Förderungsmittel, wovon sich Finanzierungszusagen in Höhe von 14.400 Tsd EUR in Abwicklung befinden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 114 Projekte 7.445 Tsd EUR neu bewilligt worden. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind insgesamt 728.169 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Für die Förderung der FTE-Nationalstiftung stehen im Jahr 2011 insgesamt 48 Mio EUR zur Verfügung, die am Tag nach der Generalversammlung der OeNB an die FTE-Nationalstiftung überwiesen werden.

13 Rückstellungen

Tabelle 28

	31.12.2009	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31.12.2010
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Pensionsreserve	1.842.953	-73.408	+74.814	1.844.359
Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	59.644	-5.341	+3.744	58.047
Dienstnehmerjubiläen	12.289	-1.656	+1.079	11.712
Nicht konsumierte Urlaube	10.847	-348	+236	10.735
Sonstiges	5.084	-117	+1.348	6.315
Gesetzliche Sozialabgaben	102	-102	+165	165
Gehaltsanteile 2009 bzw. 2010	421	-421	+441	441
Rückstellungen				
Finanzielle Risiken (Risikorückstellung)	1.223.927	-	+300.000	1.523.927
Im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems	116.015	-52.179	-	63.836
Unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	180.081	-4.704	-	175.377
Körperschaftsteuer	67.390	-67.390	-	-
Lieferungen und Leistungen	1.228	-1.053	+1.237	1.412
Leistungen von Konzerngesellschaften	2.536	-2.536	+1.202	1.202
Sonstiges	466	-373	+337	430
Insgesamt	3.522.983	-209.628	+384.603	3.697.958

Das Pensionssystem der OeNB besteht darin, dass diese die volle Pensionsverpflichtung gegenüber ihren bis 30. April 1998 eingetretenen Dienstnehmern übernommen hat. Zur Deckung ist sie vom Gesetz her verpflichtet, eine *Pensionsreserve* zu bilden. Mit 1. Mai 1999 wurde für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die *Pensionsreserve* zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System ein geschlossenes darstellt. Die Pensionsaufwendungen beliefen sich im Jahr 2010 auf 107.304 Tsd

EUR (+1,6%) und wurden mit 73.339 Tsd EUR aus Veranlagungserträgen gedeckt. In den Pensionsaufwendungen sind auch die Bezüge für 14 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in der Höhe von 4.005 Tsd EUR (2009: 14 Personen mit 3.969 Tsd EUR) enthalten.

Für die Ermittlung des Deckungskapitals wurde als Rechnungszinsfuß ein gegenüber dem Vorjahr unveränderter Realzinssatz¹³ von 3,25% p. a. angewendet sowie die aktuellen Sterbetafeln¹⁴ herangezogen. Für Mitarbeiter im Aktivstand wird die Teilwertmethode, für jene im Ruhestand die Barwertmethode angewendet. Das zum 31. Dezember 2010 ermittelte Deckungskapital beträgt 2.000.847 Tsd EUR und ist durch die Pensionsreserve (und

¹³ Der Rechnungszinsfuß wird jährlich evaluiert und errechnet sich aus der erzielten Veranlagungsrendite unter Berücksichtigung der generellen Bezugserhöhungen und der zukünftigen Renditeentwicklungen. Geringfügige Abweichungen in der Zukunft müssen nicht automatisch jährlich zur Änderung des Rechnungszinsfußes führen.

¹⁴ AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler.

durch stille Reserven in Immobilien) voll gedeckt. Zum 31. Dezember 2010 besteht somit keine Deckungslücke (31. Dezember 2009: 33.656 Tsd EUR).

Die Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50 % p. a. angewendet wurde.

Zur Stärkung der Risikotragfähigkeit der OeNB wurden der Rückstellung für finanzielle Risiken (*Risikorückstellung*) im Jahresabschluss 2010 300 Mio EUR zugeführt.

Die *Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems* wurde im Jahr 2008 erstmals – für die gemäß Artikel 32.4 der ESZB-Satzung von den Eurosystem-Zentralbanken gemäß ihrem jeweiligen Anteil am EZB-Kapital zu tragenden möglichen Verluste aus geldpolitischen Operationen – in Höhe von insgesamt 5.736 Mio EUR (auf die OeNB entfielen dabei 165,9 Mio EUR) gebildet. Nachdem bereits im Jahresabschluss 2009 die Höhe dieser Rückstellung auf insgesamt 4.011 Mio EUR (davon OeNB: 116,0 Mio EUR) angepasst worden war, er-

folgte für das Geschäftsjahr 2010 eine weitere Anpassung, und zwar auf 2.207 Mio EUR. Im Jahresabschluss der OeNB wird die *Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems* dementsprechend mit 63,8 Mio EUR ausgewiesen (–52,2 Mio EUR). Die Verwendung der *Rückstellung für unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten* ist auf Einlösungen zurückzuführen.

Anhängige Gerichtsverfahren werden sich voraussichtlich nur unter der Wesentlichkeitsgrenze auswirken, sodass von der Bildung einer Rückstellung Abstand genommen wurde.

14 Ausgleichsposten aus Neubewertung

Die auf den Neubewertungskonten erfassten Beträge (Tabelle 29) stellen die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2010 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden.

Tabelle 29

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Neubewertungskonten				
Gold	7.283.154	4.680.906	+2.602.248	+55,6
Fremdwährungen	541.880	223.425	+318.455	+142,5
Wertpapiere	231.343	257.856	–26.513	–10,3
Beteiligungen	358.937	328.371	+30.566	+9,3
Außerbilanzielle Geschäfte	464	1.004	–540	–53,8
Münzsammlung der OeNB ¹	9.269	–	+9.269	x
Insgesamt	8.425.047	5.491.562	+2.933.485	+53,4
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1.1.1999 (Initial Valuation)				
Beteiligungen	265.170	265.170	–	–
Insgesamt	8.690.217	5.756.732	+2.933.485	+51,0

¹ Resultiert aus der Aktivierung der vor dem Jahr 2004 erworbenen Münzen (siehe auch Aktivposten 11.2 Mobile Sachwerte).

Tabelle 30

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnglättungsrücklage	14.461	2.226	+12.235	+549,8
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	1.973.263	–	–
Jubiläumfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	1.531.500	1.531.500	–	–
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	635.026	629.616	+5.410	+0,9
Insgesamt	4.154.250	4.136.605	+17.645	+0,4

15 Kapital und Rücklagen

Das (*Grund-*)Kapital der OeNB beträgt gemäß § 8 Abs. 1 NBG 12 Mio EUR. In der Generalversammlung der OeNB vom 27. Mai 2010 wurde die Übertragung sämtlicher OeNB-Aktien der Mitaktionäre auf die Republik Österreich beschlossen. Alleinige Aktionärin ist damit die Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen.

Die *Rücklagen* werden in Tabelle 30 dargestellt.

Die Veränderung der *Gewinnglättungsrücklage* resultiert aus der Zuweisung aus dem Bilanzgewinn 2009 gemäß Beschluss der Generalversammlung der OeNB vom 27. Mai 2010.

Die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* dient der Abdeckung finanzieller Risiken der OeNB. Detaillierte Angaben darüber sind dem Abschnitt *Risikomanagement* zu entnehmen.

Der *Jubiläumfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (Jubiläumfonds) setzt sich aus zwei Teilbereichen zusammen.

Die dem originären Jubiläumfonds zugeordneten 31,5 Mio EUR sind im April 1966 aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1965 mit 7,3 Mio EUR und im Mai 2003 aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2002 mit 24,2 Mio EUR zugeführt worden.

Die für die Förderung der FTE-Nationalstiftung zweckgebundenen 1,5 Mrd EUR wurden im Jahr 2003 aus der

Freien Reserve (545 Mio EUR) und aus dem *Allgemeinen Reservefonds* (955 Mio EUR) umgewidmet.

Die im Rahmen des Jubiläumfonds zweckgewidmeten Mittel können für eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts herangezogen werden.

Das *Gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen* stellt die über die Jahre kumulierten, der OeNB verbleibenden Zinsüberschüsse aus der Kreditvergabe des Nationalbankblocks dar. Es handelt sich dabei um für einen Sonderzweck – auch völkerrechtlich – gebundenes Eigenkapital, das nicht anderweitig verwendet werden kann. Damit steht es für eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts nicht zur Verfügung.

Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten

Zum 31. Dezember 2010 waren folgende Forderungen und Verpflichtungen der OeNB bzw. derivative Finanzinstrumente außerbilanziell erfasst (Tabelle 31).

Über etwaige materielle Auswirkungen der gegen die Republik Österreich in einem Insolvenzfall anhängigen Gerichtsverfahren auf die OeNB können zum derzeitigen Zeitpunkt keine fundierten Quantifizierungen vorgenommen werden.

Tabelle 31

in Tsd EUR

Verpflichtung zur SZR-Übernahme bis zum insgesamt 3-Fachen der unentgeltlichen SZR-Zuteilung gemäß den IVF-Statuten	4.005.538
Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit New Arrangements to Borrow (NAB)	472.138
Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit bilateralem Abkommen	2.106.612
Nachschussverpflichtung auf die mit 8.564 Stück Aktien zu je 5.000 SZR bestehende Beteiligung an der BIZ, Basel	37.163
Ankäufe auf Termin (Swaps in Euro und Fremdwährungen)	7.682
Verkäufe auf Termin (Swaps in Euro und Fremdwährungen)	7.700
Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen	10.477
Rückzahlungsverpflichtungen der OeNB im Fall der Beendigung von Dienstverhältnissen betreffend den Zinsanteil im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen	9.493
Eventualverpflichtung im für die OeNB anteiligen Ausmaß aufgrund der Möglichkeit der EZB, weitere Währungsreserven im Ausmaß von bis zu 50 Mrd EUR, gemäß Artikel 30.1 der ESZB-Satzung, von den teilnehmenden nationalen Zentralbanken einzufordern	970.850
Verpflichtung für die restlichen Teilzahlungen der OeNB in den Jahren 2011 und 2012 aufgrund der Erhöhung des gezeichneten EZB-Kapitals per 29. Dezember 2010	64.723
Eventualverpflichtung aus gegebenen Bank- und sonstigen Garantien	111.000
Eventualforderung aus erhaltenen Bankgarantien	6.164
Eventualforderung aus einer Verpflichtungserklärung der OeKB im Rahmen des Zahlungsverkehrs	1.000.000
Eventualforderung aus Gewährleistung und Garantien	33.740

Zum 31. Dezember 2010 zeigen sich folgende Bestände an *derivativen Finanzinstrumenten* (Tabelle 32).

Tabelle 32

	Zugrunde liegendes Nominale	Marktwert positiv	Marktwert negativ
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Gold-Zinssatzswaps			
Verkauf	168.867	443	–

Der Marktwert resultiert aus der Bewertung zum 31. Dezember 2010. Der positive Marktwert errechnet sich dabei mit 464 Tsd EUR (verrechnet im Passivposten 14 *Ausgleichsposten aus Neubewertung*) abzüglich der in vergangenen Jahren erfolgten Abschreibungen über 21 Tsd EUR.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Tabelle 33

	2010	2009	Veränderung ¹	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
1 Nettozinsergebnis	718.597	625.901	+92.696	+14,8
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-276.125	-223.343	+52.782	+23,6
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	904	815	+89	+11,0
4 Erträge aus Beteiligungen	74.653	67.240	+7.413	+11,0
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	22.833	74.579	-51.746	-69,4
6 Sonstige Erträge	22.795	16.077	+6.718	+41,8
Nettoerträge insgesamt	563.657	561.269	+2.388	+0,4
7 Personalaufwendungen	-119.512	-119.262	+250	+0,2
8 Aufwendungen für Altersvorsorgen	-38.129	-4.089	+34.040	n.a.
9 Sachaufwendungen ²	-77.718	-80.420	-2.702	-3,4
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-11.739	-11.751	-12	-0,1
11 Aufwendungen für Banknoten	-14.851	-25.205	-10.354	-41,1
12 Sonstige Aufwendungen ²	-10.653	-2.978	+7.675	+257,8
Aufwendungen insgesamt	-272.602	-243.705	+28.897	+11,9
Geschäftliches Ergebnis	291.055	317.564	-26.509	-8,3
13 Körperschaftsteuer	-72.764	-79.391	-6.627	-8,3
	218.291	238.173	-19.882	-8,3
14 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes ³	-196.462	-216.737	-20.275	-9,4
15 Bilanzgewinn	21.829	21.436	+393	+1,8

¹ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

² Die Zuwendung an das JVI wurde im Jahr 2010 vom GuV-Posten 9 Sachaufwendungen in den GuV-Posten 12 Sonstige Aufwendungen umgereicht. Die Vorjahreswerte (-2.234 Tsd EUR) wurden entsprechend angepasst.

³ Im Jahr 2010 nur Gewinnanteil des Bundes.

1 Nettozinsergebnis

Das *Nettozinsergebnis* (Tabelle 34) stellt die Differenz zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen dar.

Tabelle 34

	2010	2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Nettoerträge aus Fremdwährungsveranlagungen	103.965	162.094	-58.129	-35,9
Nettoerträge aus Euro-Veranlagungen	437.181	381.834	+55.347	+14,5
Geldpolitisches Instrumentarium	250.710	247.099	+3.611	+1,5
Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs	207.735	186.285	+21.450	+11,5
Übertragung von Währungsreserven an die EZB	9.640	12.327	-2.687	-21,8
Mindestreserve-Einlagen	-62.932	-84.614	-21.682	-25,6
TARGET2-Salden	-266.403	-279.564	-13.161	-4,7
Sonstiges	38.701	440	+38.261	n.a.
Insgesamt	718.597	625.901	+92.696	+14,8

2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die *Realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* (GuV-Posten 2.1) sind in Tabelle 35 ersichtlich.

Die *Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen* (GuV-Posten 2.2) sind in Tabelle 36 dargestellt.

Im Posten *Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs-, Zins-, Kredit- und Goldpreisrisiken* (GuV-Posten 2.3) wirkt sich die Zuführung zur *Risikorückstellung* mit 300 Mio EUR (–250 Mio EUR gegenüber dem Jahr 2009) aus.

4 Erträge aus Beteiligungen

Die EZB-Seigniorage für das Jahr 2010 in Höhe von 654 Mio EUR und die Erträge der EZB aus SMP-Wertpapieren in Höhe von 439 Mio EUR wurden gemäß Beschluss des EZB-Rats nicht an die nationalen Zentralbanken rückverteilt, sondern von der EZB der *Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreisrisiken* zugeführt (Tabelle 37).

5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften

Dieser Posten setzt sich aus dem Nettoertrag der OeNB aus der Umverteilung der monetären Einkünfte im Eurosystem und der Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpoliti-

Tabelle 35

	2010	2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Fremdwährungstransaktionen	23.528	215.923	–192.395	–89,1
Wertpapiertransaktionen	73.695	145.015	–71.320	–49,2
Insgesamt	97.223	360.938	–263.715	–73,1

Tabelle 36

	2010	2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Fremdwährungen	–0	–9.644	–9.644	–100,0
Wertpapiere	–73.348	–24.743	+48.605	+196,4
Insgesamt	–73.348	–34.387	+38.961	+113,3

Tabelle 37

	2010	2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
BIZ	6.969	2.492	+4.477	+179,6
Münze Österreich AG	18.000	18.000	–	–
Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS)	7.900	9.000	–1.100	–12,2
Austria Card – Plastikkarten und Ausweissysteme GmbH	945	848	+97	+11,4
Geldservice Austria Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA)	52	–	+52	x
Neuverteilung SWIFT-Aktien	–	32	–32	–100,0
Rückverteilung EZB-Seigniorage	–	21.900	–21.900	–100,0
EZB-Gewinnausschüttung	40.787	3.372	+37.415	n.a.
Anpassung EZB-Eigenkapital	–	11.596	–11.596	–100,0
Insgesamt	74.653	67.240	+7.413	+11,0

schen Operationen des Eurosystems zusammen.

Die jährliche Berechnung der monetären Einkünfte erfolgt entsprechend Artikel 32 der ESZB-Satzung durch die EZB.

Die monetären Einkünfte der OeNB sind ihre Einkünfte aus bestimmten Vermögenswerten, die Gegenposten zur sogenannten monetären Basis darstellen. Zur monetären Basis zählen der Banknotenumlauf, die Euro-Verbindlichkeiten der OeNB gegenüber dem Bankensektor des Euro-raums aus den geldpolitischen Operationen sowie die Intra-Eurosystem-Nettoverbindlichkeiten der OeNB aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen, dem TARGET2-Zahlungsverkehr und der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Die monetären Einkünfte werden durch anteilige Zinsaufwendungen entsprechend reduziert.

Für die Bemessung der monetären Einkünfte der OeNB werden die folgenden Vermögenswerte herangezogen: Euro-Forderungen gegenüber dem Bankensektor im Euroraum aus den geldpolitischen Operationen, Wertpapiere für geldpolitische Zwecke, Intra-Eurosystem-Nettoforderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB, aus dem TARGET2-Zahlungsverkehr und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Hinzu kommt ein dem Kapitalanteil der OeNB an der EZB entsprechender Teil des Goldbestands (wobei Goldbestände als unverzinslich gelten).

Bei Wertpapieren für geldpolitische Zwecke im Rahmen des Programms zum Ankauf von Euro-Pfandbriefen¹⁵ erfolgt die Verzinsung zum jeweils geltenden marginalen Zinssatz für die Hauptrefi-

nanzierungsgeschäfte des Eurosystems. Zum Ausgleich etwaiger Wertunterschiede zwischen diesen – gesondert zu erfassenden – Aktiva der OeNB und ihrer monetären Basis wird die Differenz ebenfalls mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems verzinst.

Innerhalb des Eurosystems werden die monetären Einkünfte zusammengelegt und dann an die nationalen Zentralbanken entsprechend ihrem Anteil am voll eingezahlten Kapital rückverteilt. Das Nettoergebnis der OeNB aus den monetären Einkünften im Eurosystem ist in Tabelle 38 dargestellt.

	2010
	in Tsd EUR
Einzubringende monetäre Einkünfte (netto)	-318.225
Rückverteilte monetäre Einkünfte	+291.027
Nettoaufwand (-) aus der Umverteilung der monetären Einkünfte im Berichtsjahr	-27.198
Nettoaufwand aus der Aufrollung für Vorjahre	-2.148
Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems	+52.179
Insgesamt	+22.833

7 Personalaufwendungen

Die *Personalaufwendungen* beinhalten jene für Mitarbeiter im Aktivstand. Erhaltene Bezugsrefundierungen werden von den Personalaufwendungen in Abzug gebracht.

Die *Gehälter* haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 446 Tsd EUR (+0,5 %) auf 100.095 Tsd EUR zugenommen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften und bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 7.053 Tsd EUR vereinnahmt.

¹⁵ Beschluss des EZB-Rats vom 2. Juli 2009 (EZB/2009/16).

Die vier Mitglieder des Direktoriums haben – gegenüber dem Vorjahr unverändert – Bezüge in Höhe von insgesamt 1.067 Tsd EUR erhalten. Davon entfielen auf:

Tabelle 39

	Bezüge in Tsd EUR
Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Nowotny	285,6
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Duchatczek	269,2
Direktor Mag. Dr. Zöllner	261,9
Direktor Mag. Ittner	250,0

Die Höhe der Bezüge des Direktoriums unterliegt dem Bezügebegrenzungs-gesetz, wobei die Bezugshöhe des Gouverneurs mit jener des Bundeskanzlers begrenzt ist. Die Bezüge der übrigen Mitglieder des Direktoriums sind mit dem Bezug des Gouverneurs gedeckelt. Eine Erhöhung der Bezüge entfällt auf Basis des Bezügebegrenzungs-gesetzes bis 31. Dezember 2010 bzw. bis 31. Dezember 2011. An Sachbezügen (steuerlicher Wert der Privatnutzung von PKWs sowie Zuschüsse zu Versicherungen) und sonstigen Aufwendungen wurden insgesamt 37 Tsd EUR verrechnet. Den Mitgliedern des Präsidiums wurden im Jahr 2010 114 Tsd EUR (2009: 114 Tsd EUR) vergütet.

Die Mitarbeiterressourcen werden in Tabelle 40 gezeigt.

An *Gesetzlichen Sozialabgaben* wurden insgesamt 16.046 Tsd EUR (+408 Tsd EUR) geleistet. Davon entfielen auf

Sozialversicherungsbeiträge 8.594 Tsd EUR (+436 Tsd EUR), auf Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 4.370 Tsd EUR (–37 Tsd EUR) und auf die Kommunalsteuer 2.966 Tsd EUR (–9 Tsd EUR).

8 Aufwendungen für Altersvorsorgen

Darin sind entrichtete und rückgestellte Pensionskassenbeiträge in Höhe von 4.164 Tsd EUR (2009: 4.089 Tsd EUR) sowie Teile der Pensionsaufwendungen in Höhe von 33.965 Tsd EUR enthalten.

9 Sachaufwendungen

In den *Sachaufwendungen* sind unter anderem Aufwendungen für Miete, Betriebskosten, Wartung, Reparatur und Instandhaltung in Höhe von 28.805 Tsd EUR (–1.192 Tsd EUR) sowie Aufwendungen für die Geldbearbeitung über 9.469 Tsd EUR (–720 Tsd EUR) enthalten. Weiters haben insbesondere Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit um 1.152 Tsd EUR abgenommen. Für die Prüfung des Jahresabschlusses sind 216 Tsd EUR (2009: 216 Tsd EUR) und für Bestätigungsleistungen sind 109 Tsd EUR (2009: 92 Tsd EUR) angefallen.

11 Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus dem Ankauf von Euro-Banknoten von der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS).

Tabelle 40

	Stichtag 31. Dezember ¹			Jahresdurchschnitt ¹		
	2010	2009	Veränderung	2010	2009	Veränderung
OeNB-Fachbereiche ²	986,2	984,1	+2,1	984,3	984,9	–0,6
Insgesamt	1.145,4	1.151,7	–6,3	1.144,7	1.156,0	–11,3

¹ Teilzeitkräfte sind anteilmäßig berücksichtigt.

² Ohne die außerhalb der OeNB tätigen Mitarbeiter sowie die karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere).

12 Sonstige Aufwendungen

Darin wird unter anderem die Zuwendung an das Joint Vienna Institute (JVI) mit 2.349 Tsd EUR ausgewiesen.¹⁶ Weiters hat sich der österreichische Beitrag zur Finanzierung der ärmsten Länder der Welt durch den IWF mit 4.493 Tsd EUR ausgewirkt.

14 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes

Tabelle 41

	2010	2009	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Zuführung an die Pensionsreserve gemäß § 69 Abs. 2 NBG	–	23.817	–23.817	–100,0
90-prozentiger Gewinnanteil des Bundes gemäß § 69 Abs. 3 NBG	196.462	192.920	+3.542	+1,8
	196.462	216.737	–20.275	–9,4

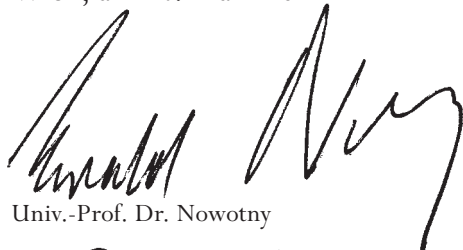
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag**Beitritt zum Eurosystem**

Estland erfüllte die Bedingungen für die Einführung des Euro und die Eesti Pank trat mit Stichtag 1. Jänner 2011 dem Eurosystem bei. Aufgrund ihres Beitritts hatte die Eesti Pank gemäß Artikel 48.1 der ESZB-Satzung ihren gezeichneten Kapitalanteil voll einzuzahlen sowie in Verbindung mit Artikel

30.1 der ESZB-Satzung Währungsreserven entsprechend ihrem gezeichneten Kapitalanteil an die EZB zu übertragen.

Der prozentuelle Anteil der OeNB am voll eingezahlten EZB-Kapital (relativer Kapitalschlüssel) ist durch den Beitritt von Estland zum Eurosystem von 2,7821 % auf 2,7750 % gesunken. Der OeNB-Anteil am gezeichneten EZB-Kapital beträgt 1,9417 %.

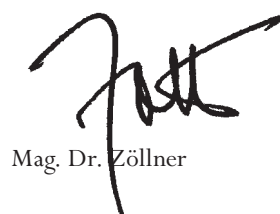
Wien, am 14. März 2011



Univ.-Prof. Dr. Nowotny



Mag. Dr. Duchatczek



Mag. Dr. Zöllner



Mag. Ittner

¹⁶ Die Zuwendung an das JVI wurde bis zum Jahresabschluss 2009 im GuV-Posten 9 Sachaufwendungen ausgewiesen. Die Vorjahrswerte wurden daher entsprechend angepasst.

Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

Faksimile

MOORE STEPHENS AUSTRIA / TPA HORWATH

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der **Oesterreichischen Nationalbank, Wien**, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2010 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2010, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung und den ergänzenden Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 10 November 2006 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2006/16)“ in der Fassung vom 9. Februar 2011 (ECB/2010/20) erlassenen Vorschriften, vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit

MOORE STEPHENS AUSTRIA / TPA HORWATH

hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2010 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. Dezember 2010 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Faksimile

MOORE STEPHENS AUSTRIA / TPA HORWATH

Aussagen zum Geschäftsbericht

Der gemäß § 68 Abs. 1 NBG zu erstellende Geschäftsbericht ersetzt den Lagebericht gemäß § 243 UGB.

Der Geschäftsbericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Geschäftsbericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Geschäftsbericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Geschäftsbericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 14. März 2011

TPA Horwath
Wirtschaftsprüfung GmbH



Mag. Thomas Schäfer, CPA
Wirtschaftsprüfer

MOORE STEPHENS AUSTRIA
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH



Mag. Peter Wladimir
Wirtschaftsprüfer

Mag. Michael Dessulemoustier-Bovekercke
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Für abweichende Fassungen (zB Verkürzungen) gelten die Bestimmungen des § 281 UGB.

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 3 des NBG vorgesehenen satzungsgemäßen Zuweisung (Posten 14 der Gewinn- und Verlustrechnung) an den Bund in der Höhe von 196.462 Tsd EUR verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausge-

wiesene Bilanzgewinn 2010 von EUR 21.829.130,53.

Das Direktorium hat in der Sitzung vom 30. März 2011 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:

	<i>in EUR</i>
10-prozentige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR	1.200.000,00
Zuweisung von Förderungsmitteln an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft für Förderungen durch die OeNB	9.000.000,00
Zuführung zur Gewinnglättungsrücklage	11.629.130,53
	21.829.130,53

Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2010

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2010 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 27. Mai 2010 gewählten Rechnungsprüfern – der TPA Horwath Wirtschafts-

prüfung GmbH und der MOORE STEPHENS AUSTRIA Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 28. April 2011 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2010 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2010 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2010 erstatteten Empfehlung (siehe oben) beschließen.

Abkürzungen, Zeichenerklärung

AIFM	alternative Investmentfonds	EZB	Europäische Zentralbank
ASC	Beratender Wissenschaftlicher Ausschuss (Advisory Scientific Committee)	EU	Europäische Union
ATC	Advisory Technical Committee	EUR	Euro
BCBS	Basel Committee on Banking Supervision (Basler Ausschuss für Bankenaufsicht)	EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate
BIC	Bank Identifier Code	Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft
BIP	Bruttoinlandsprodukt	FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	FSB	Financial Stability Board (Finanzstabilitätsrat)
BMF	Bundesministerium für Finanzen	FTE-Nationalstiftung	Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung
BWG	Bankwesengesetz	GRI	Global Reporting Initiative
CCB	Capital Conservation Buffer (Kapitalerhaltungspuffer)	GSA	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination GmbH
CDS	Credit Default Swap (Kreditausfallswap)	GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
CEBS	Committee of European Banking Supervisors (Ausschuss der europäischen Bankenaufsichtsbehörden)	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
CESEE	Zentral-, Ost- und Südosteuropa	IBAN	International Bank Account Number
CRD	Capital Requirements Directive (Eigenmittelrichtlinie)	IWF	Internationaler Währungsfonds
EBA	European Banking Authority (Europäische Bankaufsichtsbehörde)	ITC	Information Technology Committee
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development	JVI	Joint Vienna Institute
ECOFIN	Economic and Finance Ministers Council (Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU)	kWh	Kilowattstunde
EFSF	European Financial Stability Facility	LCR	Liquidity Coverage Ratio (Liquiditätsdeckungskennziffer)
EFSM	European Financial Stability Mechanism	Mio	Millionen
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen)	MWh	Megawattstunde
EISC	Eurosystem IT Steering Committee	Mrd	Milliarden
EMAS	eco management and audit scheme (europäisches Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung)	NAB	New Arrangements to Borrow (IWF-Übereinkommen)
EONIA	Euro OverNight Index Average eps e-payment standard	NBG	Nationalbankgesetz
EPCO	European Procurement Coordination Office	NSFR	Net Stable Funding Ratio (Kennziffer zur Stabilität der langfristigen Refinanzierung)
ESFS	European System of Financial Supervision (Europäisches System für Finanzaufsicht)	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus	OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
ESMA	European Securities and Markets Authority (Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde)	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ESRB	European Systemic Risk Board (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken)	OTC	Over-the-counter (Außerbehördlicher Handel)
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	RMC	Eurosystem Risk Management Committee
		SEPA	Single Euro Payments Area
		SMP	Securities Markets Programme (Programm für die Wertpapiermärkte)
		SZR	Sonderziehungsrechte
		TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer
		T2S	TARGET2-Securities
		USD	US-Dollar

- x = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
- .. = nicht verfügbar
- 0 = Zahlenwert ist null oder kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
- = Zahlenwert ist null (bezieht sich lediglich auf den Jahresabschluss 2010)
- n.a. = nicht anwendbar (bezieht sich lediglich auf den Jahresabschluss 2010)

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Periodische Publikationen

Nähere Informationen finden Sie unter www.oenb.at

Geschäftsbericht (Nachhaltigkeitsbericht) Annual Report (Sustainability Report)

deutsch
englisch

Der Bericht erörtert Auftrag, Aufgaben und Organisation der OeNB sowie die Geldpolitik des Eurosystems, die Wirtschaftslage, Entwicklungen auf den Finanzmärkten und bei der Finanzmarktaufsicht. Der betriebswirtschaftliche Teil informiert über den Jahresabschluss, die Wissensbilanz und die Umwelterklärung der OeNB.

Geldpolitik & Wirtschaft Monetary Policy & the Economy

deutsch
englisch

Die Quartalspublikation der OeNB analysiert die laufende Konjunktorentwicklung, bringt mittelfristige makroökonomische Prognosen, veröffentlicht zentralbank- und wirtschaftspolitisch relevante Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Veranstaltungen der OeNB.

Finanzmarktstabilitätsbericht Financial Stability Report

deutsch
englisch

Der halbjährliche Bericht enthält Analysen finanzmarktstabilitätsrelevanter Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld sowie Schwerpunktstudien.

Focus on European Economic Integration

englisch

Die Quartalspublikation analysiert schwerpunktmäßig die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Die Beiträge umfassen Studien zur makrofinanziellen und monetären Integration sowie einschlägige Länderanalysen und länderübergreifende Vergleiche.

Statistiken – Daten & Analysen

deutsch, teilweise englisch

Die Quartalspublikation enthält Analysen zu österreichischen Finanzinstitutionen sowie zu Finanzströmen und Außenwirtschaft. Rund 200 Tabellen informieren über finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren. Diese sind auch auf der OeNB-Website abrufbar.

Research Update

englisch

Das im Internet (www.oenb.at/research-update) erscheinende Research Update informiert quartalsweise über die Forschungsschwerpunkte, Publikationen und Veranstaltungen der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB.

Workshop-Bände

deutsch, englisch

Die Bände dokumentieren Workshops der OeNB zu geld- und wirtschaftspolitisch relevanten Themen, die mit nationalen und internationalen Experten diskutiert werden.

Working Papers

englisch

Die Reihe dient als Forum für Studien von OeNB-Ökonomen bzw. externen Autoren zu speziellen geldpolitischen Themen.

Tagungsband zur Volkswirtschaftlichen Tagung

englisch

Der Konferenzband enthält Beiträge der jährlichen Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB, einer Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch zu währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Fragen.

Konferenzband zur Conference on European Economic Integration

englisch

Der Konferenzband enthält Beiträge zur jährlichen Conference on European Economic Integration (CEEI) der OeNB, die sich schwerpunktmäßig mit zentralbankrelevanten Fragen zu Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem EU-Erweiterungsprozess befasst.

Adressen

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon/ Fax/ E-Mail</i>
Hauptanstalt Otto-Wagner-Platz 3 1090 Wien <i>Internet: www.oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	Tel.: (+43-1) 404 20-6666 Fax: (+43-1) 404 20-2399 <i>E-Mail: oenb.info@oenb.at</i>

Zweiganstalten

Zweiganstalt Österreich Nord Coulinstraße 28 4020 Linz	Postfach 346 4021 Linz	Tel.: (+43-732) 65 26 11-0 Fax: (+43-732) 65 26 11-6399 <i>E-Mail: regionnord@oenb.at</i>
--	---------------------------	---

Zweiganstalt Österreich Süd Brockmannsgasse 84 8010 Graz	Postfach 8 8018 Graz	Tel.: (+43-316) 81 81 81-0 Fax: (+43-316) 81 81 81-6799 <i>E-Mail: regionsued@oenb.at</i>
--	-------------------------	---

Zweiganstalt Österreich West Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Tel.: (+43-512) 594 73-0 Fax: (+43-512) 594 73-6599 <i>E-Mail: regionwest@oenb.at</i>
---	-------------------------------	---

Repräsentanzen

Repräsentanz London¹ Oesterreichische Nationalbank 48 Gracechurch Street, 5 th floor London EC3V 0EJ, Vereinigtes Königreich	Tel.: (+44-20) 7623-6446 Fax: (+44-20) 7623-6447
--	---

Repräsentanz New York Oesterreichische Nationalbank 450 Park Avenue, Suite 1202 New York, N. Y. 10022, USA	Tel.: (+1-212) 888-2334 Fax: (+1-212) 888-2515
--	---

Repräsentanz Brüssel Oesterreichische Nationalbank Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenbergh 30 1040 Brüssel, Belgien	Tel.: (+32-2) 285 48-41, 42, 43 Fax: (+32-2) 285 48-48
---	---

¹ Aufgelassen mit 15. März 2011.

Der *Geschäftsbericht der OeNB* informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, über Entwicklungen der Wirtschaft, der Finanzmärkte und des Zahlungsmittelbereichs. Ferner werden die Aufgaben und vielfältigen Dienstleistungen sowie die Rolle der OeNB im österreichischen und internationalen Umfeld erläutert. Der Jahresabschluss der OeNB und der Anhang zum Jahresabschluss sind integraler Bestandteil des Geschäftsberichts. Seit 2006 bildet der Geschäftsbericht zusammen mit der *Wissensbilanz* und der *Umwelterklärung* den *Nachhaltigkeitsbericht der OeNB*.

Medieninhaber und Herausgeber	Oesterreichische Nationalbank Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien Postfach 61, 1011 Wien www.oenb.at oenb.info@oenb.at Tel. (+43-1) 40420-6666 Fax (+43-1) 40420-6698
Produktmanager	Manfred Fluch
Inhaltliche Gestaltung	Ralph Bechyna, Gernot Ebner, Dominique Feichtinger, Gerhard Fenz, Matthias Fuchs, Christina Haunold, Johann Jachs, Clemens Jobst, Christiane Kment, Alexandra Koch, Brigitta Lidauer, Aleksandra Riedl, Doris Schneeberger, Karin Schnopfhagen, Josef Schreiner, Maria Silgoner, Patrick Thienel, Tina Wittenberger, Manfred Zipko
Redaktion	Brigitte Alizadeh-Gruber, Alexander Dallinger
Grafische Gestaltung	Peter Buchegger
Layout und Satz	Walter Grosser, Franz Pertschi
Druck und Herstellung	Web- und Druck-Service der OeNB
Cover und Zwischenseiten (Ausschnitte)	Alfred Kornberger, Stillleben, Öl auf Leinwand, 50 x 50 cm, aus der Sammlung der OeNB „Österreichische Skulptur und Malerei nach 1945“

DVR 0031577

© Oesterreichische Nationalbank, 2011. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht der OeNB wurde geprüft und entspricht dem aktuellen Leitfaden G3 der Global Reporting Initiative zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Quality Austria hat die Einstufung in die Anwendungsebene B+ bestätigt.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

